

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,50 M. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,50 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 20 Pf. (zweiwöchentlich 2 teigebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Sollte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 7. April 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Abschluß der Kriegszieldebatte.

Die Fortsetzung der Debatte über Kriegsziele, die am Mittwoch durch die Kanzlerrede eröffnet worden war, fand am Donnerstag ihren Abschluß in der nachgerade üblichen Weise, indem man dem Abgeordneten Liebknecht durch Schlußantrag das Wort abgeknippen hatte. Darob große Heiterkeit und Genugtuung innerhalb der bürgerlichen Parteien und auf den Tribünen. Ob man sich wohlfeiler Triumphe später einmal froh sein wird, ist allerdings eine ganz andere Frage.

Der Verlauf der Verhandlungen am Donnerstag bekräftigte nur unsere Auffassung, daß diese Debatte wesentlich zur Sichtung und Klärung der Geister beitragen wird. Nicht nur dadurch, daß die Redner der bürgerlichen Parteien, die Herren Stresemann, Westarp, Werner und selbst Bayer durch ihre Ausführungen die Kriegsziele der Wirtschaftverbände auf parlamentarischem Boden nachdrücklich verfochten und dadurch das bürgerliche Kriegsprogramm für alle die, die sich noch geistige Schärfe bewahrt haben, ins hellste Licht setzten, sondern daß auch durch die Ausführungen der beiden heutigen Redner der Sozialdemokratie die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei plastisch herausgearbeitet wurden.

Sämtliche bürgerliche Redner betrachteten das Kriegszielprogramm des Reichskanzlers, das am Mittwoch mit so unmißverständlicher Deutlichkeit ausgesprochen wurde, als den Pfahl, an dem sich ihre Annexionswünsche üppig und phantastisch emporzuranken vermochten. Daß Herr v. Bethmann-Hollweg den Grundgedanken aufgestellt hatte, daß der Friede nicht auf Grund des Statusquo abgeschlossen werden könnte, sondern daß im Osten Letten, Litauern, Aurländer und Polen und im Westen den Blamen die „Freiheit“ erkämpft werden müsse, gab den sämtlichen bürgerlichen Rednern den erwünschten Anlaß, zu dieser Melodie die Begleitung zu komponieren und das, was der Reichskanzler in großen Linien skizziert hatte, im Einzelnen auszumalen. Die Polen sollen ihre Unabhängigkeit erhalten, aber natürlich nur in Angliederung an die Mittelmächte. Letten, Litauern und Balten aber soll die Befreiung durch den direkten Anschluß an das Deutsche Reich gebracht werden. Die Befreiung der Blamen soll in der wirtschaftlichen und politischen Angliederung Belgiens an Deutschland bestehen und zugleich soll das angegliederte Belgien die Möglichkeit geben, dem feebherrschenden England durch einen vorgezeichneten Posten die Spitze bieten zu können. Kurzum, all die schönen Wünsche, die zwar nicht die Deffektivität, wohl aber die eingeweichten Kreise durch die Denkschriften der Alldeutschen, der Wirtschaftverbände, der Professoren usw. kennen, fanden in den Reden sämtlicher bürgerlicher Abgeordneten ihren lauten Widerhall. Wohl war in den Reden der vier bürgerlichen Abgeordneten auch vom Frieden, ja von der Sehnsucht nach dem baldigen Frieden die Rede, aber immer war die Voraussetzung dieses Friedens die Erfüllung der imperialistischen Wünsche, die Aufrichtung einer mitteleuropäischen Vorherrschaft.

Diesen Forderungen der bürgerlichen Parteien, die sich leider nur zu sehr auf die Ausführungen des Reichskanzlers zu berufen vermochten, trat mit Entschiedenheit nur der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Genosse Haase, entgegen.

Haase lehnte das Programm der bürgerlichen Parteien nicht nur, sondern auch des Reichskanzlers mit Entschiedenheit ab, indem er darlegte, daß in diesem furchtbaren Völkerringen die Aufstellung einseitiger Kriegszielforderungen das schwerste Friedenshindernis bilde. Die Sozialdemokratie lehne programmatisch jede Eroberungspolitik ab, möge sie sich noch so sehr hinter wirtschaftlichen Angliederungen oder angeblichen Befreiungen unterdrückter Völkerrassen verstecken. Eine solche Politik diene lediglich dazu, den Krieg zu verlängern und die Kriegseifersucht auch der feindlichen Nationen ins Unerwartete zu steigern. Selbst Stimmen durchaus deutschfreundlicher Neutralen hätten sich dahin ausgesprochen, daß aller menschlichen Berechnungen nach es in diesem Krieg weder Sieger noch Besiegte geben werde, daß infolgedessen ein Ende der grauenhaften Völkerverzehrung nur in einem verständigen Ausgleich der politischen und wirtschaftlichen Interessen der sich gegenüberstehenden Mächte zu finden sei.

Die Rede des Genossen Haase bewegte sich in so gemäßigten Formen, daß sie nicht einmal einen lebhafteren Sturm entfachte.

Scheidemanns Rede ließ es an Kritik der inneren Unzulänglichkeiten nicht fehlen. Er tadelte herb das Ausbleiben des Reichsbereinsgesetzes, er kritisierte scharf die Mängel der Rohstoffverteilung, er forderte nachdrücklich die Beilegung des Dreiklassenwahlrechts, wie überhaupt eine demokratischere Gestaltung der inneren wie der äußeren Politik des Reiches. Wäre es möglich, nach solch platonischen Wünschen die Haltung eines Politikers und einer Partei abzuschätzen, so stände Scheidemann sicher auf der äußersten Linken. Aber es kommt eben nicht nur auf die Worte, auf pathetische und geharnischte Erklärungen an, sondern auf die Tat, auf die entschiedene Stellungnahme im historisch wichtigen Augenblick.

Der „geschlossene Wirtschaftskomplex“.

Uns wird geschrieben: Der Referent der Sozialdemokratischen Konferenz zur Besprechung der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands an Oesterreich-Ungarn legte sehr viel Gewicht auf die Entstehung „geschlossener Wirtschaftskomplexe“. Die Tendenz dazu sei bereits vor dem Kriege vorhanden gewesen; es hätte Kanada und andere Kolonien bereits England Vorzugszölle eingeräumt; Frankreich suche seine Kolonien vollständig vom Handel mit anderen als französischen Kapitalisten abzusperren; Rußland habe ein gewaltiges Gebiet mit Zöllen umgeben. Das wird — so behauptet er — nach dem Kriege noch weiter gehen. Daraus der Schluß: Deutschland und Oesterreich müssen sich auch zu einem solchen Wirtschaftskomplex zusammenschließen und womöglich die Balkanländer und die Türkei miteinbeziehen.

Uns will scheinen, daß hier die Bedeutung der „Absperrung“ durch Zölle gewaltig überschätzt wird. Nehmen wir Rußland, das Land der extremen Industriezölle. Der Zweck dieser Zölle war die Förderung der kapitalistischen Entwicklung, Entwicklung der Industrie; diese hat auch stattgefunden und nur darüber sind die Meinungen geteilt, ob die Entwicklung nicht ebenso rasch oder vielleicht noch rascher sich vollzogen hätte bei viel niedrigeren Zöllen, denn Tatsache ist, daß die übermäßig hohen Zölle auf Maschinen und andere Produktionsmittel manche Industriezweige hemmen. Ist aber die Einfuhr verhindert oder nur eingebremst worden? Die nächstern Zahlen lauten: Zu Beginn der neunziger Jahre hatte Rußland eine Einfuhr von 555 Millionen Rubel jährlich, darunter für annähernd 135 Millionen Industrieerzeugnisse; 1913 waren es 1035 Millionen Rubel, darunter für 376 Millionen Industrieerzeugnisse. Wenn daher Kenner von Rußland behauptet: „So sieht man eine einzige Zollmauer um ein Gebiet, das einen großen Teil der Welt, einen sehr zukunftsreichen Teil der Welt, für den Kaufmann der anderen Nationen absperrt“, so ist das einfach nicht wahr. In dem nächsten Satz schränkt er denn auch seine Behauptung wesentlich ein: „Wenn ich sage absperrt, so ist damit natürlich nicht eine völlige Absperrung gemeint, sondern nur die wesentliche Erschwörung des Handels, das heißt die Verteuerung der fremden Einfuhr um die Höhe des Zollfußes im allgemeinen und des Vorzugszolles im besonderen.“ Aber auch das ist falsch. Daß die fremde Einfuhr verteuert wird, stimmt, aber eine „Absperrung“ ist überhaupt nicht eingetreten und darauf kommt es an.

Ferner beruft sich Kenner auf die Vorgänge in Kanada als Beweis für das Bestehen von Absperrungstendenzen im britischen Wirtschaftskomplex. Die Tendenz mag da sein, aber es fragt sich wieder: wie sind die Resultate? Kanada führte 1897 einen Zolltarif ein, seit dem von englischen Waren 20 Prozent weniger Zoll zu entrichten ist, als von solchen anderer Herkunft; das führte zu einem Handelskrieg mit Deutschland, wobei Kanada seit 1903 die deutschen Waren mit einem „Strafzoll“ von 33 1/2 Prozent der Zollfüße belegte; 1910 wurde der Konflikt beigelegt, wobei der Vorzugszoll zugunsten Englands blieb. Wurde nun der kanadische Markt für Deutschland gesperrt? Mitnichten! Vor 1897 führte Deutschland für annähernd 16 Millionen Mark Waren in Kanada ein; der Vorzugszoll änderte zunächst wenig, die deutsche Einfuhr stieg vielmehr, 1901 waren es 26,5 Millionen Mark; 1902 und 1903 war die Einfuhr in Erwartung des Konfliktes anormal groß (38,7 und 35,8 Millionen), dann sank sie und schwankte in den Kampfsjahren 1904 bis 1909 zwischen 20,3 und 29,6 Millionen; nach Beilegung des Konfliktes stieg sie rapid: 1910 für 36,6 Millionen Mark, 1913 für 60,5 Millionen. — Von „Absperrung“ ist also, obwohl der Wille dazu vorhanden war, gar keine Rede.

Frankreich. Das ist ein ganz böses Kapitel. Kenner hat recht: an zollpolitischen Schikanen leistet Frankreich Erstaunliches und trachtet danach, seine Kolonien als Absatzmarkt ausschließlich für die eigene Industrie zu reservieren. Auf den ersten Blick könnte es auch scheinen, daß das gelingt; die Statistik registriert für Algerien, Tunis, Französisch-Indien, Madagaskar die Einfuhr zu neun Zehnteln aus dem Mutterlande; aber der Schein trügt: die Waren kommen zwar aus Frankreich, sind aber zu einem großen Teil englisches, deutsches, belgisches Fabrikat. Den Beweis im einzelnen zu führen, würde viel Raum erfordern, es genügt jedoch folgendes: Der Bevölkerungszuwachs Frankreichs stagniert, seine Industrie macht im Vergleich mit der englischen und deutschen nur mäßige Fortschritte, trotzdem steigt die Einfuhr stark — 1893 waren es 3,1 Milliarden Mark, 1913 dagegen 6,8 Milliarden. Es ist eben Durchfuhrhandel: die fremden Waren gehen zum großen Teil über französische Häfen nach den französischen Kolonien. — Auch hier war die „Absperrung“ zwar gewollt, wurde aber nicht erreicht.

Das alles ist wahrlich nicht neu, aber man soll es nicht vergessen, wenn man von der Tendenz zur Bildung „ge-

schlossener Wirtschaftskomplexe“ spricht. Man überschätzt da zu leicht die Wirkung des Schutzollsystems auf den Weltmarkt. Das System hat große Bedeutung für die Preisgestaltung, für die Profithöhe und damit für den sozialen Kampf, aber es hindert den Gütertausch nur in geringem Maße: die fremde Ware wird verteuert — und die einheimische auch, ist hinzuzufügen — aber sie kommt trotzdem herein. Es erweisen sich eben die Tendenzen, die in der kapitalistischen Wirtschaft zur internationalen Arbeitsteilung führen, stärker als die Tendenzen zur Absperrung der Märkte.

Jedoch, wird man einwenden, es ist jedenfalls denkbar, daß bei dem Bestreben zur Bildung „geschlossener Wirtschaftskomplexe“ in Zukunft noch viel stärkere handelspolitische Mittel angewendet werden.

Denkbar schon, ob durchführbar ist eine andere Frage. Es würden Staaten, die zu solchen Mitteln greifen, der einheimischen Bevölkerung so starke Opfer zumuten müssen, eine solche Verteuerung vieler unentbehrlichen Güter herbeiführen, auch so viele kapitalistische Interessen der einheimischen Produzenten gefährden, daß alsbald die stärksten Widerstände gegen ein solches Wirtschaftssystem ausgelöst würden. Die Kriegspolysie vermag zwar viel, wenn aber mit der Rückkehr zu normalen Verhältnissen die Vernunft wieder in ihre Rechte tritt, dann wird — glauben wir — von dem Gerede über „geschlossene Wirtschaftskomplexe“ nicht viel übrig bleiben.

Doch „der kluge Mann baut vor.“ heißt es und daher müssen wir rechtzeitig überlegen, was geschehen soll, wenn etwa doch nach dem Kriege die „wirtschaftliche Einkreisung“ der Zentralmächte von den Mächten der Entente verurteilt werden sollte, da dies ja immerhin im Bereich der Möglichkeit liegt. — Nun, wir meinen, daß in diesem Falle die Bildung des „mitteleuropäischen Wirtschaftskomplexes“, das Wirtschaftsbündnis, bei dem Oesterreich und Deutschland sich zwar einander nähern, aber sich gegen die übrige Welt abschließen, das untauglichste Mittel wäre, den Schlag zu parieren. Denn erstens können auch die beiden Staaten vereint in absehbarer Zeit ihre landwirtschaftliche Produktion nicht genügend steigern, um die Bevölkerung zu ernähren, zweitens kann der österreichische Markt der deutschen Industrie den Verlust der englischen, russischen, französischen Märkte nicht ersetzen. Auch die Einbeziehung der Balkanstaaten und der Türkei — vorausgesetzt, daß diese Gebiete dem Bündnis beitreten — ändert daran nicht viel, da es sich hier um Gebiete handelt, die wohl entwicklungsfähig sind, aber viel, sehr viel Zeit brauchen werden, um sich nach dem Kriege zu erholen. — Also, was ist zu tun?, sich resigniert ergeben?, die wirtschaftliche Uebermacht der Ententemächte anerkennen?, auf die wirtschaftliche Entwicklung verzichten? Nein, das meinen wir nicht! Vielmehr glauben wir, daß wenn es zu einem Kampfe kommen sollte, der Sieb die sicherste Parade ist. Der Sieb nämlich, der gegen solche Einkreisungsgelüste zu führen wäre durch — den eingeschlossenen Uebergang zum Freihandel!

England hat am Freihandel festgehalten, als die ganze Welt zum Schutzsystem überging; Deutschland ist wirtschaftlich stark genug, um zum Freihandel überzugehen. Versuchen England, Rußland und Frankreich ihre Märkte wirklich für die deutschen Erzeugnisse abzusperren, dann würde ein freihändlerisches Deutschland erstens auf den neutralen Märkten stärker als bisher Absatz finden, in Amerika, in China, in den neutralen Ländern Europas, zweitens würde es trotz aller Absperrungsmaßnahmen auf die englischen, russischen, französischen Märkte eindringen. Der Uebergang zum Freihandel würde nämlich bewirken, daß die Produktionskosten der deutschen Industrie allgemein sinken würden, ganz besonders der „Fertigindustrie“, der Maschinenindustrie, der Milch-industrien. Dagegen würden die Produktionskosten der englischen Industrie, dieser erfolgreichsten Konkurrentin der deutschen Industrie, durch den Schutz Zoll, ganz besonders aber durch eine Absperrung gegen Deutschland, von wo England billige Halbfabrikate bezieht, enorm verteuert werden. Ebenso würden die Industrien Frankreichs und Rußlands, wenn man den Protektionismus dort noch verschärfen sollte — und das ist die Voraussetzung für die Absperrung Deutschlands — noch teurer produzieren als bisher. Entscheidend ist aber in letzter Linie bei den Handelsbeziehungen der Preis, und nur der Preis.

Ein freihändlerisches Deutschland kann soviel Lebensmittel aus Amerika haben, als es braucht, sein Bedarf an Rohstoffen kann ihm nicht gesperrt werden, seine billigen Industrieerzeugnisse wird es stets los. Dagegen kommt es unsehbar unter den Schlitzen, wenn es sich darauf versteht, einen „geschlossenen Wirtschaftskomplex“ durch Zölle herzustellen, auch wenn dieser Komplex durch den Beitritt Oesterreichs und der Balkanländer erweitert wird. Einfach: weil dann die „Wirtschaftskomplexe“, mit denen es den Kampf aufnehmen soll, günstigere Bedingungen haben.

Sollte es also zu einem solchen Wirtschaftskriege kommen, dann werden sicher die Landwirtschaft und die Vertreter der kartellierten Industrie für das System der Absperrung eintreten, weil dieses ihnen Vorteile sichert; die Arbeiterklasse dagegen muß auch dann, und dann erst recht, für den Freihandel sein, weil das unter den bestehenden Verhältnissen der revolutionäre Weg ist. Die Marx 1848 seine Rede in Brüssel schloß, so sagen wir auch heute: „Von diesem revolutionären Standpunkt aus stimme ich für Freihandel.“

*) Siehe den Leitartikel in Nr. 94 des „Vorwärts“.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. April. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. In den Argonnen Handgranaten-Lampf in dem Abschnitt Volant-Hille Morde. Wir haben zwei Minen zur Entzündung gebracht, welche einen feindlichen Schützengraben beschädigten. Westlich der Maas verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig. Westlich der Maas hatten wir mehrere Zehngeschäfte, in deren Verlauf wir in den Verbindungsgräben im Norden des Cailletewaldes Fortschritte machten. In der Voivre kräftiges Bombardement in den Abschnitten von Moulainville und Châtillon. Die Deutschen waren nördlich von St. Nihil zweiundzwanzig Minen in die Maas, die sich, ohne Schaden zu verursachen, an Sperren entzündeten. In Lothringen unternahm die Deutschen nach einem heftigen Bombardement unserer Stellungen zwischen Arracourt und St. Martin mehrere kleine gestaffelte Infanterieangriffe an verschiedenen Punkten dieses Abschnittes. Der Feind wurde überall durch Maschinengewehr- und Artilleriefire zurückgeschlagen. In den Vogesen wurde eine starke Erkundung des Feindes, welche sich den Gräben südlich von Gelles zu nähern versuchte, leicht zerstreut.

Luftkampf. In der Gegend von Verdun haben unsere Kampfflugzeuge am 4. April fünfzehn Luftgefechte geliefert, in deren Verlauf ein deutsches Flugzeug mit Doppelmotor bei dem Reich von Haute Fourneau abgeschossen wurde. Ein anderes feindliches Flugzeug stürzte bei dem Walde von Tilly ab. Schließlich schlug ein drittes deutsches Flugzeug senkrecht auf den Boden auf. Alle unsere Flieger sind unberührt zurückgekehrt. In der Nacht zum 4. April hat eines unserer Kampfgeschwader vierzehn Geschosse auf den Bahnhof von Antillois und fünf auf Bivards bei Damvillers abgeworfen.

Paris, 6. April. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. In Belgien erzielte unser Zerstörungsgeschütz auf die feindlichen Schützengräben gegenüber von Steenstraete gute Wirkung. Nördlich von der Riene war unsere Artillerie zwischen dem Walde von Veumaraix südlich von Craonne und Berry auf Bac tätig. In den Argonnen setzt unsere Artillerie ihre konzentrische Feuer auf die Linien und Verbindungswege der feindlichen Front insbesondere in der Gegend von Montfaucou und des Waldes von Malancourt fort. Westlich von der Maas war der Tag ruhig. Westlich zeitweilige Beschießung im Abschnitt Douaumont-Baug. Keinerlei Infanterieunternehmung an der ganzen Front vor Verdun.

Belgischer Bericht. Der Artilleriekampf war während der Nacht an der ganzen Front ziemlich lebhaft und wurde im Zentrum des belgischen Abschnittes besonders heftig.

Die englische Meldung.

London, 5. April. (W. Z. V.) Bericht des britischen Hauptquartiers. In der letzten Nacht nahmen wir nahe bei Gulluck erfolgreiche Minensprengungen vor, beschädigten einen feindlichen Minengang und zerstörten Stellungen, die in alten Minen-trichtern eingerichtet worden waren. Heute beschossen wir mit guter Wirkung feindliche Werke bei Bois-Grönier. Nördlich des Weges von Noyen nach St. Julien unterhielt unsere schwere Artillerie ein erfolgreiches Feuer, richtete an den Gräben des Feindes vielen Schaden an und verursachte zahlreiche Explosionen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 6. April. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 5. April:

Westfront: In der Gegend von Riga, Jakobstadt und Dünaburg an mehreren Orten Gewehr- und Artilleriefire. Auf der Dinaa-Eingang. Südlich Dünaburg zahlreiches Erscheinen feindlicher Flugzeuge, von denen einzelne Bomben warfen oder mit Maschinengewehren schossen. In der Gegend östlich Waranowitsch wurden in der Nacht zum 4. April Zeppeline gemeldet.

Galizien: In der Gegend westlich Tarnopol griff eine stärkere feindliche Abteilung an, sie wurde mit dem Bajonett zurückgeworfen und ließ tote und eine große Anzahl Verwundeter an unserem Stacheldrahthindernis zurück. In der Gegend nördlich Latocz (7 Kilometer) besetzten unsere Truppen das Dorf Siwierzlowce und die umliegenden Waldstücke.

Kaukasus: In der Küstengegend griffen die Türken, unterstützt durch das Feuer des Kreuzers Midilli, unseren rechten Flügel an, sie wurden abgewiesen und erlitten große Verluste; gleichzeitig griffen unsere Truppen in der obengenannten Gegend das Zentrum des Feindes an und bemächtigten sich eines Teiles seiner Stellungen. Am Flugfeld des Tschorok warfen wir den Feind aus einer Reihe seiner mächtig besetzten Gebirgsstellungen. („Midilli“ ist der Name des früheren deutschen Kreuzers „Creslan“. Die Redaktion des „Vorwärts“.)

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 6. April. (W. Z. V.) Nach einer Mitteilung des Kriegsamtes aus Mesopotamien berichtet General Lake vom 5. April, das Tigris-Korps habe die verschanzte Stellung des Feindes bei Um el Hannay angegriffen und erobert; die Operationen schritten befriedigend fort.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 6. April. (W. Z. V.) Der englische Dampfer „Perminvale“ (3242 Br.-R.-T.) ist versenkt worden.

London, 6. April. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm aus Malta ist der Dampfer „Eian Campbell“ aus Glasgow im Mitteländischen Meere von einem deutschen U-Boot torpediert worden. Die Mannschaft wurde gerettet.

Nach einer Lloyd-Meldung aus Havre ist der norwegische Dampfer „Vaus“ torpediert worden. Vier Mann der Besatzung werden vermisst.

London, 6. April. (W. Z. V.) Lloyd meldet: Der britische Dampfer „Gent“ (3880 Brutto-Registertonnen) wurde versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Rotterdam, 6. April. (Z. U.) Der „R. R. C.“ meldet: Das norwegische Dampfschiff „Arenia“, welches von einem deutschen U-Boot vernichtet wurde, ist 67 Grad 29 Minuten nördlicher und 5 Grad 10 Minuten östlicher Breite von einem Fischerboot treibend gesehen worden. Das Schiff war ungelippt.

Malmö, 5. April. (W. Z. V.) Der schwedische Schooner „Alf“, von Stroemstad mit Grubenholz für England unterwegs, ist mit Beschlag belegt und südwärts geschleppt worden.

Kopenhagen, 6. April. (Z. U.) Vorgestern schleppte ein deutsches Torpedoboot östlich von Deseund ein schwedisches Segelschiff, das auf der Reise nach England mit Grubenholz als Ladung gelapert worden war.

Die englische Meldung über den Luftschiffangriff.

London, 6. April. (W. Z. V.) Amtlich. Ein Zeppelin griff Mittwoch abend die Diktate an und warf Bomben ab. Er wurde von Abwehrgeschützen vertrieben.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. April 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich der Maas verlief der Tag zunächst durch das Vorbereitungsfeuer, das wir auf die Gegend von Hancock legten, sehr lebhaft. Am Nachmittag war auch die Tätigkeit unserer Infanterie reger. Sie stürmte das Dorf Hancock und einen stark ausgebauten französischen Stützpunkt östlich des Dries. Abgesehen von sehr erheblichen blutigen Verlusten löste der Feind 11 Offiziere 531 Mann an unverwundeten Gefangenen, die zwei verschiedenen Divisionen angehören, ein.

Auf dem rechten Maasufer wurde ein erneuter Angriffversuch der Franzosen gegen die von uns im Caillette-Walde und nordwestlich davon am 2. April genommenen Stellungen schnell erstickt.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oberste Seeresleitung.

Neuer Luftschiffangriff auf England.

Amtlich. Berlin, 6. April 1916. (W. Z. V.) Marineluftschiffe haben in der Nacht vom 5. zum 6. April ein großes Eisenwerk bei Withy mit Hochöfen und ausgedehnten Anlagen zerstört, nachdem vorher eine Batterie nördlich von Hull mit Sprengbomben belegt und außer Gefecht gesetzt war. Ferner wurden die Fabrikanlagen von Leeds und Umgebung sowie eine Anzahl Bahnhöfe des Industriegebietes angegriffen, wobei sehr gute Wirkungen beobachtet wurden. Die Luftschiffe wurden heftig beschossen; sie sind alle unbeschädigt gelandet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. April. (W. Z. V.) Amtlich wied. verfaßbar:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Dobersdo wurden östlich Selz die umlängst vom Feinde genommenen Gräben vollständig gesäubert. Italienische Gegenangriffe scheiterten.

Im Ledro- und Judkarrenabschnitte unterhielt die feindliche Artillerie ein lebhaftes Feuer. Angriffe schwächerer italienischer Kräfte gegen unsere Stellungen nordöstlich des Ledro-Sees und im Doonotal wurden abgewiesen.

Sonst beschränkte sich die Kampftätigkeit auf mäßiges Geschützfeuer in einzelnen Abschnitten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Der englische Kanal gesperrt!

Kopenhagen, 5. April. (W. Z. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Bergen: Fahrgäste des norwegischen Dampfers „Nidelven“, der von England ankam, berichten, daß die Sperrung des englischen Kanals jetzt vollständig sei. Nur zu gewissen Stunden des Tages werde die Durchfahrt gestattet.

Zum Untergang des „Peter Hamre“.

Kopenhagen, 6. April. (W. Z. V.) Nach der „National Tidende“ hat die Seeverwaltung über den Untergang des norwegischen Dampfers „Peter Hamre“, bestehend in der Auslage des einzigen überlebenden Matrosen vor dem norwegischen Konsul in London, nicht mit Sicherheit eine Torpedierung des Schiffes ergeben.

Erweiterung der Banngutliste.

London, 5. April. (W. Z. V.) Die Ausführungen Lord Robert Cecil im Unterhaus über die jüngst erlassene Order in council zur Londoner Deklaration lauten: Den Hauptgegenstand der Order bildet die Erklärung, daß der Begriff der vorerlegten Waare in seiner vollen Ausdehnung nicht nur auf unbedingte Banngüter, sondern auch auf bedingte Banngüter Anwendung findet und ebenso auf die Biokade. Als einziger Unterschied in der Behandlung der unbedingten und der bedingten Banngüter bleibt bestehen, daß bedingte Banngüter nur beschlagnahmt und verurteilt werden kann, wenn sie für die Streitkräfte des Feindes oder für den Gebrauch einer feindlichen Regierung bestimmt ist, während unbedingte Banngüter dem gleichen Schicksal unterworfen ist, wenn sie für irgend einen Teil des feindlichen Gebietes bestimmt ist. Bei der Durchführung der Maßnahme im gegenwärtigen Stand dieses Krieges ist die Unterscheidung zwischen den beiden Arten Konterbande unwesentlich, da ja im Grunde genommen alle Güter, die nach dem Gebiete unserer Feinde gesandt werden, in Wirklichkeit unmittelbar oder mittelbar zum Nutzen der Streitkräfte verwendet werden und daher in gleicher Weise der Beschlagnahme unterliegen, ob sie nun bedingte oder unbedingte Konterbande sind. Die Regierung beabsichtigt, in ähnlicher Form eine vollständige Liste der Banngüterartikel zu veröffentlichen, in der sowohl die unbedingten wie die bedingten Banngüter zusammen gedruckt gegeben werden, so daß alle neutralen Kaufleute sich über deren Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Kategorie unterrichten können. Das wird geschehen, sobald einige Erweiterungen der Banngüterliste, über welche die Entscheidung jetzt noch schwebt, gemacht sein werden. Eine Ergänzung der Order bildet die Erläuterung gewisser Umstände, die die Vermutung erwecken, daß aufgedruckte Güter feindliche Bestimmung haben. Insbesondere wird darin ausgeführt, daß die erwähnte Vermutung besteht, daß die Waren an eine Person in einem neutralen Lande konfiguriert sind, von der schon von früher her bekannt ist, daß sie Banngüter an den Feind gesandt hat.

Die Bombenwürfe in der Schweiz.

Bern, 6. April. (W. Z. V.) Im Großen Rat wurden gestern zwei Interpellationen von jurassischen Mitgliedern des Rates und eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht über den Bombenwurf deutscher

Flieger über Bruntrut. Die Interpellanten verlangten von der Regierung Maßnahmen zur Vermeidung solcher Zwischenfälle, wobei sie das Vergehen des Grenzschutzes infolge fehlender Munition scharf kritisierten. Regierungspräsident Locher, ein gebürtiger Jurassier, erklärte, daß der Regierungsrat bereits beim Bundesrat vorstellig geworden sei, und daß der Bundesrat bestimmte Zusicherungen für eine gründliche Untersuchung der Angelegenheit gegeben habe. Die Anregung der sozialdemokratischen Interpellanten auf Schaffung einer neutralen Zone zum Schutze der schweizerischen Grenzbewohner komme reichlich spät, da der deutsche Gesandte Freiherr von Romberg schon lange in diesem Sinne Schritte unternommen habe, die leider infolge der Ablehnung durch eine der kriegführenden Parteien zu keinem Ergebnisse geführt hätten. Die Frage werde untersucht, wie die Grenze besser kenntlich gemacht werden könne, wobei man an die Auffstellung hochgeleiteter Bahnen sowie an Lichter für die Nachtzeit denke. Die Interpellanten erklärten, von den Schritten der Regierung befriedigt zu sein.

Die Lage in Holland.

Amsterdam, 6. April. (W. Z. V.) Wie aus Middelburg gemeldet wird, können die Angestellten der Staatsbahnen, die während der letzten Woche ihre Dienstorte nicht verlassen durften, von heute ab wieder Urlaub erhalten.

Rotterdam, 5. April. (W. Z. V.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Leitartikel über die gestrige Regierungserklärung: Es wird uns gesagt, daß die militärischen Maßregeln Vorsorgemaßregeln sind, die mit dem unwandelbaren Entschluß, unsere Neutralität einzuhalten, zusammenhängen. Eine politische Verwicklung, die dazu Anlaß geben könnte, besteht also im Augenblick nicht. Die Gefahr ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß eine oder mehrere der kriegführenden Parteien in der nächsten Zukunft herabgelassen werden könnten, die Neutralität unseres Gebietes nicht mehr so genau wie bisher zu respektieren. Wenn also die Regierungserklärung von dem unwandelbaren Entschluß, unsere Neutralität strikte einzuhalten, spricht, so wendet sie sich damit mehr an die kriegführenden als an uns; es ist eine Warnung nach beiden Seiten. Darüber, von welcher Seite diese Gefahr für unser Land zunehmen könnte, wird keine Aufklärung gegeben.

Von der italienischen Partei.

Lugano, 28. März. (Sig. Ver.)

Der Leitartikel, den der „Avanti“ der Spaltung der deutschen Reichstagsfraktion widmet, ist vom ersten bis zum letzten Worte von der Genier unterdrückt worden. Das darf auch nicht verwundern: Solidaritätsbeteuerungen mit Internationalisten anderer Länder, oder Andeutungen über die Pflichten, die auch anderen Parteien oder Widerstreitern erwachsen, das darf der „nationalen Einheit“ und den Alliierten zuliebe in Italien nicht veröffentlicht werden...

Der Korrespondent des „Avanti“ in Paris berichtet über ein Interview, das Huysmans dem „Welt Parisien“ gewährt hat und in dem der Sekretär des Internationalen Bureaus nochmals betonte, die Internationale könne nicht zusammenkommen, weil die französische Partei dagegen sei. Huysmans erklärte, das J. S. V. habe die Pflicht, die Parteien zusammenzuführen, wenn die Verständigung möglich sein würde und nicht etwa für einen verfrühten Frieden zu arbeiten. Huysmans betonte, er persönlich sei nur Vermittler der Parteien, vertrete sich aber entschieden gegen den Vortritt, über den Kopf der Organisationen gewirkt zu haben. Das Bureau wird nicht zusammenkommen, solange nicht alle Sektionen mit seiner Einberufung einverstanden sind. Ueber den Zweck seiner Anwesenheit in Paris befragt, antwortete Huysmans: es handle sich nur darum, über die Stellung der französischen Partei informiert zu sein. Die französische Partei hat meiner Handlungsweise zugestimmt, bemerkte der Sekretär des Internationalen Bureaus, der a. a. die „Zimmerwälder“ Franktireurs ohne Truppen genannt hat.

An die Äußerungen Huysmans knüpft der Korrespondent des „Avanti“ einige Betrachtungen. Da Huysmans festgestellt hat, daß etwa 12 Millionen Sozialisten dem Internationalen Bureau angehören, so stellt der Korrespondent des „Avanti“ seinerseits fest, daß die Opposition der französischen, der belgischen und der nicht zur Zimmerwälder Aktion stehende Teil englischer Sozialisten — etwa 200 000 im ganzen — dem Willen der übrigen 24 Parteien mit 11 Millionen Mitglieder nicht entgegenzusetzen werden darf. Daß das Bureau aber so verfährt, schadet den sozialistischen Parteien, die ihm angehören. Uebrigens weiß das Exekutivkomitee sehr gut, daß es sich bei einer Einberufung des Internationalen Bureaus nicht um Bemühungen zugunsten eines frühzeitigen Friedens handelt, sondern um die Regelung sozialistischer Angelegenheiten. Daß dem so ist, beweist auch der Umstand, daß das Bureau Schritte gemacht hat, um die Parteien zusammenzuführen und sie nur dann aufgab, als die französische Partei sich der Zusammenkunft widersetzte. Unter Berufung auf die Ausführungen Huysmans in Holland bemerkt der Korrespondent des „Avanti“ schließlich: „Hätte sich die französische Partei nicht widersetzt (der Widerstand der belgischen Partei ist nicht ohne weiteres gegeben, der der englischen ist nicht einstimmig und nicht proklamiert worden), so hätte das Exekutivbureau eine Sitzung des J. S. V. einberufen, ohne vor Verdächtigungen oder Anschuldigungen zurückzusicheren. Es ist viel klarer und deutlicher, wenn Huysmans ohne weiteres erklärt: „Keine internationale Zusammenkunft, solange die französische Partei sie nicht wünscht...“ Hat Genosse Huysmans gelegentlich das Zimmerwälder Manifest gelesen, weiß er, welche und wie viele Parteien ihm zugestimmt haben?“ So weit der Pariser Korrespondent.

Der „Avanti“ fügt seinerseits hinzu: „Augenscheinlich weiß Huysmans nicht mehr, was er zu tun und was lassen hat. Uns interessiert es aber nicht übermäßig, ob das Internationale Sozialistische Bureau, das zur Geißel der franko-englischen Koalition geworden... die Vertreter der verschiedenen Parteien einberuft. Es handelt sich nicht nur um eine Frage der Legalität oder der — Parteidisziplin!...“

Die Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes geblieben — Huysmans nennt ihre Vertreter Franktireurs ohne Geßelhaft — sind um anderes besorgt. Das J. S. V. ist kein bürokratisches Instrument, sondern eine Kampf- und Aktionsorganisation. Es liegt ihm die Pflicht ob, die Grundzüge der Partei und die Richtschnur, die die Kongresse festgestellt haben, zu verwirklichen. Die Parteien, die den Boden der Grundzüge verlassen, stellen sich somit ohne weiteres außerhalb der Internationale und das Bureau darf die Parteien in ihrer Abweichung von den Grundprinzipien nicht folgen. Wir beschuldigen das Bureau, sich zum Werkzeug derjenigen gemacht zu haben, die die von der Partei festgestellte Grundlinie verlassen haben. Das ist die Hauptfrage. Die unsichere, wankende passive Stellung des J. S. V. und ihres Sekretärs ist nur eine natürliche Folge seines ersten Irrtums. (z)

Schließung eines russischen Arbeiterblattes.

„Russkija Wjednostki“ meldet, daß am 21. März das in Samara erscheinende Arbeiterblatt „Nasch Golos“ (Unsere Stimme) von den Behörden geschlossen wurde. Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde umzingelten die Redaktion, während die Gendarmen und die Staatsanwaltschaft die Räume durchsuchten. Die Herausgeberin Frau Krasnoschowa und der Redakteur Sawatow wurden verhaftet. Die gesamte Korrespondenz und das Redaktionsmaterial ist beschlagnahmt. Bei einigen Mitarbeitern der Zeitung wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Die genannte Zeitung, die als einzige regelmäßig erscheinende Arbeiterzeitung sich eines zunehmenden Einflusses auf die Arbeiter im ganzen Reiche erfreute, erschien seit etwa 6 Monaten einmal wöchentlich, ohne daß auch nur eine Nummer von den Behörden beschlagnahmt wurde. Was den jetzigen Gewaltakt der Behörden hervorgerufen hat, ist vorläufig unbekannt. Jedenfalls steht dieser brutale Schlag in eigenartiger Verbindung zu dem heftigen Liebeswerben, das die Regierung und die bürgerlichen Parteien neuerdings den russischen Arbeitern gegenüber zur Schau tragen. Da die sozialdemokratische Dumafraktion diesen Gewaltakt sicherlich in der Duma zur Sprache bringen wird, wird sich ja Gelegenheit bieten, die „Arbeiterfreundlichkeit“ speziell des „fortschrittlichen Blocks“ auf die Probe zu stellen.

Ein Hirtenbrief gegen Streikende.

Der russische Heilige Synod hat nach Blättermeldungen beschlossen, eine Art Hirtenbrief an die russischen Arbeiter zu erlassen, worin diese ermahnt werden, von weiteren Ausständen, „die das Vaterland undarmherzig zugrunde richten müssen“, abzusehen und zur Arbeit zurückzukehren. Am bemerkenswertesten in dem Briefe ist der Hinweis, daß Ende März in Rußland insgesamt 280 000 Fabrikarbeiter gestreikt haben, darunter rund 100 000 in Fabriken für Kriegsbedarf.

Yuanschikais Verzicht.

Berlin, 6. April. (B. Z. V.) Nach Mitteilung der hiesigen chinesischen Gesandtschaft hat das Edikt des Präsidenten Yuanschikai vom 22. März, in dem der Präsident von seiner Verzichtleistung auf die Kaiserwürde Mitteilung macht, folgenden Wortlaut:

Seit der Errichtung der Republik hörten die Unruhen nicht auf, und ich wurde gebeten, die Leitung des Staates zu übernehmen. — Alle, welchen das Wohl des Staates am Herzen lag, erklärten nun einstimmig, daß Chinas Existenz nur dann gesichert wäre, wenn es die Form einer konstitutionellen Monarchie annehme. Ein großer Teil des Volkes befürwortete die Wiedereinführung der Monarchie, und dahingehende Gesuche wurden in dringlichsten Worten durch Telegramme und Petitionen an mich gerichtet. Das stellvertretende Kaiseramt entschied sich, daß die Staatsform durch eine Versammlung von Volksvertretern beschlossen werden sollte. Die Vertreter der einzelnen Provinzen und der besonderen Verwaltungsgebiete waren einstimmig für die konstitutionelle Monarchie und erwählten mich zum Kaiser. Da das Volk der Träger der Souveränität ist, und die Entscheidung von der Gesamtheit der Volksvertreter getroffen wurde, blieb mir keine Möglichkeit zu weiteren Erwägungen. Trotzdem war ich überzeugt, daß ich durch sofortige Thronbesteigung meinen Eid verletzen würde, ohne die Möglichkeit zu einer Erklärung zu haben.

Das Kaiseramt erklärte jedoch, daß der Träger der Exekutivgewalt den Eid in seiner amtlichen Eigenschaft leiste, und daß es vom Willen des Volkes abhängt, ob der Eid gehalten werden sollte oder nicht. Seine Argumente waren so überzeugend in ihrer Wahrheit, daß ich in Ermangelung eines Grundes das Anerkennen abzulehnen, unter dem Vorwand der Vorbereitungen, Schritte unternahm, um das Programm allmählich durchzuführen. Als die Unruhen in den Provinzen Sünnan und Kweichow ausbrachen, erließ ich ein Edikt, daß die Durchführung verschoben würde, und Petitionen, welche mich baten, den Thron zu besteigen, verboten waren. Darauf berief ich das Kaiseramt, um meine Meinung zu hören, in der Hoffnung, den früheren Zustand wiederherstellen zu können. Ich habe manche bittere Erfahrung gemacht und bin nur auf das Wohl des Staates bedacht, aber trotzdem verächtlich mit ein Teil des Volkes, daß ich auf große Macht und besondere Vorrechte ausgehe. So hat die Spaltung der Ansichten eine äußerst gefährliche Situation geschaffen. Ich muß mir selbst Mangel an persönlichen Eigenschaften vorwerfen, wie könnte ich da andere tadeln! Das Volk kam ins Elend, die Truppen haben schwere Zeiten durchgemacht. Schrecken brach bei der Bevölkerung aus, der Handel litt. Der Sommer beugte mich nieder, wenn ich hieran denke. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß meine Ernennung, welche in den mir durch das stellvertretende Kaiseramt überreichten Gesuchen geschah, dem Lande nicht günstig ist; die offizielle Annahme des Thrones, welche am 11. Dezember stattfand, mache ich hierdurch rückgängig. Die Petitionen werden durch das Staatsdepartement dem stellvertretenden Kaiseramt zugestellt, um sie den Verfassern zur Vernichtung zurückzugeben. Alle Vorbereitungen für die Thronbesteigung sollen sogleich eingestellt werden. Ich hoffe, an Aufrichtigkeit unseren Vorkämpfern gleichzukommen, indem ich selbst alle Schuld auf mich nehme, so daß meine Handlungsweise dem Geist der Menschlichkeit entspricht, die der Ausdruck des himmlischen Willens ist.

Diejenigen, welche die Wiedereinführung der Monarchie befürworteten, wurden von dem Wunsche geleitet, den Bestand des Staates zu sichern; aber da ihr Vorgehen sich als ungeeignet erwiesen hat, könnte ihre Vaterlandsliebe dem Lande schädlich sein. Diejenigen, welche sich der Einführung der monarchischen Verfassung widersetzen, handelten aus politischer Ueberzeugung. Es möchte vorausgesetzt werden, daß sie nicht zum Neuerstehen geben und damit das Land in Gefahr bringen werden. Sie sollen ihr Gewissen befragen und ihre Vorurteile aufheben und alles daran setzen, um die Lage zu reiten, damit uns die Schrecken eines Bürgerkrieges erspart bleiben. Alle Fehler, welche begangen wurden, sind meine eigenen. Jetzt, nachdem ich die Annahme des Thrones zurückgenommen habe, wird jeder für seine eigenen Handlungen verantwortlich werden, wenn er weiterhin die Ruhe bedroht und Veranlassung zu Komplikationen gibt. Ich, der Präsident, der mit der Regierung des Landes beauftragt ist, kann nicht müßig bleiben, wenn das Land seinem Untergang entgegengeht. Mögen alle Generale, Beamte, Soldaten und Bürger dieses Ediktes eingedenk sein.

Von Diaz zu Carranza.

Der Einmarsch amerikanischer Truppen bedeutet den Beginn eines neuen Aktes in dem Trauerspiel der inneren Politik Mexikos. Die Vereinigten Staaten, die in der letzten Zeit ostentativ ihre Abneigung bekundet haben, ihre Herrschaft über die Philippinen zu lockern und schließlich ganz aufzugeben, sind deshalb auch unter der Führung des „ruhigen Gelehrten“, des Herrn Professor Wilson, nicht von den Bahnen ihrer imperialistischen Politik abgewichen, und der europäische Krieg läßt ihnen um so mehr die Hände frei, auf dem amerikanischen Kontinent selbst reichlich zu erheben, was ihnen die veränderten Machtverhältnisse im Stillen Ozean heute als weniger sicher und deshalb aufwendbarer erscheinen läßt. Wie stark diese imperialistischen Strömungen in

der amerikanischen Politik sind, zeigt ihr Verhalten gegenüber den kleineren zentralamerikanischen Staaten, vor allem aber gegenüber Mexiko. Es ist ja bekannt, welche reiche Anteil an dem unglücklichen Schicksal dieses Landes, an der ewigen Fortdauer seiner inneren Wirren dem amerikanischen Finanzkapital und der ihm gefügigen Staatspolitik in Washington zuzuschreiben ist. Endlich scheint nun auch dieser Ausbruch von Bürgerkrieg und Nord die Ernte bevorzusehen.

Welche Einflüsse gerade in letzter Zeit in Mexiko geltend waren, welche Absichten augenblicklich dem Vorgehen der amerikanischen Regierung zugrunde liegen, das kann jetzt auf Grund der lächerlichen Nachrichten nicht festgestellt werden. Aber angesichts der Wichtigkeit, welche diese Ereignisse auch für uns gewinnen können, ist es wohl angebracht, sich wenigstens die äußeren Geschehnisse im Zusammenhang zu vergegenwärtigen, die zu den Ereignissen unserer Tage geführt haben.

Vor fünf Jahren war Mexiko noch ein wenigstens für den äußeren Anschein und für die Sicherheit des Kapitals wohlgeordnetes Staatswesen unter der Regierung des Präsidenten Porfirio Diaz. Während seiner 30 Jahre langen Präsidentschaft hatte dieser es stets verstanden, gefügt auf das ihm treu ergebene Heer, jeden Ausbruch von Unzufriedenheit niederzukalten. Aber bei der „Wahl“ im Jahre 1910 trat ihm in der Person von Francisco J. Madero ein ernsthafter Widerstand entgegen; Madero proklamierte ein großartiges Reformprogramm, das die beiden Grundübels beseitigen sollte, unter denen das mexikanische Volk litt — die Ausbeutung der Bodenschätze durch Fremde und die Konzentration des Grundbesitzes in der Hand einiger weniger Latifundienbesitzer. Sein Auftreten als Wahlkandidat sollte ihm aber schlecht bekommen; er wurde ins Gefängnis geworfen und mußte nach seiner Freilassung nach den Vereinigten Staaten auswandern.

Er führte von hier aus seine Propaganda gegen Diaz fort, die namentlich in den nördlichen Provinzen Mexikos Erfolg hatte, und setzte einen Aufstieg ins Werk, der in kurzer Zeit das so fest erscheinende Gebäude der Herrschaft Diaz zusammenbrechen ließ. Am 25. Mai 1911 sah sich der Diktator Mexikos zur bedingungslosen Abdankung gezwungen.

Nach einer kurzen Regentschaft wurde Madero am 1. Oktober 1911 fast einstimmig zum Präsidenten gewählt und mit Jubel begrüßt. Bei der Durchführung seines Programms ergaben sich aber große Schwierigkeiten, deren Ueberwindung ihm nicht gelang. Die Erbitterung gegen ihn wuchs täglich (ein Neffe des früheren Präsidenten) sich zunehmen und versuchte im Oktober 1912 von Vera Cruz aus einen Aufstand zu entfesseln. Aber der Versuch mißglückte und Diaz wurde gefangen gesetzt. Nach vier Monaten entkam er jedoch und stellte sich von neuem an die Spitze der Revolutionäre. Diesen gelang es, den Präsidenten und die Regierungstruppen in der Stadt Mexiko einzuschließen. Die Niederlage Maderos wurde aber durch den Verrat des kommandierenden Generals der Bundestruppen, Victoriano Huerta, vollendet; am 18. Februar 1913 mußte er zurücktreten.

Felix Diaz sah sich bald um die Früchte seiner Mühe betrogen; er wurde beiseite geschoben, und die Armee proklamierte Huerta zum Präsidenten. Die Wahl wurde von einem gefügigen Kongress bestätigt.

Huerta begann seine Regierung damit, daß er Madero und seinen Bruder „wegen Flußverwehungen“ erschließen ließ. Aber trotz der drakonischen Maßnahmen gelang es ihm nicht, Ordnung zu schaffen. Er selbst konnte auf gefühlige Weise nicht zum Präsidenten gewählt werden, und zwei Wahlen führten zu keinem Ergebnis.

Darauf gestützt, verweigerte ihm die Regierung der Vereinigten Staaten die Anerkennung. Dies gab den Gegnern Huertas den Mut, sich gegen ihn aufzulehnen. Wiederum ging der Aufstand von den nördlichen Provinzen aus, diesmal unter der Führung Carranzas und der „konstitutionalistischen“; der bedeutendste militärische Führer war Francisco Villa, ein ehemaliger Bandit. Carranza machte mit den Reformen Maderos Ernst, gerückte die Latifundien und verkaufte die Städte billig an die Bauern.

Im April 1914 rückten die konstitutionalistischen gegen Tampico vor, einen wichtigen Hafen für die Ausfuhr von Petroleum. Bei den Kämpfen in dieser Gegend kam es zu Zwischenfällen zwischen amerikanischen Matrosen und den Truppen Huertas. Da dieser die von den Vereinigten Staaten geforderte Verweigerung verweigerte und ein Ultimatum völlig ignorierte, entschloß sich Wilson zum Einschreiten. Die Gelegenheit dazu bot die Landung eines deutschen Dampfers in Vera Cruz, der Waffen für Huerta ausladen wollte. Um dies zu verhindern, besetzten am 21. April die Amerikaner den Hafen.

Kurze Zeit darauf boten die drei größten südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien und Chile ihre Vermittlung an. Es kam auch zu Verhandlungen in Niagara Falls (Kanada), die jedoch am 1. Juli resultatlos abgebrochen wurden.

Inzwischen war Huertas Lage immer schwieriger geworden. Er entschloß sich endlich am 15. Juli zur Abdankung und verließ Mexiko auf einem deutschen Kriegsschiff. Als er im vorigen Sommer zurückkehren wollte, wurde er von den Vereinigten Staaten daran gehindert und ins Gefängnis geworfen; dort erkrankte er und starb im Januar 1916. Am 19. August rückte Carranza in der Hauptstadt ein. Lange sollte aber die Ruhe nicht dauern, denn Villa und Carranza entzweiten sich schon nach einem Monat. Carranza wollte sich zum Präsidenten wählen lassen, aber die konstitutionalistischen schlugen Cuatrecasas für dieses Amt vor. Als Carranza sich dem widersetzte, ernannte Cuatrecasas Villa zu seinem Feldherrn und besah ihm, gegen Carranza vorzurücken.

In diesem Augenblick (23. November 1914) rückten die Amerikaner Vera Cruz. Carranza, der sich in der Hauptstadt Mexiko nicht mehr sicher fühlte, verlegte nun seine Regierung nach Vera Cruz und versuchte von dort aus seine Gegner niederzuwerfen. Sein General Obregon erfocht auch eine Reihe wichtiger Siege, konnte aber keine Entscheidung herbeiführen.

Inzwischen entschlossen sich die Vereinigten Staaten, unmittelbar veranlaßt durch ständige Grenzüberfälle, zu einer erneuten Intervention. Sie betrieben einen Kongress von sechs süd- und mittelamerikanischen Republiken ein, der am 14. August 1915 einen Appell an die einflussreichsten Mexikaner richtete, in dem eine Konferenz der mexikanischen Führer vorgeschlagen wurde. Villa sagte sofort zu, während Carranza ablehnte. Die Diplomaten sahen sich infolgedessen zu einem neuen Schritt genötigt. Sie beschloßen, die Partei anzunehmen, die sich binnen drei Wochen am besten dazu geeignet zeigte, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach Ablauf dieser Frist wurde Carranza am 18. Oktober von den Vereinigten Staaten und acht anderen amerikanischen Republiken formell anerkannt.

Die jetzige Lage des Landes ist infolge der dauernden Bürgerkriege verwickelt. Die nördlichen Provinzen sind völlig zugrunde gerichtet, und in der Stadt Mexiko herrscht Hungersnot, weil die Eisenbahnverbindung häufig unterbrochen ist. Als Beispiel für die Lähmung des wirtschaftlichen Lebens genügen die folgenden zwei Zahlen: im letzten Geschäftsjahr betrug die Kosteinnahmen der mexikanischen National-Eisenbahn (Mexican National Railroad) 1 770 982 mexikanische Dollar gegen 61 447 791 drei Jahre vorher.

Ob das Land bald zur Ruhe kommen wird, läßt sich gar nicht voraussagen; nach den letzten Nachrichten scheint Villa nicht geneigt zu sein, seinem Gegner gütwillig das Feld zu räumen. Unterdessen haben die Vereinigten Staaten aktiv militärisch in die Wirren ihres unruhigen Nachbarstaates eingegriffen. Welche Ziele sie dabei verfolgen, und welchen Erfolg sie dabei aufzuweisen haben werden, wird erst die Zukunft lehren.

Politische Uebersicht.

Kaiser und Kanzler.

Berlin, 6. April. (B. Z. V.) Seine Majestät der Kaiser hat den Reichskanzler telegraphisch herzlich zu den kraftvollen Worten beglückwünscht, mit denen er im Reichstag von neuem unsere Stellung zu Vergangenheit und Zukunft dargelegt habe.

Der Schaumburg-ippische Landtag.

Die Tagung des Schaumburg-ippischen Landtages ist zu Ende gegangen. Wesentliche Veränderungen der Steuergesetze sollen bis nach dem Kriege verschoben werden. Zur Deckung der entstandenen Verluste wird ein Zuschlag zur Einkommensteuer von 4 bis 100 Proz. erhoben, der mit 2400 M. Einkommen beginnt und 100 Proz. bei 120 000 M. erreicht. Die übrigen Vorlagen der Regierung hatten keine allgemeinere Bedeutung.

Der Staatsminister erklärte sich bereit, im Bundesrat dahin zu wirken, daß den Lieferungsverbänden neben den tatsächlich ausgegebenen Summen für die Familienunterstützung auch die Zinsen für die dem Reiche so gestundeten Beträge erstattet werden.

Aus den allgemeinen finanzpolitischen Erörterungen dieses kleinstaatlichen Parlaments sind zwei Punkte bemerkenswert. Im Ausschusse war darüber gesprochen worden, daß es notwendig sei, den Fürsten des Landes bei diesen traurigen Zeiten mehr zu den Landeslasten heranzuziehen, namentlich aber und zunächst die Steuerfreiheit der Prinzen aufzuheben. Staatsminister Freiherr v. Heintze und der Vertreter der Hofmannen erklärten aber in aller Form, dazu sei der gegenwärtige Zeitpunkt nicht nur durchaus ungeeignet, sondern ein solcher Versuch sei jetzt auch bedenklich, und es müsse dringend davor gewarnt werden. Ueber so ernste Fragen dürfe während des Krieges nicht beraten werden, denn das sei ja eine Art Burgfriedensbruch! — Der bekanntlich sehr reiche Fürst hat dann eine einmalige „Beihilfe“ (30 000 M.) bewilligt.

Dann wurde auch über die Erschließung neuer Steuerquellen verhandelt, und dabei zog man die Lebzigensteuer an. Hierzu führte der Minister aus, daß allerdings nach dem Kriege Maßnahmen getroffen werden müßten, um eine Bevölkerungszunahme zu erreichen, und dazu gehöre auch die Lebzigensteuer. Man werde aber noch weiter gehen und die Steuern auf das Gehalt und den Kinderreichtum der Familien zuschneiden müssen.

Fleischkarten in Baden.

Das badische Ministerium des Innern hat angeordnet, daß vom 17. April ab ebenso wie in Bayern die Einführung der Fleischkarte in Baden zu erfolgen hat. Bis dahin dürfen Dauerfleischwaren und Dauerwurst nur noch im Ausschitt gewerbsmäßig vertrieben werden. Der Verkauf von Fleischkonserven ist gänzlich verboten. Zuwiderhandlungen werden mit hoher Strafe (Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 15 000 M.) geahndet.

Verbot von Hauschlachtungen.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat folgende Bekanntmachung erlassen: Auf Grund des § 6 Absatz 2 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916, Reichsgesetzblatt Seite 199, sowie besonderer ministerieller Ermächtigung verbleibe ich hiermit für den Umfang der Provinz Hannover sämtliche Schlachtungen von Rindvieh, Schafen und Schweinen, die ausschließlich für den eigenen Wirtschaftbedarf des Viehhalters erfolgen (Hauschlachtungen). Das Verbot tritt sofort in Kraft.

Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten.

Der Bundesrat hat am 4. April eine Verordnung erlassen, nach der zum Zwecke gärtnerischer Nutzung Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern nicht höher als den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen. Die Festsetzung erfolgt nach Anhörung von landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Sachverständigen unter Berücksichtigung der Pachtpreise, die in den Jahren 1911, 1912 und 1913 für gleiche oder ähnliche Grundstücke derselben Gegend durchschnittlich gezahlt worden sind. Diese Vorschrift findet auch für die künftig zu zahlenden Preise bei Verträgen, die vor Inkrafttreten dieser Bekanntmachung, aber nach dem 4. August 1914 abgeschlossen sind, derart Anwendung, daß der Pachtpreis sich für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung nach Maßgabe des § 1 ermäßigt.

Streitigkeiten über die Höhe der Pachtpreise werden unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig durch die untere Verwaltungsbehörde entschieden. Sie kann bestimmen, daß wer entgegen den Vorschriften der §§ 1 und 2 zu hohe Pachtpreise erhebt, den zweifelt erhöhten Betrag in dreifacher Höhe an die Kasse des Ortsamtenverbandes des belegenen Grundstückes zu entrichten hat. Den zu entrichtenden Betrag setzt die untere Verwaltungsbehörde fest. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Einführung der Sonnenzeit.

Am 1. Mai. Der Bundesrat hat beschlossen, daß in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September 1916 an Stelle der mitteleuropäischen Zeit, die in Deutschland durch das Reichsgesetz vom 12. März 1893 eingeführt ist, als gesetzliche Zeit die mittlere Sonnenzeit des 30. Längengrades östlich von Greenwich gelten soll. Das bedeutet, daß die Uhren für diese Zeitspanne um eine Stunde vorzustellen sind. Demgemäß wird der 1. Mai 1916 bereits am 30. April 1916 nachmittags 11 Uhr beginnen. Der 30. September 1916 aber um eine Stunde verlängert werden, damit am 1. Oktober 1916 die mitteleuropäische Zeit wieder in Kraft treten kann.

Erhöhung der Postgebühren in Oesterreich-Ungarn.

Da im Deutschen Reiche die Postgebühren demnächst erhöht werden sollen, macht sich auch die Abänderung des Postvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland nötig. Die deutsche Regierung nahm bereits die Verhandlungen mit der österreichischen und ungarischen Regierung auf, daß der Postvertrag mit erhöhtem Tarif am 1. Juni erneuert werden soll. Wie der „N. Z.“ erzählt, sind beide Regierungen hierzu geneigt. Auch die ungarische Regierung habe bereits den Plan gefaßt, die Postgebühren im Inland zu erhöhen; die Gebühr für Postkarten soll 8 Heller, für einfache Briefe 10 Heller und für das Depeschewort 8 Heller betragen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tarifverlehung auf Umwegen.

Eine Frage von prinzipieller Bedeutung entschied in der letzten Sitzung die Schlichtungskommission der Militärkneiber.

Der Unternehmer A. war von Arbeiterinnen auf Rückzahlung von Beträgen verklagt, die er für Miete, Licht usw. abgezogen hatte. Er hatte Arbeiterinnen auf Wochenlohn beschäftigt. Als dann nachträglich eine Verfügung kam, wonach nur noch Stundlöhne zulässig waren, sagte er seinem Personal, er löse seinen Betrieb auf und verbeuge die Arbeit außer dem Hause.

Nach dieser Angabe hätten daraufhin die Leute ihm den Vorschlag gemacht, die Arbeit als Heimarbeit zu übernehmen, aber in derselben Werkstatt herzustellen und dafür Entschädigung zu zahlen.

Die Kommission hielt dem Beklagten entgegen, die Sache laufe darauf hinaus, daß außer den 25 Proz. Unternehmergewinn, die er einstecke, er auch noch seine Betriebskosten von den Löhnen einziehe, die sonst jeder Unternehmer selbst tragen müsse.

Kunze, als Vertreter der Kläger, führte aus: Wenn die Arbeiterinnen wirklich ganz selbstständig die Arbeit in ihren Räumen herstellten, dann müßten sie doch als Zwischenmeister gelten und ihren Anteil von den 25 Proz. Unternehmergewinn abbelommen.

Die Kommission fällt folgende Entscheidung:

Die Arbeiterinnen (die übrigens eine bestimmte Arbeitszeit hatten) können nicht als Heimarbeiterinnen gelten. Das Abkommen haben sie offenbar nur aus Furcht vor Arbeitslosigkeit abgeschlossen. Die Abzüge sind unzulässig, weil sie eine Umgehung des Tarifs auf Umwegen seien.

Auf diesen Entscheid hin zahlte der Beklagte freiwillig die Beträge in Höhe von 240 M. zurück.

Lohnstatistik der Militärkneiber.

Aus den Streifen der Mitglieder ist schon vor längerer Zeit der Wunsch laut geworden, bei der Vereinigung Deutscher Heereslieferanten den Antrag zu stellen, eine Teuerungszulage zu gewähren. Darauf hin hat die Branchenleitung beschlossen, über die tatsächlich verdienten Löhne eine Statistik aufzunehmen. In der letzten Branchenversammlung wies Riedel in seiner Erläuterung darauf hin, daß durch die Bräuhucht einzelner Berufs-kollegen Gerüchte über ungeheure Verdienste der Sattler verbreitet worden sind, wemgleich zugegeben werden kann, daß bei der Hochkonjunktur durch unbeschränkte Arbeitszeit und Schleuderarbeit teilweise erheblich mehr als sonst verdient wurde. Dies hat sich aber beim Nachlassen der Hochkonjunktur und bei der schärferen Kontrolle der gelieferten Gegenstände wesentlich geändert, so daß die Verdienste stark zurückgegangen sind.

In der Debatte hoben einige Redner hervor, daß bei der enormen Teuerung eine Aufnahme über die Verdienste gar nicht nötig sei, da ja die Preissteigerung offenkundig zutage trete, um eine Zulage zu rechtfertigen.

Die Mehrheit der Versammlung stellte sich aber doch auf den Standpunkt der Branchenleitung, erst eine Statistik aufzunehmen, mit deren Ergebnis eine weitere Versammlung sich beschäftigen wird.

Die Frage des Arbeitsnachweises der Schuhmacher.

Die Generalversammlung der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher beschäftigte sich am Mittwoch wieder mit der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises. Ueber die Errichtung eines solchen im Anschluß an den Zentralverein für Arbeitsnachweis wird schon seit einiger Zeit verhandelt. Im Februar hat bereits eine Generalversammlung zu der Angelegenheit Stellung genommen und die Verwirklichung des Arbeitsnachweises davon abhängig gemacht, daß in dem mit dem Vertreter des Zentralvereins für Arbeitsnachweis beratenden Satzungen einige Punkte geändert werden. In der Hauptache handelt es sich darum, daß der Zentralverein für sich das Recht der Anstellung und Entlassung des Arbeitsvermittlers in Anspruch nimmt, während der Schuhmacherverband einen bestimmenden Einfluß des Beirats auf die Wahl des Arbeitsvermittlers, mindestens das Vorschlagsrecht beansprucht. Die erneuten Verhandlungen mit dem Zentralverein haben noch nicht zu einer Verständigung geführt. Vergebens war der Hinweis darauf, daß dem paritätischen Arbeitsnachweis der Holzindustrie für den Fall seines Anschlusses an den Zentralverein das Recht eingeräumt wurde, daß der aus Vertretern der am Arbeitsnachweis beteiligten Organisationen bestehende Beirat die Arbeitsvermittler vorschlägt, welche der Zentralverein anzustellen hat. Dies Recht will der Zentralverein den Schuhmachern nicht zugestehen, er hält vielmehr an seinem Standpunkt fest, den Arbeitsvermittler zu bestimmen.

Die Versammlung beschloß, der Schaffung des paritätischen Arbeitsnachweises nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, wenn den Schuhmachern hinsichtlich der Wahl des Arbeitsvermittlers dieselben Rechte zugestanden werden, welche die Holzarbeiter haben.

Jahresbericht der Metallarbeiter.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1915, den die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes herausgegeben hat, sagt unter anderem:

Der Mitgliederbestand ist durch die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst natürlich stark beeinträchtigt worden. Am Jahresabschluss war ein Mitgliederbestand von 51 775 vorhanden, darunter 9058 Frauen. Unter Einrechnung der zum Heeresdienst

eingezogenen Mitglieder hat die Verwaltungsstelle trotz aller durch die Zeitverhältnisse bedingten Schwierigkeiten sogar eine nennenswerte Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Trotzdem haben die Funktionäre fast allgemein die Mitteilung gemacht, daß ein eigentümlicher Zug von Gleichgültigkeit durch die Reihen der Mitglieder geht. Die Verwaltung glaubt jedoch nicht, daß es nur Gleichgültigkeit ist, sondern daß das Verhalten der Kollegen auf die gegenwärtige Zeit an sich zurückzuführen ist. Es geht wohl allen so, daß sich trotz der Zunahme an Mitgliedern und der verhältnismäßig günstigen Finanzlage des Verbandes ein Gefühl des Mißbehagens bemerkbar macht, das keine rechte Freude über die nicht ungünstige Lage der Organisation aufkommen läßt. Rechnet man dazu die Unsicherheit, in der sich viele männliche Mitglieder bezüglich der Einberufung zum Heere befinden, so ist das anscheinend etwas gleichgültige Verhalten der Kollegen zu verstehen.

Es liegt durchaus in der Natur der Sache, daß die Verbändertätigkeit während des Berichtsjahres durch den Krieg, besonders durch seine Wirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Mitglieder beeinträchtigt worden ist. Die Verwaltung fakte ihre Aufgabe so auf, daß die wirtschaftlichen Schäden, die durch den Krieg den Mitgliedern drohten, abzuwenden sind. Weiter hat sich die Verwaltung bemüht, gegenüber den nach dem Kriege in Aussicht stehenden Schäden und Schwierigkeiten noch Möglichkeit vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Hierher gehören die Tätigkeit im Kriegsaus-schluß für die Metallbetriebe Groß-Berlins, die Tätigkeit auf dem Gebiet der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte sowie die Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer.

Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse konnte von der Einleitung von Lohnbewegungen, wie man sie in früheren Jahren gewohnt war, nicht die Rede sein. Aber zum Verzicht auf ein Streben nach Verbesserung der Löhne lag um so weniger Veranlassung vor, als die Wirkung des Krieges auf die Lebensmittelpreise eine geradezu ungeheuerliche war. Gegenüber dieser Tatsache war das Bemühen, die Verdienste zu erhöhen, eine Notwendigkeit, der sich niemand, auch von Arbeitgeberseite, entziehen konnte. Es kann zu gegeben werden, daß eine Reihe von Arbeitgebern ohne weiteres den Anforderungen der Arbeiter nachgaben. Aber die Zahl der Arbeitgeber, bei denen erst energisch vorgegangen werden mußte, um sie zu einigermassen ausreichenden Zugeständnissen zu veranlassen, war auch nicht gerade klein. Der Bericht führt alle Einzelfälle an, wo Lohnaufbesserungen in größerem oder geringerem Maße erreicht worden sind. Es ist eine ansehnliche Zahl von Firmen, unter denen sich mehrere namhafte Großbetriebe befinden.

Aus dem Massenbericht ergibt sich, daß auch im vergangenen Jahre eine stattliche Summe, nämlich 28 764 M., für Unterstützungszwecke ausgegeben wurde. Davon entfällt der größte Teil — 139 882 M. — auf Arbeitslosenunterstützung. Sie wurde an 6740 Mitglieder für 132 242 Tage gezahlt. Im Durchschnitt bezog jeder Arbeitslose für 19,47 Tage Unterstützung. Die Krankenunterstützung verursachte eine Ausgabe von 88 837 M. An Sterbegeld wurden 20 843 M. ausgegeben. Die Lokalfasse hatte am Jahres-schluss einen Bestand von 1 955 522 M.

Deutsches Reich.

Mindeststundenlöhne für Handnäherinnen auf Sattlerarbeiten für die Heeresverwaltung.

Durch den Reichstaxtarif für das Lederarbeitsgewerbe sind die Allorlöhne für Arbeiter und Arbeiterinnen gleichmäßig festgesetzt. Einem Teil der Unternehmer und fast allen Zwischenmeistern erschien der so von den Arbeiterinnen erzielte Verdienst zu hoch, weshalb sie vorzogen, Arbeiterinnen, die mit Nadel und Ahle nähen, in Zeitlohn zu beschäftigen, wobei sie willkürlich die Löhne festsetzten, und zwar möglichst niedrig, weil für solche Arbeiterinnen kein bestimmter Zeitlohn im Reichstaxtarif festgelegt war. Um einer größeren Ausbeutung der Arbeiterinnen zu steuern, haben auf Antrag des Sattler- und Portefeulterverbandes die am Reichstaxtarif beteiligten Organisationen durch ihre Vertreter beschlossen: „Der Mindestlohn für Handnäherinnen auf Sattlerarbeit (Nadel und Ahle) beträgt 33 Pf. für die Stunde. Hierzu kommen die in Nr. 3d des Tarifs festgelegten Ortszuschläge sowie der Kriegszuschlag von 15 Proz. Dieser Beschluß tritt am 15. März 1916 in Kraft.“

Diesem Beschluß ist die Heeresverwaltung beigetreten und hat erachtet, für seine weitwichtigste Verbreitung Sorge zu tragen. Infolge dieses Beschlusses betragen die Mindeststunden-löhne für Handnäherinnen auf Sattlerarbeit:

- In Groß-Berlin, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Altona, Kiel, München, Straßburg, Stuttgart, Wiesbaden: 45, 54 Pf. pro Stunde;
 - in Aachen, Barmen, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Cassel, Danzig, Dortmund, Dresden, Duisburg, Ebersfeld, Erfurt, Essen, Freiburg i. S., Hagen, Halle, Hanau, Hannover, Karlsruhe, Kehl, Königsberg i. Pr., Krefeld, Leipzig, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mülheim-Ruhr, Nürnberg, Offenbach und Umgegend, Potsdam, Solingen und Wald, Stettin: 43, 64 Pf. pro Stunde;
 - in Waagen, Brandenburg a. S., Chemnitz, Darmstadt, Eisenach, Eisleben, Frankfurt a. D., Freiburg i. S., Görlich, Hameln, Hamm, Hilden, Hildesheim, Koferslautern, Koblenz, Konstanz, Leignitz, Münster i. W., Oldenburg, Osnabrück, Pirmasens, Posen, Rhena, Rostock, Stralsund, Ulm, Wiersen: 41, 75 Pf. pro Stunde;
 - in Krieg, Ermleben, Fürstentum - Reichenberg, Glogau, Lengsfeld i. S., Reisdorf: 39, 85 Pf. pro Stunde.
- In Orten, die keiner Tarifklasse eingereiht sind, beträgt der Mindeststundenlohn 33 Pf.

Den Handnäherinnen auf Sattlerarbeit wird dringend an-geraten, soweit sie auf Zeitlohn beschäftigt sind, nicht unter den

genannten Sätzen zu arbeiten und Verstöße sofort der Gewerkschafts-leitung mitzuteilen.

Teuerungszulagen im Dresdener Schuhmachergewerbe.

Die Dresdener Zählstelle des Schuhmacherverbandes verlangte in einer Eingabe an die Schuhmachervereinigung zu Dresden die Ge-währung einer Lohnaufbesserung an alle Gehilfen in Form einer Teuerungszulage. Die Eingabe wurde hauptsächlich mit der enormen Steigerung der Lebensmittelpreise begründet. Die Schuhmacher-einigung konnte sich den Wünschen nicht verschließen. Sie erkannte die Forderung an und beschloß in ihrer letzten Innungsversammlung die Gewährung einer Kriegsteuerungszulage in einer Höhe von 10 Proz. zu den seit 1914 bestehenden vereinbarten Löhnen. Die Zulage trat bereits am 1. April in Kraft.

Ausland.

Arbeitskonflikte in Dänemark.

In den letzten Tagen wurden vier neue Streiks angekündigt. Der Malerverband beabsichtigt in der Eisenindustrie zu streiken. Der Schuharbeiterverband kündigt Arbeitseinstellungen in der Pro-bing an. Der Fleischerverband will die Arbeit in den Konfekt-fabriken niederlegen und dann hat der Verband der Stukkateure seinen bereits angekündigten Streik in der Provinz jetzt auf die Hauptstadt ausgedehnt.

Gleichzeitig sind aber auch einige Vertragsabschlüsse zu ver-zeichnen, wie z. B. zwischen den Eisenindustriellen und dem Koch-verein der Kessel- und Maschinenwärter. Auch mit den Kopen-hagener Hafenarbeitern dürfte eine Einigung zustandekommen. Der Schiffszimmererstreik hat nach langen Verhandlungen soeben zur Einigung geführt. In der Zementindustrie werden die Verhand-lungen weitergeführt.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinn.

Der Verein für chemische Industrie in Mainz er-höht seine Dividende von 15 auf 25 Proz. Außerdem kommt ein Bonus (Extra-Dividende) von 5 Proz. zur Auszahlung. Die Joh. C. Tiedenberg u. Co., Schiffswerk und Maschinenfabrik in Bremerhaven wird wieder 10 Proz. Di-vidende verteilen. Sie hat 650 000 M. als Kriegsgewinnsteuer-rücklage verwendet.

Die Reis u. Martin A.-G. in Berlin erhöht ihre Dividende von 6 auf 8 Proz. Die A.-G. für Beton- und Monierbau in Berlin steigert ihre Dividende von 8 auf 10 Proz.

Norwegische Kohle aus Spibbergen. Ein norwegisches Kon-fortium hat dem Vernehmen nach die großen amerikanischen Kohlenlager bei Adventbay auf Spibbergen und die Lager der Norwegischen Spibbergen-Kompagnie bei Greenharbour für Norwegen gesichert. Sein Aktienkapital beträgt zehn Millionen Kronen. Man meint, daß Norwegen dadurch von ausländischer Kohle unabhängig werden wird.

Die amerikanischen Petroleumquellen.

Das „Deutsche Journal“ (New York) vom 3. März erzählt aus Washington unter dem 2. März folgendes: Der Bergwerksaus-schuh des Repräsentantenhauses erhielt den Bericht der Bergwerks-behörde, der eine ganze Anzahl von Eröffnungen enthält und in dem man die triftigsten Argumente zugunsten der Forderung nach Rationali-sierung der Petroleumproduktion oder wenigstens ihrer Regulierung und Beaufsichtigung durch die Bundesregierung findet. Direktor Manning, der Verfasser des Berichts, konstatiert, daß britische und japanische Agenten, welche seit Jahren mit dem Ankauf von Petroleumquellen in China und Persien beschäftigt waren, jetzt ihre Tätigkeit nach den Vereinigten Staaten und nach Mexiko verlegt haben.

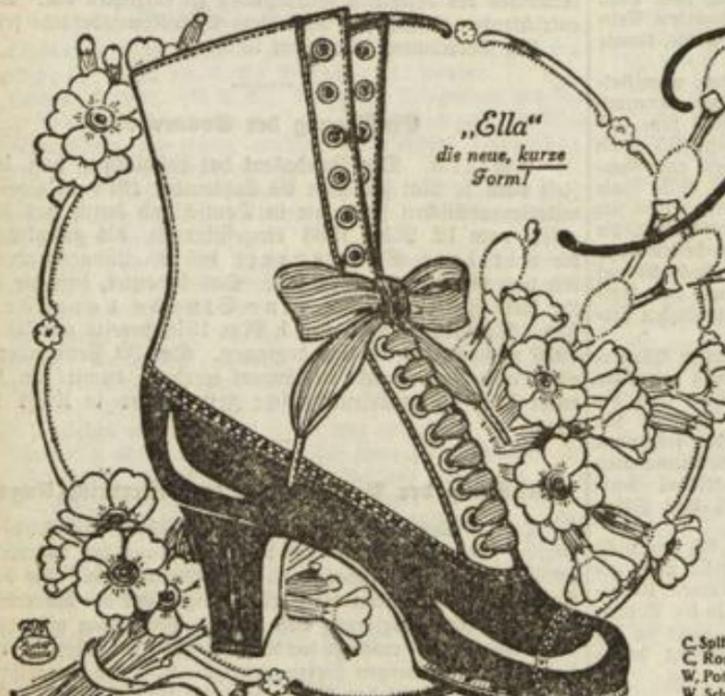
Das Erscheinen dieser Agenten erfolgte rasch nach der Ankündi-gung des amerikanischen Ackerbaudepartements, daß man mittels eines neuen Verfahrens Toluol und Benzol aus jedem Petroleum-destillat, wie auch aus Koksöl gewinnen könne. Früher oder später wird man für die stete Versorgung von Heer und Flotte mit dem nötigen Material zur Vereitung der Explosivstoffe rechnen müssen, und es sieht zu befürchten, wenn der Kongreß nicht recht-zeitig Maßnahmen trifft, daß sie dann alle Bezugsquellen in britischen und japanischen Händen finden werde.

Direktor Manning berechnet, daß die Petroleumquellen in den Vereinigten Staaten bei gleichbleibender Produktion nach 27 Jahren erschöpft sein werden. Seit Entdeckung des Petroleum im Jahre 1859 betrug die Produktion 3300 Millionen Faß. Er schätzt den verbleibenden Bestand noch auf 7600 Millionen Faß. Die gegenwärtige Produktion beträgt 280 Millionen Faß.

Manning rügt die unnütze Vergeudung, die in der Petroleum-Industrie vorherrscht und die zwei Drittel bei jeder Gallone betrage. Die Raffinerien in den Vereinigten Staaten gewinnen aus Roh-petroleum etwa 20 Proz. Galolin. Die Bundesregierung besitzt ein von einem ihrer Chemiker entdecktes Verfahren, wonach man durch-schnittlich 50 Proz. Galolin aus Rohpetroleum gewinnen kann. Sie hat dieses Verfahren allen Raffinerien kostenlos zur Verfügung ge-stellt, aber nur 10 davon haben das Anerbieten angenommen. Die Standard Oil Co. hat es schlankweg ausgeschlagen.

Die Vereinigten Staaten produzieren 60 Proz. der gesamten Petroleumproduktion der Welt. Hiervon werden 20 Proz. ausgeführt und weitere 20 Proz. vergeudet.

Außer Brennöl und Galolin werden noch Schmieröle und Roh-petroleum gewonnen. Wenn das Petroleum in den Vereinigten Staaten ausgehen sollte, würden 90 Proz. aller Maschinen wegen Mangel an Schmieröl still stehen.



„Ella“
die neue, kurze
Form!

Fein und Zierlich

steckt der Fuß in den neuen hohen Stiefeln mit der kurzen Form!
Unentbehrlich zum wirksamen Abschluss des
heutigen, kurzen Glockenrocks!

Unsere Ausführungen sind entzückend und streng preiswert!

Unsere Schaufenster zeigen überreichliche Frühjahrs-Neuheiten!

Conrad Tack & Cie

A.-G., Schuhfabrik
Burg bei Magdeburg

138 Verkaufsstellen im Reiche; davon 21 in Berlin und Umgebung:

- | | | | | | |
|-----------------------------|---------------------------|--------------------------|--------------------------|---|--------------------------------------|
| C. Spillmarkt 15 (Tollkass) | NW, Turmstrasse 41 | N, Mollersstrasse 5 | O, Andressstrasse nur 50 | SO, Wrangelstrasse 49 | Neukölln |
| C. Rosenthaler Strasse 14 | NW, Wilsnacker Strasse 22 | N, Reimkendorfer Str. 23 | O, Frankfurter Allee 22 | SW, Friedrichstr. 240-241 | Dergstrasse 30-31 |
| C. Potsdamer Str. nur 50 | NW, Deusselstrasse 29 | N, Drummstrasse nur 37 | SO, Oranienstrasse 2a | Charlottenburg: nur Wil-
mersdorfer Str. 123-125 | Potsdam: Brandenburger
Strasse 54 |
| W. Schillstrasse 16 | N, Friedrichstrasse 127 | N, Danziger Strasse 1 | SO, Oranienstrasse 32 | | |

Die Kriegsziele vor dem Reichstage.

40. Sitzung, Donnerstag, den 6. April 1916, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, v. Capelle.

Die Debatte über den

Etat des Reichskanzlers und des Etats des auswärtigen Amtes

wird fortgesetzt.

Abg. v. Fayer (Sp.):

Auf den U-Bootkrieg gehe ich nicht ein, da in der Kommission eine Einigung erzielt, der wir zustimmen konnten. Es ist zu begrüßen, daß der Schleiter über die Kriegsziele des Bundesrats gestern wenigstens etwas geläutert worden ist. (Sehr richtig!) Man kann daraus wohl auch den Schluß ziehen, daß die Verbündeten Regierungen auf einen nahen Frieden hoffen. Man wird der Reichsleitung nach Belanngabe ihrer Ziele Veronnenheit nicht absprechen können, man wird aber auch die Kraft anerkennen müssen, die in ihren Forderungen liegt. (Sehr richtig!) Was die Reichsleitung will, entspricht im wesentlichen unseren Wünschen. Daß der Status quo vor dem Kriege nicht erhalten bleiben kann, ist selbstverständlich. Belgien wird nach den Ausführungen des Kanzlers bleiben, aber es wird innerlich und äußerlich

ein anderes Belgien sein,

als vor dem August 1914. Klar ist, daß der Friede nicht auf der Grundlage herbeigeführt werden kann, wie es der Antrag der ganz linksstehenden Partei will. Voraussetzung aller Friedensverhandlungen ist doch natürlich die Geneigtheit auch unserer Feinde, in vernünftige Friedensverhandlungen einzutreten. (Sehr richtig!) Solange es an dieser Geneigtheit fehlt, bleibt uns, mögen das alle Pazifisten noch so sehr beklagen, nichts übrig als die militärische Tat. (Lebhafte Zustimmung.) Die Neutralen leiden unter einem schweren Wartrium. Sie leiden mit unter dem Kriege, ohne die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft wie die Kriegführenden. Wir empfinden tiefen Mitleid vor der starken Kraft, mit der das holländische Volk getreu seiner Geschichte für seine Selbstständigkeit eintritt. (Bravo!) Wir haben lebhaftes Empfinden dafür, daß Holland in dieser Stunde nicht allein für sich zu leiden hat, sondern wesentlich auch für uns. Denn will Holland die Kehle zuschnüren, damit dem Deutschen Reiche der Atem ausgeht. (Sehr wahr!) — Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten sich ihrer Pflicht bewußt sein, Führer der Neutralen zu sein. Unser erster Wille geht dahin, Frieden zu halten mit diesem Volke, von dem uns kein Lebensinteresse trennt, mit einem Volke, das der Menschheit jetzt den wertvollsten Dienst leisten kann, wenn es ruhig und besonnen die Flamme des Weltkriegs in Schranken zu halten sich bemüht, statt sie über die weite, weite Welt lohen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) — Sehr zu begrüßen sind auch die Bemerkungen des Reichskanzlers über die wirtschaftliche Annäherung an Oesterreich-Ungarn. Die Verhandlungen auf diesem Gebiet dürfen keinesfalls ins Stocken geraten. Ebenso notwendig ist, daß der Friede unsere Beziehungen zum Balkan und zu der Türkei verbessert und sichert. Doch ist in diesen Dingen vor jedem Ueberstolz zu warnen, der nur Schaden kann. (Sehr richtig!) Der uns von unseren Feinden angeländete Wirtschaftskrieg nach dem Frieden deutet auf einen Verzicht auf militärische und politische Erfolge hin. (Sehr gut!) — Die gestrigen Ausführungen des Kollegen Ebert darüber, daß unsere Schützengrabenskämpfer als vollberechtigte Staatsbürger heimzukehren wünschen, empfehle ich der allerernstesten Beachtung der Reichsregierung und zwar baldigt, ehe es vielleicht zu spät ist. (Sehr gut!)

Die Erörterung der Kriegsziele

muss, nachdem der Reichskanzler darüber gesprochen hat, nunmehr auch sonst freigegeben werden. (Sehr richtig!) — Das Vertrauen der kleinen Verbraucher zur Regierung ist schwankend geworden, weil man den Eindruck hat, daß die zum Teil bestehende Verwirrung auf dem Lebensmittelmarkt auf Einsprüche zurückzuführen sei, die für einseitige Wahrung von Standes- und Berufsinteressen mehr Verständnis haben als für das Wohl der Allgemeinheit. (Sehr richtig!) Und auch das Vertrauen der Produzenten zur Regierung ist in die Brüche gegangen, als eine nachträgliche Erhöhung von Vorkücheltreibern dekretiert wurde als Prämie für Eigenung und als Strafe für lokales Verhalten derjenigen, die ihre Schuldigkeit gegenüber der Allgemeinheit getan hatten. (Lebhafte Zustimmung.) — Zum Schluß möchte ich dem Bundesrat Ausdruck geben, daß die in Aussicht gestellte Novelle zum Vereinsgesetz baldigt vorgelegt werden möge. Die Regierung hat am 18. Januar d. J. das feierliche Versprechen abgegeben, daß eine solche Vorlage „alsbald“ kommen soll. Dieser Befehl muß jetzt eingeholt werden, ganz gleich, ob innerhalb der Firma Meinungsverschiedenheiten über die Art der Fassung bestehen oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn sie sie nicht einlöst, hat sie ihren Kredit verloren. (Sehr richtig!) Auch materiell ist die Vorlage notwendig, nachdem die Gewerkschaften sich als so wertvolle Mitarbeiter bei allen wirtschaftlichen Fragen erwiesen haben. Vor allem ist die Reform politisch notwendig. In einer Zeit, wo so viel auf das Vertrauen ankommt, das die Regierung beim Volke genießt, sollte man nicht künstlich Mißtrauen züchten; man arbeitet damit nur im Interesse jener Leute, die dem Volke einkleben möchten, daß nach dem Kriege alles noch viel schlimmer aussehe wird. Dieser großen politischen Bedeutung der Vorlage muß die Regierung Rechnung tragen, sonst macht sie einen großen Fehler. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (nail.):

Wahr als je wandern unsere Gedanken zu den Typen, die in Ostafrika so tapfer die deutsche Flagge verteidigen. Was unser Heer in diesem Krieg geleistet hat, steht würdig zur Seite der Taten der Griechen und Römer. Rüge die staatsbürgerliche Erziehung so geleitet werden, daß unserem Volke die Namen Nolle und Hindenburg vertrauter sind, als die Namen Caesar und Alexander. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) — Die Pariser Konferenz hat beschlossen, unser Wirtschaftsleben noch mehr einzuschränken und uns völlig zu erdroffeln. Deshalb müssen wir alle Wachtmittel aufwenden, die wir haben, um den Frieden und unsere Zukunft zu sichern. Und wir haben ein Wachtmittel, das englische Wirtschaftsleben zu treffen, und dies Mittel soll angewendet werden. (Sehr richtig!) bei den Nationalliberalen.) Daß die berechtigten Interessen der Neutralen gewahrt werden sollen, ist selbstverständlich. Aber unbedeutend ist der Anspruch, auf bewaffneten Schiffen im Kriegsgebiet spazieren zu fahren. (Sehr richtig!) bei den Nationalliberalen.) Daß trotz aller Abwehrmaßnahmen die Lebenshaltung des Volkes gesichert ist, ist eine Großtat deutscher Wirtschaft und deutscher Organisation. — Die Ausführungen des Abg. Ebert über das Friedensbegehren waren von hohem vaterländischen Empfinden getragen und werden in Deutschland nicht mißdeutet werden, vielleicht aber im Ausland. Die Friedenssehnsucht ist keine Schwäche, sondern bei der erreichten Kulturhöhe selbstverständlich. Nach dem Kriege wird Europa ein aus tausend Wunden blutender zuckender Körper sein und nie wird das Wort mehr Geltung haben: Amerika, du hast

es besser! Im deutschen Volk herrscht eine tiefe Erregung über die amerikanische Auffassung von Neutralität, diese Vermischung von Menschheitsidealen mit widerlicher Heuchelei, von Wahlinteressen mit Volksinteressen. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Die geistige Internationale ist gescheitert und wird nicht wieder auferstehen. Die Brücke zu denen, die uns als Barbaren und Hunnen hinstellen, kann nicht leicht wiedergefunden werden. Aber gerade das deutsche Volk kann die geistige Hölzerung ertragen, das deutsche Volk hat der Welt mehr gegeben als von ihr empfangen. Wir wollen uns nicht aufdrängen, sondern uns suchen lassen, und die anderen darauf verwiesen, was sie entbehren, wenn sie sich von der deutschen Kulturgemeinschaft ausschließen. Mit dem Reichskanzler leben wir in einem unangreifbaren Deutschland die beste Friedensbürgschaft für Europa. Verzicht auf Expansion und Entgegenkommen hat Deutschland vor dem Kriege beständig geübt, den Krieg aber dadurch nicht vermeiden können. Sympathien hatten wir in der Welt, so lange wir ohnmächtig waren. Als aber aus Michel dem Trummer Michel der Seefahrer wurde, da setzte der Wirtschaftskrieg gegen uns ein, ehe noch der Kampf mit den Waffen begann. Wir danken dem Reichskanzler für seine Ausführungen. Ich sehe in den Ostseeeprovinzen ein deutsches Land, in dem die Wälder den deutschen Geist und die deutsche Kultur hochgehalten haben. Gäben wir dieses Land auf, so würden wir für das um so stärkere Einleiten der Russifizierung die Verantwortung vor der Geschichte tragen. Auch in bezug auf das baltische Volk sind wir mit dem Programm des Reichskanzlers einverstanden. Die belgische Frage hat aber auch eine wichtige politische Seite. Soll Belgien nicht wieder ein Glacis für unsere Feinde werden, so muß nicht nur der Status quo ante aus-

geschloffen sein, sondern die militärische, politische und wirtschaftliche Obergeltung Deutschlands muß gewährleistet sein. (Sehr richtig! bei den Radl.) Die Freiheit der Meere, nicht die im Frieden, die besteht stets, sondern die Freiheit der Meere im Kriege muß sichergestellt werden, und das kann nur durch die deutsche Seegeltung geschehen. Diese Ziele haben mit der Vergewaltigung anderer Nationen nichts zu tun. Unser wirtschaftliches Kriegsziel ist die freie Betätigung deutscher Schaffenslust. England hat das deutsche Eigentum brutal vernichtet. In Deutschland dagegen wird auch das ausländische Eigentum in sorgsamster Weise verwahrt. England hat den Begriff von Treu und Glauben im internationalen Verkehr vernichtet. Das darf nicht außer acht gelassen werden. Wir freuen uns, daß der Kanzler sich des deutschen Eigentums in Rußland annehmen will. Wir hoffen aber, daß dasselbe mit dem gesamten deutschen Eigentum im Auslande der Fall sein wird.

Mitteleuropa wird als wirtschaftliches Ziel nach dem Kriege bezeichnet. Die wirtschaftliche Entwicklung darf aber nicht etwa eine neue einseitige Richtung nach dem Osten haben. Den Kampf um den Weltmarkt geben wir nicht auf, sonst wäre ja das englische Kriegsziel erreicht. Aber auch eine politische Bedeutung hat Mitteleuropa durch den Zusammenschluß von 120 Millionen Menschen. — Die Vorlage, welche die Berufsvereine von wirtschaftlicher Bevormundung befreien will, werden wir gern annehmen. Wir sehen in ihr einen Schritt der politischen Neuorientierung im freiheitlichen Sinne. Sowohl im Reiche wie in den Bundesstaaten erhoffen wir dies. Die Frage des Wahlrechts der Bundesstaaten ist keineswegs eine Frage der Einzelstaaten, sondern auch eine des Reichs. Die beispiellose Opferwilligkeit des Volkes muß anerkannt werden, und diese Anerkennung muß ihren Ausdruck finden in freierwilliger Entwicklung nach innen und außen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Für uns kommt es in der jetzigen Zeit einzig und allein auf die Durchführung des Krieges, auf den Sieg an. Darin umschlossen liegt auch unsere Stellung zu den Ausführungen der Vorredner über das Vereinsrecht und das Wahlrecht. Alles, was von dem einen Ziele, der Gewinnung dieses Krieges abdrängt, alles, was die Einigkeit, den einheitlichen Kampfeswillen stören kann (Hört! hört! links.), sollte heute zurücktreten, ganz abgesehen davon, daß die Gestaltung des Wahlrechts nicht Sache des Reichstags, sondern der Einzelstaaten ist. (Sehr richtig! rechts.) — Die Interessen der Verbraucher sind hier zu einseitig in den Vordergrund gestellt worden, man hat nicht genügend Berücksichtigt, daß auch die erwerbenden Kreise schwer unter dem Kriege leiden. (Sehr richtig! rechts.) Ueber die Ernährungsfragen werden wir später ausführlich zu sprechen haben. Heute will ich nur feststellen, daß Herr v. Didenburg-Januschau durchaus nicht dafür eingetreten ist, daß Verordnungen des Bundesrats umgangen werden sollen. — Der Vernichtungswille unserer Feinde ist noch ungebrochen. So bleibt uns nichts übrig als der harten Notwendigkeit ins Auge zu sehen: Krieg ist das Lösungswort. Keine Erkenntnisse, neue Ziele sind unserem Volke während dieses Krieges erwachsen. Das hat der Reichskanzler gestern offen ausgesprochen. Vor allem bezieht sich das auf unser Verhältnis zu England. Wir haben die Größe und Tiefe von Englands Vernichtungswillen erkannt, seine unbedingte Rücksichtslosigkeit bei dem Ziele der Wiederverwertung Deutschlands. England ist das Herz und das Hirn der uns entgegenstehenden Koalition. Uns erwächst daraus die Hauptaufgabe, England soweit niederzuzwingen, daß es ein für allemal den Plan aufgeben muß, unsere Frauen und Kinder anzuhungern, und politisch, militärisch und wirtschaftlich das Rückgrat zu brechen. — Das Urteil über die Art der Neutralität Amerikas steht bei uns fest und ebenso der Entschluß, unberechtigte Ansprüche, die von seiner Seite an uns gestellt werden, nicht zu erfüllen. (Sehr richtig!) Verachtete Interessen der Neutralen werden wir selbstverständlich wahren. — Der Resolution zum U-Boot-Krieg haben auch wir zugestimmt. Weiter auf diese Frage einzugehen, glauben wir uns aus vaterländischem Pflichtgefühl von dieser Stelle aus verlassen zu müssen. — Was der Reichskanzler gestern über die Sicherung unserer Ostgrenze sagte, muß auch für die Westgrenze gelten. Auch da muß die

Angriffszone weiter hinaus verlegt

werden. Die realen Garantien, daß Belgien in Zukunft nicht mehr ein Bollwerk unserer Feinde, ein Vasallenstaat Englands und Frankreichs bleibt, können nicht durch Verträge geschaffen werden, sondern dazu ist nötig, daß wir das, was mit so viel Blut und Kämpfen erobert worden ist, fest in unserer Hand behalten. (Bravo! rechts.) Daß die schwierige polnische Frage gemeinschaftlich mit Oesterreich gelöst werden wird, dafür bürgt die treue Waffenbrüderschaft zwischen beiden Ländern. — Den Dank gegenüber unseren tapferen Truppen wollen wir abstaten nicht in Worten, sondern in liebevoller Fürsorge für die Kriegsbefähigten, für die zurückgebliebenen Familien der Kriegsteilnehmer und für die Hinterbliebenen der Gefallenen. Alles was hier von uns geleistet, muß von dem Gedanken getragen sein, daß es ein Gruß sein soll des deutschen Volkes an unsere tapferen Krieger, ein Gruß, der ihnen bestätigt, daß das deutsche Volk in einmütiger Geschlossenheit und Siegeszuversicht hinter ihnen steht. (Beifall.)

Abg. Werner-Gieschen (Deutsche Fraktion):

Die U-Boot-Waffe dürfen wir und nicht aus der Hand räumen lassen. Hinter dem U kommt gleich das Z. Das sei für

uns das ABC, dann kommt für die Engländer das W. Nebenher führt des weiteren Beschwerde über zu scharfe Anwendung der Zensur gegenüber der deutschnationalen Richtung. Der Bürgerfriede muß auch auf wirtschaftlichem Gebiete eingehalten werden. — Deutschland muß in diesem Kriege das wiedergewinnen, was es früher verloren hat. In diesem Sinne begrüßen wir das Vorkommen des Reichskanzlers zu den Vliamen, den alten Vorkämpfern des Germanentums in Belgien. — Bei der Regelung der Polenfrage muß unsere jetzige Reichsgrenze gegen die Zuwanderung der Dsjuden geschützt werden. (Lachen.)

Abg. Haase (Soz. Arbeitsgemeinschaft):

Die Anträge der Konservativen und Nationalliberalen in der U-Boot-Frage bedeuten keine Erweiterung, wohl aber eine Anerkennung der Rechte des Parlaments. Noch bei den jüngsten Debatten über die Reform der Geschäftsordnung haben sich die Konservativen scharf dagegen ausgesprochen, daß dem Reichstag das Recht eingeräumt werde, bei Interpellationen Anträge zu stellen, die erkennen lassen, ob er mit der Anschauung des Reichskanzlers einverstanden ist oder nicht. Jetzt wollen Sie durch Ihre Anträge, daß der Reichstag Direktiven für die Kriegführung gibt. Das ist nach unserer Anschauung das gute Recht des Parlaments. In London, Paris und sogar in der Duma ist dieses Recht sehr energig angestrebt worden. Bei uns muß es noch um seine Anerkennung ringen. Ich erinnere an Ihr Verhalten, als vor einiger Zeit mein Parteifreund Ledebour von diesem Recht Gebrauch machte. Die „Kreuzzeitung“ hat unumwunden zugegeben, daß durch die U-Bootanträge eine

Einwirkung auf die Kriegführung

ausgeübt werden sollte. Sie schreibt: Durch die Anträge ist die Tatfache in Erscheinung getreten, daß das an sich höchst erwünschte Vertrauen nicht mehr so vorhanden ist wie es notwendig wäre, um von jedem Versuch einer solchen Einwirkung abzuweichen. Wenn der Kommissionsbericht erklärt, daß der von der Kommission nun vorgelegte Antrag weder einen Ausdruck des Vertrauens, noch des Mißtrauens gegen die Regierung enthalte, so ist er doch jedenfalls keine Kundgebung des Vertrauens. (Sehr gut! bei der Soz. Arbeitsgem.) Man sagt, man wende sich nicht gegen die militärische Kriegführung, sondern gegen die politische, und will dadurch dem Vortour entgegengeben, daß man in die Kommando-gewalt eingreift. Diese beiden Seiten der Kriegführung sind aber bei uns unlöslich verbunden. Der politische Gesichtspunkt muß für die Kriegführung unter allen Umständen maßgebend sein. Eine so unbefristete Autorität wie Clausenich hat gesagt, ein Unterordnen der politischen Gesichtspunkte unter die militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt. (Hört! hört! bei der Soz. Arbeitsgem.) Nun haben die Antragsteller den Schmerz erlebt, daß ihnen gleichmäßig heimlich beherrschend worden ist, sie hätten die Geschlossenheit und vertrauensvolle Einigkeit des Volkes durchbrochen, die sie immer wieder und auch heute lebhaft gepredigt haben. In der Presse wurde ihnen sogar vorgeworfen, daß ihr Verhalten an Landesverrat grenze. Die Vaterlandsverräter sitzen wie Müller-Reinigen geschrieben hat, nicht nur bei Liebnecht, sondern auch bei Deubrand. (Heiterkeit.) Als am 26. August 1915 Kollege Bauer in diesem Hause eine Rede über die Kriegsfürsorge hielt, wurde gegen ihn ein Resolutionsentwurf verlesen, er habe Deutschland vor dem Ausland herabgesetzt, hieß es. Ich habe mich deshalb gar nicht gewundert, daß die bürgerliche Presse nach meiner neulichen Rede mit den unangenehmsten Angriffen über mich herfiel. Zum Teil hat sie wohl durch dies überlaute Geheiß, ihre Vorwürfe gegen die Konservativen und Nationalliberalen überlassen und damit in Vergessenheit geraten lassen wollen. (Sehr gut! b. d. Soz. Arbeitsgem.) Nach unserer Anschauung muß in einem Parlament, das nicht ein blutleerer Schemen sein soll, jede Ueberzeugung ausgesprochen werden können. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.) Als in London Snowden die gestern erwähnte Rede hielt, hörte das Unterhaus ihn mit großer Ruhe an, obwohl seine Ansicht der der Mehrheit kräftig widersprach. Das gleiche geschah, als in Rom Turati den Kriegshegern seine Ansichten ins Gesicht schleuderte und seine eigenen sozialistischen Anschauungen darlegte. Ebenso benahm sich die Duma bei den Reden der Sozialdemokraten. Das ist ja auch in unserer bürgerlichen Presse mit Genugtuung hervorgehoben worden. Keiner von uns denkt daran, irgend ein Geheimnis der Welt zu verraten, aber wir müssen uns das Recht wahren, alle Ereignisse von unserem Standpunkt aus zu beleuchten. (Sehr wahr! bei der Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft.)

Unsere innerpolitischen Zustände sind nicht erfreulich. Alle Parteien haben die

Organisation der Lebensmittelversorgung

scharf angegriffen. Die nationalliberale Fraktion hat in ihrer Eifrigeren Lagung auch ausdrücklich von schweren Mängeln gesprochen. Das zweite Kreise davor, kann nicht bestritten werden. Ihre Geduld ist auf eine harte Probe gestellt. Ich verkenne nicht, daß die herrschende Gesellschaft, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, gar nicht in der Lage ist, die Zustände ganz zu beseitigen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) denn ihre Wirtschaftsordnung, die auf dem Streben nach Profit beruht, kann ihrem Wesen nach nicht den Interessen der Gesamtheit dienen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.) Wohl aber könnte die Regierung durch scharfes Zugreifen die Mängel mildern. Der Krieg wird allgemein zur Steigerung der Profite ausgenutzt. Noch nie ist der Kampf um das goldene Kalb schamloser ausgeführt worden. Die Teuerung ist dadurch ins Maßlose gestiegen. Weite Kreise der Arbeiter und des Mittelstandes haben an der Erhöhung der Lebenshaltung in der Vergangenheit nicht teilgenommen. Andere gewiß. Aber auch diese bestergerhaltenen Kreise sind jetzt tief unter das alte Niveau herabgesunken. Worin sollen die breiten Massen sich noch einfinden? Die meisten Nahrungsmittel sind ja unerschwinglich. Der Gegensatz zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft tritt deutlicher denn je hervor. Hier muß lindend und mildernd gewirkt werden. — Zu den unerfreulichsten Erscheinungen gehört

das unbeschränkte Schalten und Walten der Zensur.

Wir hören immer, daß Deutschland der Hort der Freiheit ist, daß wir sogar anderen Völkern die Freiheit bringen sollen. Da erregt es scharfen Mißklang, wenn gleichzeitig die Zensur uns Tag für Tag unsere Unfreiheit vor Augen führt. (Sehr wahr! bei der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.) Wo ist das Versprechen geblieben, daß der Belagerungsstand nach der Beendigung der Mobilmachung beseitigt werden, daß die Zensur sich nur auf militärische Nachrichten beziehen solle. Aus der Fülle des Materials zur Charakterisierung der heutigen Zustände nur wenige Beispiele. Der „Vorwärts“ hat in einem Stimmungsbild über eine Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses über den Justizminister gelacht, daß sich seine Gedankengänge in den üblichen Bahnen bewegt, und daß der ihm demonstrativ gespendete Beifall in schroffem Kontrast zu dem von ihm vorgebrachten Gedankengang steht. Daraufhin wurden ihm von der Zensur scharfere Maßregeln angedroht. Soll der „Vorwärts“ etwa ausführen, daß Herr Weseler ein markanter und glücklicher Sprecher sei? (Heiterkeit.) Ist es vorgezeichnet, daß man Minister unter allen Umständen loben muß? Gestern hat der „Vorwärts“ wegen eines Angriffs auf Herrn

Seifferich einen neuen Mas erhalten. Also auch der ist ja froh. Kein Medakteur wird gegenwärtig so drangsalariert wie die Medakteure des „Vorwärts“.

Präsident Kaempf:

Im Haushaltsauschuss ist ausdrücklich betont worden, daß im Plenum über die Fragen der Zensur und des Belagerungszustandes nicht gesprochen werden möge, da beide Materien demnächst im Ausschuss verhandelt werden.

Abg. Haase (fortfahrend):

Mir ist davon nichts bekannt. In meiner Gegenwart ist ausdrücklich beifolgt worden, daß bei dieser Gelegenheit die Fragen der inneren und äußeren Politik erörtert werden sollen. Ich denke jedoch nicht daran, etwa das besagte Material hier auszubreiten, sondern will nur ein paar charakteristische Beispiele anführen.

Präsident Kaempf:

Ich muß meine Bemerkung aufrechterhalten.

Abg. Haase:

Was ich angeführt habe, genügt ja wohl auch. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.) Die Versammlungsverbote häufen sich. Dem Mitgliede des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Frau Biey, wird es untersagt Reden zu halten. Ein Generallieutenant wendet sich an das andere, damit es ihr das Reden verbietet. (Hört, hört!) Redner anderer Parteien dagegen wird in Gegenwart von Volkseigenen große Redefreiheit gewährt. Ich will sie ihnen keineswegs beschneiden, sondern ich wünsche nur freie Bahn für alle. Es ist ja zu erwarten, daß nun die Freigabe der Erörterungen der Kriegsziele diesen Zuständen ein Ende machen wird. (Zuruf: Abwarten! Weiterleit.)

In militärische Schutzhaft schmachten viele Personen. Am Freitag ist Fräulein Jannasch verhaftet worden. Ihrer Mutter ist es bis gestern trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen, sie auch nur zu sprechen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Verfügung des Oberkommandos vom 24. Februar kommt der lapidare Satz vor: „Eine Stimmungsmache für theoretische, unklare weisbrüderliche Friedensgedanken kann von hier aus nicht zugelassen werden, denn die Duldung weisbrüderlicher Friedensbestrebungen in heutiger Zeit würde in weiten Kreisen des Volkes Mißstimmung hervorbringen und den festen Willen zum Durchhalten beeinträchtigen. Die Herren sollten sich doch fragen, ob nicht in ihrer eigenen Wirklichkeit die stärkste Quelle der Mißstimmung liegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz einig waren in diesem Hause wir alle in der Beurteilung der Briefsperrre über den Rechtsanwältin Claasen. Die Briefsperrre besteht aber jetzt noch für eine große Zahl von Personen, und zwar nicht nur für Sozialdemokraten. Geschlossene Briefe werden geöffnet, wieder geschlossen und dann erst an den Adressaten abgeliefert. (Hört, hört! bei der Soz. Arbeitsgem.) Dieses Verhalten zu kennzeichnen, fehlt mir der parlamentarische Ausdruck. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) Wo eine winzige Erweiterung der Rechte des Volkes feierlich zugesagt ist, da müssen wir warten. Die Vorlage über die

Befreiung der Gewerkschaften von politischer Bevormundung

kommt immer noch nicht. Erst hier, es, der Referent sei krank geworden. Dann hieß es, das Gesetz solle im März vorgelegt werden. Aber wir haben vergeblich in unseren Druckmaschinen nach der Vorlage gesucht. Welche Einflüsse mögen da wohl wirksam gewesen sein? Die Arbeiter werden immer mehr von dem bitteren Gefühl erfüllt, daß für sie das Wort gilt, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Der Verlust der letzten preußischen Thronrede über das Was ist recht steht mit seinen nachfolgenden Redensarten weit zurück hinter der Erklärung in der Thronrede von 1908. Es wird da nach der Parole gearbeitet, die Wels, zu wachen, ohne ihn nach zu machen. Die Worte Friedrich Wilhelms III. vor 100 Jahren klangen viel deutlicher, und wie großartig ist damals das Volk enttäuscht worden! (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) Herr v. Seydewitz ist bereits zornig für die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts in die Schranken getreten, und wir wissen, daß es schwere innere Kämpfe kosten wird, bis dieser Widerstand überwunden wird. Aber er wird überwunden werden. Die Waffen aus den Schatzkammern, die dort mit höchstem Übermut täglich einem schrecklichen Tod ins Auge sehen, werden, wenn sie heimkehren, auch hier den notwendigen Opfermut entwickeln. (Sehr richtig! bei der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.)

Der Reichskanzler hat gestern wenigstens einen Zipfel von seinen Kriegszielen

gelüftet. Er ist noch nie so deutlich geworden. Deutschland werde freiwillig, sagt er, die Polen, Baltien, Letten, Litauer nicht dem reaktionären Rußland ausliefern. Was soll aus Polen werden? Jedenfalls wenden wir uns mit Nachdruck gegen einen Plan, der etwa darauf hinauskommen sollte, wiederum eine Teilung Polens vorzunehmen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) Es wäre unverantwortlich, dieses Kapitel der Weltgeschichte um ein neues zu bereichern. Wenn es sich darum handelt, Polens Volk selbständig zu machen, so muß es selbständig entscheiden, welche Staatsform es erhalten soll. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.) Wir fragen ferner, was soll mit den Balten, Litauern, Letten geschehen? Sollen sie einem Staat angegliedert werden und welchem? Die Bevölkerung dieses Gebietes hat bis kurz vor dem Krieg nicht den Wunsch gehabt nach einem Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich. Die kraftvolle sozialdemokratische litauische und lettische Partei hat sich stets gegen eine Vordrängung von Rußland ausgesprochen. Sie wollten freie Verwaltung und haben dafür heldenmütige Opfer gebracht. Wenn Sie diese Volkstämme jetzt von Rußland befreien wollen, so denken Sie daran, daß, als sie ihrerseits den Befreiungskampf führten, sie als Schnorrer und Verschwörer von unseren Grenzen gewiesen wurden. (Lebhaftes Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.) Man spricht davon, diesem Volke einen Aufstieg zu ermöglichen. Aber beneficia non obtruduntur (Wohltaten sind nicht aufzubringen). Wie der Aufstieg dieses Volkes am besten zu ermöglichen ist, muß es selbst entscheiden. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) Unser Grundsat:

gegen Annektionen

wird von uns uneingeschränkt vertreten. Dieser Grundsat ist auch ein Gehot der politischen Klugheit. Was Marx und Engels, Webel und Liebknecht 1870 vorausgesagt haben, ist schmerzliche Wahrheit geworden. Frankreich ist durch die damalige Politik, die zum Teil über Bismarcks Kopf hinweg durchgeführt worden ist, in die Arme Rußlands getrieben. Und wollen Sie durch eine ähnlich kurzfristige Politik für die Zukunft Rußland in die Arme Englands treiben? (Zuruf: Ja; es ist schon! und Weiterleit.) Sie wissen selbst am besten, daß solche Bündnisse nicht für die Ewigkeit sind, daß sie zusammengehalten werden durch Interessen, und darauf kommt es an, ob Sie Interessen schmieden, durch die auch für die Zukunft das Bündnis ein dauerndes bleibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit aller Schärfe müssen wir uns auch gegen die Ausführungen des Reichskanzlers über Belgien wenden. Gewiß soll Belgien nicht ein englischer und französischer Vasallenstaat werden, aber auch nicht ein deutscher. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.) Gewiß soll es nicht wirtschaftlich und militärisch zu einem Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut werden, aber auch nicht zu einem Bollwerk gegen Frankreich und England. Dem blamischen Volk wünschen wir gewiß eine seiner Eigenart entsprechende Entwicklung. Aber nur ein ganz kleiner Bruchteil des blamischen Volkes will seinen staatlichen Zusammenhang mit den Wallonen lösen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir fordern die

staatliche Wiederherstellung Belgiens

und seine politische und ökonomische Selbständigkeit. Wir erheben unsere Forderung nach wie vor aus dem Ge-

sicht des Rechts, wir sind aber auch der Auffassung, daß nur wenn Deutschland entschlossen ist, das Belgien zugesagte Unrecht wieder gut zu machen (Unruhe rechts), wir in absehbarer Zeit zum Frieden kommen können. (Sehr wahr! bei der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.) Ich habe nach dem Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“, abgedruckt in dem Wausch über Belgien, am 20. April 1913 bei der Kommissionsberatung der damaligen Heeresvorlage ausgeführt: „In weiten Kreisen Belgiens sieht man mit Sorge einem deutsch-französischen Kriege entgegen, weil man fürchtet, daß Deutschland Belgiens Neutralität nicht respektieren würde.“ Darauf hat damals der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Jagow, geantwortet: „Die Neutralität Belgiens ist durch internationale Abmachungen festgelegt und Deutschland ist entschlossen, an diesen Abmachungen festzuhalten.“ (Hört, hört! bei der Soz. Arbeitsgem.) Nachdem eine Reihe meiner Parteifreunde und ein Volksparteiler ebenso wie ich vor einer Verletzung der belgischen Neutralität gewarnt hatten, erklärte der damalige Kriegsminister, Belgien spiele bei der Begründung der Wehrvorlage keine Rolle, sondern vielmehr nur der Osten, und die international gewährleistete Neutralität Belgiens werde Deutschland nicht verletzen. Am 4. August 1914 wurde uns die überreichende Mitteilung, daß unsere Truppen vielleicht schon die belgische Grenze überschritten hätten; aber die offene Erklärung des Reichskanzlers gab doch wenigstens der Hoffnung Raum, das dasjenige, was gegen das Recht geschah, wieder gut gemacht würde. Der vom Reichskanzler aufgestellte Grundsat, Not lenne kein Gebot, kann von uns nicht anerkannt werden, aber in den weitesten Kreisen wurden damals die stolzen und ehrlichen Worte des Reichskanzlers gerühmt. Er war über beraten, als er am 2. Dezember 1914 diese seine Erklärung einschränkte. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.) Die sozialdemokratische Fraktion hat damals sofort erklärt, daß sie eine Begründung für eine andere Auffassung des Reichskanzlers als die am 4. August nicht anerkennen könne. Wenn aber jemand noch nicht klar darüber sein sollte, was der Reichskanzler gestern meinte, als er über Belgien sprach, so ist diese Klarheit durch die Reden der bürgerlichen Parteien gegeben worden. Abg. Spahn hat sofort aus den Worten des Reichskanzlers die Folgerung gezogen, daß Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in unsere Hand kommen müsse. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Diese Form der Annetion wäre für ein freies Volk, das einen selbständigen Staat gebildet hat, noch viel schlimmer als die Wegnahme eines kleinen Streifens Land. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) Die Souveränität würde dadurch beseitigt. (Widerspruch des Abg. Spahn.) In Bayern zirkuliert eine Petition mit den Unterschriften bekannter Persönlichkeiten aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie, Liberale, Konervative, christliche Gewerkschafter usw. Und da heißt es: „Unter Ablehnung einer politischen Entretung der beiden belaischen Völker muß das Deutsche Reich militärischen Schut gegen Anschläge der Westmächte auf Belgien haben. Im Interesse einer ungeführten Entwicklung muß dem Deutschen Reich die

politische Vertretung Belgiens nach außen

übertragen werden.“ (Hört, hört! bei der Soz. Arbeitsgem.) Hat ein Staat noch Souveränitätsrechte und eigenen Willen, wenn er nach außen hin keine Vertretung hat, sondern sie einem anderen Staat übertragen muß? Und über Frankreich sagte diese Petition: „Die unserer bisherigen Grenze nahegelegenen französischen Eisenergelände gehören verkehrs- und wirtschaftspolitisch zu Deutschland.“ Für Rußland wird nicht nur die Forderung möglicher Zurückdrängung aus den nicht von Großrußen bewohnten Gebieten aufgestellt, sondern auch die der Angliederung der Ostseeprovinzen und der südlich anschließenden Gouvernements an das Deutsche Reich, und gegen England die Verbesserung unserer militärischen Stellung durch Gewinnung von Stützpunkten für den See- und Luftkrieg gegenüber der englischen Flotte. (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Ich stelle fest, daß das auch Ihre Anschauungen sind.

Der Reichskanzler hat bestritten, daß die Ränderger bei uns eine Rolle spiele. Weß er nicht, daß in der Kriegsliteratur immer wieder die Forderung erhoben wird, neue Länder für unsere überschüssige Bevölkerung zu gewinnen? (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Der als deutsche Zweigverein Würt hat noch am 20. März 1918 einen Auffah von Adolf Bartels verfaßt, worin es heißt: „Man täusche sich nicht, daß alle die Humanitätsideale für immer dahingefahren sind.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen das eine, was notwendig, Land, um größere Volksmassen zu ernähren. (Zuruf: Ja; das ist auch recht!) Bartels schließt mit dem Ruf: Land, Land, Land! (Beifall rechts, Mitte rechts: Sand, Sand, Sand! — Große Heiterkeit rechts.) Ich vertrete Ihre Ansicht, aber wie Sie sich bei solchen Ansichten über den Vernichtungswillen anderer Völker entrichten können, das ist mir allerdings nicht ganz klar. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.)

Gegenüber Herrn v. Bayer muß ich sagen, daß die Rede des Reichskanzlers uns

dem Frieden nicht näher gebracht,

sondern uns von ihm entfernt hat. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbeitsgem.) Wer ein menschliches Gefühl in der Brust hat, wünscht, aus diesem grauenhaften Gemeyel endlich herauszukommen. (Unruhe rechts! Zustimmung bei der Soz. Arbeitsgem.) Platonische Friedenswünsche bringen uns jedoch nicht einen Schritt dem Ziele näher, es kommt auf den Willen zur Tat an. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.) Wenn die Mächte diesen Willen nicht haben, dann werden die Völker es sein müssen, die ihre Gescheide selbst in die Hand nehmen, um dem grauenvollen Kriege ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem. — Große Unruhe rechts.)

Zu dem U-Boot-Anfrage des Ausschusses nehmen wir eine grundsätzliche andere Stellung ein wie Sie. Sie sind der Auffassung, daß der Krieg die ultima ratio (das letzte Mittel) bei Streitigkeiten der Völker sei. Jetzt, wo die Tränenflut immer mehr anschwillt, lesen wir bereits, wie verschiedene Politiker sich mit der Frage beschäftigen, was man im nächsten Kriege eringen müsse, wenn dieser Krieg nicht zur vollständigen Erringung aller angestrebten weltpolitischen Vorteile führe. Wir dagegen sind Gegner des Krieges und wollen eine Gesellschaftsordnung, bei der eine solche blutige Auseinandersetzung zwischen den Völkern nicht möglich ist, sondern die Versöhnung der Völker Weg greift. (Zustimmung bei der Soz. Arb., Unruhe rechts! Zustimmung bei der Soz. Arb.) Es ist die Konsequenz Ihres Standpunktes, daß Sie den Krieg bis zur Verrückung und Niederwerfung der Gegner fortführen wollen mit allen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen. Sie sagen, das unheimlichste Mittel ist das barmherzigste, jedes Mittel ist den Anhängern des Krieges recht, mag es noch so schlecht sein, wenn Sie damit nur den Gegner zu besiegen glauben.

Man hat vor dem Kriege so oft davon gesprochen, daß der nächste Krieg, wenn er ausbrechen sollte, in humanen Formen geführt würde, man hat von der Humanisierung des Krieges gesprochen. (Zuruf: England!) Wir haben uns dadurch nie täuschen lassen und immer erklärt, Sie können von Ihrem Standpunkt aus den Krieg gar nicht human führen. Der Krieg ist, wie vor kurzem in einem österreichischen Armeblatt zu lesen war, eine wilde Bestie, und ist sie einmal los gelassen, dann kennt sie keine Schranke. Aber sollten wir diese Ihre Auffassung und gar noch zugeben machen? Nein. Wir wähten zwar, daß die Völkerrechtsgrundsätze für die Anhänger der Krieges im Kriegsfall bloße Fiktionen sein würden, aber die sie nicht stolpern würden. Wir aber geben die Völkerrechtsgrundsätze nicht preis, wir treten für sie ein und wollen, daß sie unter allen Umständen durchgeführt werden. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.) Ihr

U-Bootantrag

muß von diesem grundsätzlichen Standpunkt aus bekämpft werden. Dieser Antrag ist aber auch eine merkwürdige parlamentarische

Erklärung. Gemeinschafliche Anträge der Parteien wurden schon oft eingebracht, aber die Voraussetzung war entweder, daß eine einstimmige Auffassung über den Gegenstand vorhanden war, oder daß wenigstens ein für alle Teile annehmbares Kompromiß geschaffen wurde. Hier aber legt jeder Redner etwas anderes hinein. Die „Alteimlich-Belaische Zeitung“ brachte denn auch diese Resolution mit der in großen Lettern gelegten Ueberschrift: „Der Reichstag für den verschärften U-Bootkrieg.“ Und der Ausschussberichterstatter sagt in seinem Bericht ausdrücklich: „Ohne auf die Frage einzugehen, in welchen Formen der U-Bootkrieg geführt werden solle, gibt der Reichstag der Ueberzeugung Ausdruck, daß der U-Bootkrieg genau so wie alle anderen militärischen Nachmittel so benutzt werden sollen, daß sein Gebrauch der Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens dient.“ (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Es werden also alle Formen des U-Bootkrieges gestattet. Sie erklären es ja für geboten, wie von allen Nachmitteln so auch von diesem Gebrauch zu machen, und wie von den anderen Nachmitteln in Konsequenz Ihrer Auffassung Gebrauch gemacht wird, das habe ich dargelegt. Was für ein zweideutiges schillerndes Wort ist dieses Wort von dem die Zukunft Deutschlands sichernden Frieden! Darüber gehen ja eben die Anschauungen auseinander, wodurch die Zukunft Deutschlands gesichert wird, und deshalb kann jeder einzelne seine Ansicht in die Resolution hineinlegen. Wir verlangen, daß auch hier diejenige Grundsatze, die mühsam in Jahrzehnten auf dem Gebiete des Völkerrechts errungen wurden, respektiert werden, daß auch feindliche Handelsschiffe, auf denen sich Kriegerkombattanten, Männer, Frauen und Kinder befinden, nicht rücksichtslos vernichtet werden. (Unruhe rechts. Lebhaftes Zustimmung bei der Soz. Arb.) Wir fordern, daß unsere Regierung, wie schon im Dezember von der sozialdemokratischen Fraktion verlangt wurde, ein Friedensangebot mache und alles tue, um die Verständigung herbeizuführen. Unsere Regierung wird allerdings schwerlich dazu in der Lage sein, weil sie ebenso wie alle anderen Staatsmänner einen Frieden will, bei dem sie den anderen die Friedensbedingungen diktiert kann. Aber ebensowenig wie wir uns von anderen den Fuß auf den Nacken legen lassen wollen, ebensowenig sollte man den von mir schon leghin voraussetzlich als untauglich bezeichneten Versuch machen, anderen die Friedensbedingungen aufzuzwingen. Erst wenn das klar ausgesprochen wird, ist die Grundlage für Friedensverhandlungen geschaffen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgem.)

In allen Ländern vereinigen sich immer größere Teile der Volksmassen, in diesem Gedanken die Hände zu reichen, um durch gemeinsame Arbeit den Frieden herbeizuführen. (Lachen und Unruhe rechts. Lebhaftes Zustimmung bei der Soz. Arb.) Snowden im englischen Parlament, Turati im italienischen, Tschidse im russischen sind dafür eingetreten. (Zahlreiche Zurufe rechts: Und Frankreich!) In Frankreich besteht ein Gemütszustand (Lachen rechts), infolge der Befreiung wichtiger Provinzen durch den Feind, der der Verständigung Schwierigkeiten bereitet; aber auch dieser Gemütszustand hat in Frankreich seinen Höhepunkt sicherlich überschritten. Die Verichte des „Populaire du Centre“ beweisen die Zunahme des Gedankens des internationalen Zusammen-

einen Frieden, durch den niemand gedemütigt wird und der wahrhaft ehrenvoll ist,

zu erreichen. Auch die sozialistischen Lehrer Frankreichs haben sich schon vor längerer Zeit ganz in diesem Sinne ausgesprochen. Der schwedische Minister Wallenberg, ein untadelhaft neutraler Mann, hat von der Fortführung des Krieges den Untergang Europas vorausgesagt. Wir halten es für unverantwortlich, es dahin kommen zu lassen, daß unser Volk und die anderen Völker bis zum Weißbluten gegeneinander kämpfen. Für eine solche Politik lehnen wir alle Verantwortung ab. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Wenn die Friedensbedingungen formuliert werden sollen, so wird zu prüfen sein, ob die Auflagenlasten der Völker durch internationale Uebererinnommen gelindert werden können. Gewiß, solange der Kapitalismus besteht, wird er von neuem die Gefahr des Krieges erzeugen. Aber gerade die Erfahrungen dieses Krieges werden zwar nicht die Anhänger des Imperialismus zur Vernunft und zum Ideal der Humanität zurücktreiben, aber vielleicht doch die Kapitalisten zu der Erkenntnis bringen, daß ihre Interessen besser gewahrt werden können ohne Krieg. (Lachen rechts und b. d. Nationalliberalen.)

Ebenso wie im Innern eines Landes die Kapitalisten nicht mehr gegeneinander im Konkurrenzkampf wüten, sondern sich zu Trade- und Syndikaten vereinigen, so besteht auch die Möglichkeit, daß wenigstens Kriege zwischen großen Nationen nicht mehr aus solchen Ursachen geführt zu werden brauchen. Aber wenn man sich für das Betrüben wieder entscheidet — wird es dann möglich sein, werden die Kosten dafür aufgebracht werden können? Sollte nicht aus diesem Grunde der Gedanke aufstauen: Ist es nicht möglich,

durch internationale Abmachungen die Rüstungen einzuschränken?

Unbrauchbar und utopisch kann dieser Gedanke nicht sein; die deutsche und englische Regierung haben ja seinerzeit über ein Abkommen zur Einschränkung der Seerüstungen verhandelt. Wenn dieser Versuch nicht gelungen ist, so deshalb, weil in der Atmosphäre des Mißtrauens, die damals bestand, ein solcher Gedanke noch nicht Erfolg haben konnte. Ist aber die Gewitterluft gereinigt, dann ist es möglich, und das wäre wenigstens ein Kriegsziel für die Völker Europas. Ein Stück Land, welches auch immer es sei, kann unmöglich auch nur die Opfer eines einzigen Tages aufwiegen. Und wenn Sie nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch die Truppen fragen wollten, ob sie auf die Ansetzung hin, daß vielleicht im Osten ein Stück Land erobert werden kann, weiterkämpfen wollen, oder ob sie nicht die Waffen senken wollen, um den friedlichen Wettbewerb der Völker wieder aufzunehmen — dann weiß ich, daß neunzig Prozent dafür sein würden. (Lebhaftes Zustimmung bei der Soz. Arb. Unruhe rechts.) Wenn Sie diesen Erkenntnis entgegenstellen — die Tatsachen werden wahrscheinlich über Sie hinweggehen und, wenn nicht alles trägt, werden die Worte des kommunistischen Manifestes aufs neue aufleben: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch, vereinigt Euch zu dem höheren Ziele, den blutigen Krieg durch den langersehnten Frieden zu beenden. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Soz. Arb. Fischen rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen. — Der Präsident bezeichnet das Handklatschen als nicht üblich.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow:

Als ich die erste Erklärung abgab, wußte ich nicht, daß Belgien nicht mehr neutral war. Als der Reichskanzler am 4. August seine Erklärung abgab, konnte er nicht wissen, daß Belgien bereits innerlich gebunden war, daß es bereits Stellung genommen hatte. Das wurde nachher erwiesen und es wurde gründlich erwiesen, daß die Schuld auf Belgiens Seite lag. (Lebhaftes Zustimmung.) Wie solche Ausführungen wie die des Abg. Haase im Ausland wirken, dafür will ich nur eine Stelle des „Oeuvre“ nach der letzten Rede Haases anführen. Der „Oeuvre“ schrieb: Die letzte Reichstagsabstimmung kommt einem Sieg unserer Waffen gleich. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wenn in Frankreich ein Abgeordneter nur ein Viertel von dem sagte, was Haase gesagt hat, so hätten ihn seine Kollegen unfehlbar gesteinigt. (Lebhaftes Hört! Hört! und stürmischer Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

An den Anfang meiner Ausführungen will ich einen Satz stellen, den gestern der Reichskanzler gesprochen hat: „Für Deutschland, nicht für ein fremdes Stück Land bluten und sterben Deutsch-

lands Söhne." (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Das war die Unterzeichnung des Tages, den er am Anfang des Krieges gesprochen: "Uns treibt nicht Eroberungssucht" und es ist auch die Unterzeichnung des Tages, den er gestern gesprochen: "Nicht Ländergier ist es, die uns treibt". Das war eine für mich klare Abgabe an allerhand Phantasien.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht alle haben das gleiche aus der Rede des Reichstanzlers herausgehört. Man denkt daran herum. Die Herren Stresemann und Graf Westarp haben mancherlei daraus gemacht, was meines Erachtens nicht im Einklange mit dem steht, was der Reichstanzler gesagt hat. Wollte der Reichstanzler sich zu den Zielen des Grafen Westarp bekennen, die eine Verwirklichung des Friedens hinausjögern, ich glaube, er würde dann mit den Herren Spahn und Westarp den Krieg allein fortsetzen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte auch gewünscht, daß der Reichstanzler sich so klar ausgedrückt hätte, daß jede Mißdeutung unmöglich gewesen wäre. Aber man muß seinen Ausführungen Gewalt antun, wenn man daraus Eroberungs- und Vergewaltigungssucht herauslieft. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es gelingt, die vom Paris- und Genua-Vertrag her freizumachen, wie sie es immer gewünscht haben, die ganze Kulturmenschenwürde würde sich freuen. (Lebhafte Zustimmung.) Freilich wäre es eine harte Aufgabe, mit den Völkern etwas anzufangen, was allen ihren Nachbarn gefällt. Wenn es gelingt, den Flämen im Friedensvertrag die Möglichkeit zu sichern, auf der Grundlage ihrer eigenen Sprache, ihre eigene Kultur zu pflegen, ist das Vergewaltigung? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gegen jede Vergewaltigung, die dabei in Frage käme, müßten wir uns entschieden wenden. Der Reichstanzler sagte: "Das Europa, das aus diesem Kriege entstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Den Status quo ante kennt die Geschichte nach ungeheuerlichen Geschehnissen nicht." Man muß ein politischer Klubschloß sein, wenn man sich einredet, daß ein ganzer Weltteil in Flammen steht, daß Millionen vernichtet werden und bluten, ohne daß ein einziger Grenzstein versetzt wird, den irgendein vermoderter Diplomat einmal gesetzt hat. (Stürmischer Beifall.) Wenn ich schon nicht Bewunderung habe für die lebendigen Diplomaten, so soll keiner von mir verlangen, daß ich in Ehrfurcht erstricke vor den Diplomaten der heiligen Alliance. (Heiterkeit und Sehr gut!) Der Krieg ist von einer so ungeheuren Tragweite, wie es noch gar nicht abzusehen ist. Unsere Aufgabe ist es, darauf zu dringen, daß ihn

so bald als möglich ein Ende gemacht

wird. Wenn er auch nur einen Tag länger geführt würde, als er nach dem Verhalten unserer Feinde geführt werden muß, wenn er etwa kapitalistischer Interessen wegen weitergeführt würde, so müßten wir uns alle dem widersetzen. Aber wir wissen, daß die Regierung grundsätzlich bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten, wir wissen aber auch, daß die Staatsmänner der feindlichen Staaten bisher nichts davon haben wissen wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben aus guten Gründen für die Resolution in der U-Bootsfrage gestimmt. Für das, was dieser und jener aus der Resolution sich herauszulesen bemüht hat, sind wir nicht verantwortlich. Einer der herbeizugewandten Mitarbeiter an der Resolution sagte mir, er würde es als Wohlthat öffentlich bezeichnen, wenn man den Versuch machen wollte, das herauszulesen, was man angeblich verschleierlich herausgelesen hat. Ich kann nicht sagen, daß das herausgelesen worden ist, was der Abg. S. a. f. dem einen oder dem andern zugeschrieben hat. Es steht drin, daß das U-Boot sich im Kampfe gegen die englische, auf die Auszehrung Deutschlands gerichtete Kriegführung nützlich erwiesen hat und daß es benutzt werden soll. Das halte ich für ganz selbstverständlich. Die Gelder, die wir für Waffen ausgegeben haben, sollen doch nicht ausgegeben sein für Dinge, die nicht benutzt werden. Ich möchte wohl wissen, was unser Parteifreund, der französische Munitionsmister Thomas sagen würde, wenn man ihm zumutete, Waffen zu beschaffen, aber auch dafür zu sorgen, daß sie nicht benutzt werden. (Heiterkeit.) Nein,

wir müssen uns wehren auch mit den U-Booten,

damit unsere Frauen und Kinder nicht dem Hungertode ausgeliefert werden. (Lebhaftes Bravo!) Weiter steht in der Resolution, das U-Boot soll uns dazu verhelfen, einen die Zukunft Deutschlands sichernden Frieden zu schaffen. Dagegen kann doch wohl niemand etwas einwenden. Ferner steht darin, daß beim Gebrauche dieser Waffen die berechtigten Interessen der neutralen Staaten gewahrt werden müssen. Das war das Entscheidende und machte uns die Zustimmung möglich. Ebenso selbstverständlich ist es dann auch für uns, daß wir die Resolution Verstein in ablehnen müssen. Dieser Antrag verurteilt den rücksichtslosen U-Boot-Krieg. Das tun wir auch, und er soll auch nach dem Kommissionsantrag gar nicht stattfinden, in dem es ausdrücklich heißt, daß die berechtigten Interessen der Neutralen gewahrt werden sollen. Das geht nicht, wenn ihre Schiffe rücksichtslos in den Grund geholt werden. Wenn der Antrag aber auch verlangt, daß auch feindliche gesenkt werden sollen, so können wir dem nicht zustimmen. Weiter enthält der Antrag Bekanntes, was von uns immer gesagt worden ist. Aber die Formulierung ist für uns nicht annehmbar. Sie verlangt schleunigste Abhandlung der Friedensverhandlungen von deutscher Seite, obwohl doch bekannt ist, daß die feindlichen Staatsmänner das schroff zurückgewiesen haben. Ferner unterläßt der Antrag die Forderung der Unverschrtheit des Reiches, seiner politischen Selbstständigkeit, seiner wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Trotz unserer Ablehnung vieler Zusatzen in bezug auf die Kriegsziele haben wir doch große Sympathie für die Tendenz mancher Vorschläge, die darauf hinauslaufen, bisher beschränkte Parliamentsrechte wahrzunehmen und zu erweitern. Noch manchen Vorschlägen soll der Volksvertretung sogar ein Mitbestimmungsrecht über die Art der Kriegführung eingeräumt werden. Die Kriegführung ist ein einheitliches Ganzes, auch der Angriff und der U-Boot-Krieg gehört da hinein. Das eine oder das andere soll nun in eingeschränkter oder in rücksichtsloser Weise durchgeführt werden. Darüber gibt es Streit, und nun soll der Reichstag entscheiden. Er soll Stellung nehmen in einer Frage der Kriegführung: Das ist ganz klar. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Anzahl von Herren haben sehr schnell umgelenkt. Als wir die Forderung der Kriegsbesoldungsordnung verlangten, sagte man uns, wir müßten die Finger davon lassen, das wäre

ein Eingriff in die höchste Kommandogewalt.

Nicht aber soll der Reichstag bei einer Spezialfrage in die Kriegführung eingreifen. Wir sind entschlossene Verteidiger der Parlamentsrechte. Aber daran haben wir nicht gedacht, daß wir auch mitbestimmen sollen über die auf dem Schlachtfeld zu entscheidenden Fragen. Da könnten wir es erleben, daß der unkriegertisch gesinnete Herr Rummen den Wunschlager für die Bestimmung der Aufstellung der schweren Kavallerie und Kanonen. (Heiterkeit.) In diesen Fragen haben wir doch größeres Vertrauen zu den strategischen Kenntnissen Hindenburgs und der Militärs. Aber bei dem Kampfe um die Erweiterung der Volksrechte (Heiterkeit) soll uns Herr v. Seydewitz jederzeit an seiner Seite sehen. Als erstes Ziel für den gemeinschaftlichen Vorstoß würde ich das preussische Abgeordnetenhaus vorschlagen.

Dahin wollen wir die Treppe richten, um Schritte zu legen und die Möglichkeit zu bekommen, einmal da hineinzuleuchten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Von der Wirkung der Worte auf das Ausland halte ich nicht viel, es kommt hier weniger auf Worte als auf Taten an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angenommen, es würde wirklich für das Vaterland schädlich sein, wenn wir ein Wort vom Frieden gesprochen haben, wie sollte man dann all das bezeichnen, was uns gedruckt vor Augen gekommen ist? Dann müßte man

vom Vaterlandsverrat unter erschwerenden Umständen sprechen. Ich bin kein Optimist in politischen Dingen, namentlich nicht in bezug auf die Gestaltun unserer inneren Verhältnisse. Aber wenn gewisse Kreise das Vertrauen zur Regierung verlieren, dann meine ich, hat das Volk Grund, ein wenig Hoffnung zu schöpfen. Die Regierung sollte sich sagen, daß sie es sehr wohl ertragen könnte, das Vertrauen einer kleinen Schicht zu verlieren, daß aber die Regierung verloren ist, die das Vertrauen des Volkes verliert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das preussische Abgeordnetenhaus will jetzt auch das Recht haben, über die auswärtige Politik in Deutschland zu bestimmen. Da sollten wir den Spieß umdrehen und vom Reich aus erklären, daß wir das Recht haben mitzureden in den Fragen des Wahlrechts, sagen wir zunächst in Mecklenburg und Preußen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das gehört zu den dringenden Aufgaben der Neuorientierung.

Graf Westarp wollte auf die Erörterung dieser Dinge nicht eingehen, damit kein innerer Zwist entstehe. Ich bedauere aufs lebhafteste, daß noch von der Möglichkeit eines inneren Zwistes gesprochen werden kann in dieser schweren Zeit in Dingen, über die es keinen Zwist in Deutschland mehr geben sollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein sehr trauriges und beschämendes Kapitel

ist die Angelegenheit der Novelle zum Reichsvereinsgesetz. Wenn ich hier sehr deutlich werden muß, so trägt die Schuld daran die Reichsregierung. Nach den uns im Seniorensenat gemachten Mitteilungen ist nicht abzusehen, wann die Novelle zum Reichsvereinsgesetz kommt. (Stürmischer Beifall, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus bester Quelle weiß ich, daß die Schwierigkeiten darin liegen, daß die preussische Regierung verlangt (hört, hört! bei den Sozialdemokraten — immer wieder Preußen!), daß die Novelle sich lediglich auf die unter § 152 der Gewerbeordnung fallenden Arbeiterkategorien erstreckt, insbesondere nicht auf die Landarbeiter. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gibt die Reichsregierung dieser Forderung nach, so setzt sie sich mit ihren eigenen wiederholten Erklärungen in schärfsten Widerspruch. Bereits am 20. März 1915 erklärte der Staatssekretär des Innern, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserem Rechtsleben haben. In der Kommission hat dann Ministerialdirektor Lewald ganz bestimmte Erklärungen abgegeben, denen ungewöhnliche Versicherungen in diesem Hause gefolgt sind. Ihr Inhalt geht dahin: Die Regierung hat stets den Standpunkt vertreten, daß keine Arbeiterkategorie, welcher Art auch immer sich mit politischen Angelegenheiten befaßt, kein Verein, welcher Art auch immer zu einem politischen wird, wenn die Angelegenheiten bezüglich deren eine gesetzliche Regelung erstrebt wird, solche sind, die das wirtschaftliche Wohlergehen der Mitglieder des betreffenden Vereins, der Angehörigen des betreffenden Berufs angehen. Die Rechtsprechung hat ganz zu Unrecht entgegen der übereinstimmenden Ansicht der gesetzgebenden Faktoren etwas Unrichtiges in das Gesetz hineingebracht. Dieser Fehler soll beseitigt werden, die betreffende Vorlage werde uns „alsbald“ zugehen. Dies feierliche Versprechen soll nun mit einem Male keine Geltung mehr haben. Was uns jetzt von der Reichsregierung zugemutet wird, ist

etwas ganz Ungeheuerliches.

Die Zusammenlöpfung des Reichsvereinsrechts mit dem § 152 der Gewerbeordnung ist rechtlich verfehlt und logisch sinnlos. Das, was bisher zum Nachteil der Arbeiter nach den eigenen Erklärungen der Regierung zu Unrecht angenommen wurde, soll jetzt für eine bestimmte Gruppe von Arbeitern legalisiert werden! Dazu sollen die Gewerkschaften ihre Zustimmung geben. Den Gewerkschaften ist vom Regierungssicht das höchste Lob für ihre beispiellosen Leistungen in diesem Kriege ausgesprochen worden. Die Belohnung dafür soll jetzt eine Verschlechterung der Rechtslage großer Arbeiterkategorien sein. Welcher Arbeiter soll noch Vertrauen zu ihnen haben, wenn die Gewerkschaften diese Zumutung ruhig hinnehmen! Ich verweise nur auf ein Beispiel: Im Transportarbeiterverband gibt es Chauffeure, Kutscher, Hausdiener und auf der anderen Seite Straßenbahnangehörige, Binnenschiffer. Wählten die ersteren eine Petition an den Reichstag in ihren Berufsangelegenheiten, so ist das keine politische Angelegenheit. Wohl aber bei der zweiten Gruppe. Das sind ganz unmögliche Forderungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus sachlichen Rostken kann die Regierung keine solche Zumutung an uns stellen. Es sind auch keine sachlichen Rostken. Es fehlt eben nicht an einflussreichen Leuten, die befürchten, daß den Arbeitern auch die geringsten Rechte eingeräumt werden könnten, und die das verächtlich wollen. Der bisherige Verlauf der Dinge beim Vereinsgesetz erweckt geradezu den Anschein, als wenn die Arbeiter kräftiger werden sollten. Die gesamte Arbeiterschaft müßte auf höchste erbittert werden, wenn ihr selbst die geringfügige Recht borenhalten würde. Die Regierung möge das preussische Treiben nicht leicht nehmen, es kann leicht zu

gefährlichen Explosionen

führen. Es gibt ein Maß und eine Grenze in allen Dingen. Diese Grenze überschreitet die Regierung, wenn sie nicht zu ihrer Aufgabe steht. Die Unterstützung des Wahlrechtsreformersprechens der Thronrede von 1908 durch die jüngste preussische Thronrede hat in manchen Kreisen Wutausfälle herbeigeführt. Aber das deutsche Volk opfert nicht hunderttausende seiner Söhne für ein vormärzliches Preußen. Jetzt wird um des Reiches Unabhängigkeit nach außen gekämpft, aber auch um die Freiheit und Unabhängigkeit im Innern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Fremde Völker vergewaltigen zu wollen, ist ein Verbrechen schlimmster Art. Dem eigenen Volke die Rechte abtufen zu wollen nach dem Inhalt des Weidweidens, ist schlimmer wie ein Verbrechen, ist eine Dummheit, die sich bitter rächen muß, weil ein intelligentes Volk sich das nicht gefallen lassen kann. (Lebhafte Beifall links.)

Entschieden Einspruch erheben muß ich weiter gegen die Art, in der gewisse militärische Befehlshaber ihre Stellung im Reichstag aufzufassen belieben. Gewiß bestehen in Krieg-Zuständen Schwierigkeiten, weil es zum Teil Operationsgebiet ist. Aber Worte wie die: "Sie befinden sich in Krieg-Zuständen" loszusagen wie in Friedenszeiten dienen lediglich dazu, die lokale und ruhige Verabredung unnötig aufzureizen. Hier muß der Reichstanzler nach dem Recht stehen. — Was von der Stimmung des Volkes abhängt, haben wir im Kriege deutlich genug erfahren. Deutschlands Sicherheit wird nicht allein auf den Schlachtfeldern entschieden, wenn nicht die Daheimgebliebenen, vor allem die Frauen, auch tapfer aushalten. Wir haben schon oft mit inniger Dankbarkeit die Leistungen unserer Truppen anerkannt. Heute will ich ausdrücklich auch sagen: "Habt Dank, Ihr tapferen Frauen, die Ihr daheim tut, was im Ehren Kräfte fehlt!" (Lebhafte Beifall.) Neben der Sorge um die Lieben brauchen haben sie die

schwere Sorge um das tägliche Brot

und das Wohl der Kinder zu tragen. Deshalb muß ich den verantwortlichen Stellen zu: "Sorgt für das tägliche Brot, es ist ebenso notwendig wie die Munition!" Die Hoffnung unserer Feinde auf unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch wird und muß zu schanden werden. Sie können nur dann in Erfüllung gehen, wenn die Regierung auch nach allen bisherigen Erfahrungen noch immer nicht mit rücksichtsloser Energie vorgeht. Das Ziel der Entente geht deutlich genug dahin: Deutschland soll zum Vorkriegszustand gemacht werden. Eine gute Antwort darauf hat die Organisation der deutschen Textilarbeiter gegeben, der Arbeiter, die unter der englischen Blockade am schwersten zu leiden haben. Ihr Organ schrieb: "Wenn das deutsche Volk nur zu wählen hat zwischen einer vorläufigen Kapitulation, wie sie ihm der englische Handelsminister nach dem Kriege angedacht hat, und der Erhaltung, die sie im Kriege führen muß, so würde sich sicherlich für die Erhaltung im Kriege entscheiden und weiter kämpfen, um solche Pläne zum Scheitern zu bringen." Das ist eine deutliche Antwort deutscher Klassenbewußter

organisierter Arbeiter. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir zwingen wirklich um unsere Existenz, um die Zukunft unserer Kinder. Daher muß auch alles geschehen, damit der Frauen Entschlossenheit und Tapferkeit im Kampf mit den inneren Feinden aller Art nicht erlahmt. Die Abrechnung mit denen, die unseren Kriegern das Leben so schwer machen, wird nach dem Kriege gründlich und rücksichtslos vorgenommen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Auf Einzelheiten in

Fragen der Zensur und des Belagerungszustandes

gehe ich heute nicht ein. Es ist viel Unbegreifliches vorgekommen. Daran kommen wir später. Gestern wurde gesagt, daß die Zentralbehörde demüßigt seien, die Dummheiten und Bosheiten, die draußen vorkommen, nach Möglichkeit gutzumachen. Was aber diese Übergriffe an der Stimmung im Lande draußen unausgesprochen verderben, kann die stärkste Zentralbehörde nicht wieder gutmachen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schleunigste Beseitigung des Belagerungszustandes ist notwendig. Schreiben Sie an jede Behörde das bekannte Wort Cabours über den Belagerungszustand, das ich hier nicht zitieren will. (Heiterkeit.)

Wann kommt endlich der Friede?

Am 9. Dezember habe ich gesagt, daß alle Völker den Frieden herbeisehnen. In dieser Überzeugung bin ich inzwischen geblieben worden. Wohl sind viele drückende Schreiben im Ausland gehalten worden. Aber was ist nicht auch bei uns alles zusammengeschmiert und geredet worden an Torheiten. Wieviele Daheimkrieger machen jeden Tag große Eroberungen und vergleichen auf papiernen Schlachtfeldern ihre Linie. Wir haben aber auch erfreuliche Kundgebungen des Friedens vernommen aus Rom, Petersburg, London, leider nicht auch aus dem französischen Parlament. Trotzdem wissen wir, daß die friedliche Stimmung auch im französischen Volk zunimmt trotz der Zensur, die nirgends schlimmer gehandhabt wird als in dieser Bourgeoisrepublik. Von den offiziellen Vertretern Frankreichs, leider auch von unseren Parteigenossen, hören wir immer wieder, daß erst Frankreich und Belgien geräumt sein müsse, bevor man mit uns in Friedensverhandlungen eintreten könne. Das ist ein unmöglicher Standpunkt. Was nur Resultat von Verhandlungen sein kann, wird hier als Voraussetzung hingestellt. Auf unsere Situation übertragen, müßten wir dann sagen: Erst alle Kolonien wieder heraus, erst alle Seewege frei für Deutschland und dann Verhandlungen! (Sehr gut!) Auf diese Weise könnten wir den Krieg noch Jahrhunderte fortsetzen. Man muß verhandeln, sobald als möglich, denn das ist sicher:

Der Anfang der Verhandlungen ist auch das Ende des Krieges!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So harte Kämpfe wir gerade mit Frankreich auszufechten haben, nie ist bisher ein einziges Wort des Hasses gegenüber Frankreich in Deutschland laut geworden. Ganz Deutschland wünscht mit Frankreich in Frieden und Freundschaft zu leben. Von denen, die das Land in die Arme des Jaren getrieben haben, wird in Frankreich immer noch der Wahn verbreitet, daß wir Deutsche, das Land, das der Welt einen Goethe, einen Kant, einen Karl Marx geschenkt hat, aus reinem Vandalismus über die Grenze gezogen seien, um die französische Kultur mit Feuer und Schwert zu vernichten. Diesen Leuten würde das Handwerk gelegt sein, wenn in Frankreich bekannt würde, was der ermordete Jaurès zwei Tage vor seinem Tode der „Bourgeoisrepublik“ zufolge an Banderdelbe nach Belgien geschrieben hat: "Die Lage muß und wird eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie nicht die serbische Sache als russische ansieht. In der Nacht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. (Hört! hört!) Aber man sucht diesen Krieg, den man schon lange schürte. (Hört! hört!) Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht bluten lassen für die Kräfte des weißen Jaren. Europa würde von Wien verschlingen. Suchen Sie in Ihrem Wirkungskreise jede Steigerung des Kriegswahns zu dämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiel stehen, das wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes und weil die Vörier in London und Paris auf Petersburg schwören." (Hört! hört!) Das Schriftstück ist zweifellos echt, es ist ganz der Geist Jaurès, der daraus spricht. Das ist Jaurès, wie wir ihn gekannt und geliebt haben.

Also daß gegen Frankreich gibt es in Deutschland nicht. Der Reichstanzler hat gestern nur mit einer Wendung von Frankreich gesprochen, und da sprach er von dem aufopfernden Wute, mit dem die französischen Truppen kämpfen. Das war ein schönes Wort, für das wir dem Reichstanzler danken. Das kann anders wie die Reden der Aquit und Brand. (Sehr gut!) Der ganze Krieg wäre unmöglich gewesen, wenn die Demokratie in den europäischen Völkern besser entwickelt gewesen wäre. Er ist nur möglich geworden, weil die Geheimdiplomatie der Situation nicht gemachen war. (Abg. Liebnecht: Schämten Sie sich, Sie sind ein Sozialdemokrat!) Natürlich kennen wir die imperialistischen Triebkräfte und haben sie immer bekämpft. Ich habe natürlich nicht gesagt, daß die Diplomaten den Krieg gemacht haben, aber sie waren nicht imstande, ihn zu verhindern. Wer für die Zukunft Kriege verhindern will, der muß für die Demokratie, für das Mitbestimmungsrecht der Völker und gegen die Geheimdiplomatie eintreten.

Der Krieger ist ein Wahnsinn, ein Verbrechen an der Menschheit.

Wer nicht die letzte Spur von Verstand und Menschlichkeit verloren hat, muß alle Kräfte aufspannen, daß er möglichst bald zum Schluß kommt. Allerdings kann er leicht verlängert werden durch mancherlei Umstände, z. B. dadurch, daß törichte Pläne aufgestellt werden, die das Ausland zwingen, den Entschluß zu fassen, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen, um jene blöden Absichten zu verhindern. Deshalb sollte sich jeder Verantwortliche hüten, auf diese Weise die Kriegsstimmung immer von neuem anzufachen. Ferner kann den Willen der Feinde auszuhalten erneut anfachen, wenn die Hoffnung bei ihnen erweckt wird, daß bei uns alles in die Brüche ginge. Am 9. Dezember hat sich der Reichstanzler offiziell bereit erklärt, Friedensverhandlungen zu diskutieren. Weiterzugehen lehnte er ab, weil ihm das als Schwäche ausgelegt werden würde. Wir haben das bekämpft. Leider aber hat das Verhalten der feindlichen Staatsmänner inzwischen bewiesen, daß der Reichstanzler nicht ganz unrecht hatte. Leider haben wir sehr frühe Echo hören müssen auf unsere damaligen Friedensreden. Tatsache ist, daß der Reichstanzler weitergegangen ist als alle feindlichen Staatsmänner. Wenn wir gegen unverantwortliche Politiker und ihre Pläne aufstehen, so deshalb, weil wir stets die Unvernunft bekämpfen und nicht etwa, weil Herr v. Bethmann Hollweg ein Reichstanzler nach unseren Wünschen wäre. Wir haben grundsätzlich gar nichts aufgegeben. Wir bleiben, was wir waren, Sozialisten und Demokraten. Wir verlangen, daß dem Kriege ein Ende gemacht wird, sobald die Gegner zum Frieden geneigt sind. Wir sind ebenso selbstverständlich gegen jede Vergewaltigung fremder Völker, wie wir fordern, daß Deutschland unverehrt, politisch und wirtschaftlich frei und selbstständig bleiben muß. Wir können sicher ein Stück dem Frieden näher, wenn auch unsere Parteigenossen in den anderen Ländern zu ihren Regierungen zu reden wollten, wie wir das tun. Wir kennen unsere Pflicht als Deutsche und als Sozialisten. Wir werden unsere Pflicht erfüllen als Sozialisten und als Deutsche. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Die Abmachung im Seniorensenat ging dahin, daß eine ausgiebige Debatte hier stattfinden sollte. Es ist Ihnen bekannt, daß ich in der Kommission ausgiebig in diesen Debatten gesprochen habe. Es wäre also einfach Anstandsspflicht gewesen (große Unruhe rechts) . . .

Präsident Kaempf:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Lieb-
Inchl. (Heiterkeit.)

Abg. Liebknecht (bei keiner Fraktion):

Die Debatte ist wieder zu einer Zeit geschlossen worden, wo
sie nach dem bisherigen Gebrauch des Hauses nicht geschlossen
zu werden pflegte. Dieser vorzeitige Schluß ist eine ge-
waltige und schlimme Entscheidung. Ich bin dadurch verhindert
worden, mit der nötigen Schärfe auf die Eroberungspläne . . .
(Präsident Kaempf entzieht dem Redner das Wort.)
Der Titel „Gehalt des Reichskanzlers“ wird bewilligt.
Die Resolution der Kommission in der U-Boot-Frage wird
gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft
angenommen. Sie lautet:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe
gegen die englische, auf die Anshungerung Deutschlands be-
rechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner
Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, von allen mili-
tärlichen Nachmitteln, so auch von den Unterseebooten den-
jenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft
Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen
mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands
erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung
der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Die Resolution Bernstein lautet:
Auch für den U-Boot-Krieg haben die Bestimmungen des
Völkerrechts zu gelten. Insbesondere darf der rücksichtslose
U-Boot-Krieg, also die warnungslose Torpedierung von Handels-
und Passagierschiffen gegnerischer und neutraler Staaten unter
feinen Umständen zur Anwendung gebracht werden. Der Reichs-
tag erwartet, daß der Reichskanzler schleunigst durch die Ein-
leitung von Friedensverhandlungen eine Verständigung unter
den Völkern herbeizuführen sucht.

Diese Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.
Der Rest des Stats der Reichskanzlei und des Auswärtigen
Amtes wird debattelos erledigt.

Die Petitionen zur U-Boot-Frage beantragt die Kommission,
für erledigt zu erklären.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Es handelt sich um Petitionen, die sich auf den U-Bootkrieg
beziehen. In jeder Weise ist dem entgegengekommen durch die
vorausgegangene Debatte, was die Petenten verlangen und wo-
gegen meine Freunde und ich den entschiedensten Widerspruch er-
heben. Man sagt, der angenommene Antrag könne nicht so aus-
gelegt werden, daß er den rücksichtslosen U-Bootkrieg befürworte.
Das ist ein Zerkum und eine ganz ungewöhnliche Zumutung. Denn
leider ist durch den Beschluß der Petenten eine Handhabe zu der
Behauptung gegeben, der Reichstag habe sich auf ihren Standpunkt
gestellt. Die Herren Dertel und Gemosen, die ja in der Kom-
mission Anträge im Sinne der Petenten gestellt haben, sind ja auch
mit der Resolution einverstanden gewesen und meinen, einen vollen
Triumph erfochten zu haben. (Präsident Kaempf: Auf die
U-Bootfrage kann jetzt nicht mehr eingegangen werden.) Die Pe-
titionen verlangen die rücksichtslose Durchführung des
U-Bootkrieges, und dieses Verlangen wird durch den eben
gefaßten Beschluß unterstützt. Das will ich nachweisen, und ich
wünsche, daß der durch diesen Beschluß hervorgerufene Schaden
entkräftet wird. (Der Redner wird mehrfach vom Präsidenten unter
großer Anruhe des Hauses darauf hingewiesen, daß er zu der
U-Bootfrage nicht mehr eine allgemeine Debatte herbeizuführen
dürfe.) Wenn den Wünschen der Petenten nachgegeben wird, so
würde das Ansehen des Deutschen Reiches aufs Schwerste ge-
schädigt werden. Ich beantrage daher für die Petition den
Uebergang zur Tagesordnung, da sonst Deutschland
durch den von den Petenten empfohlenen und durch die Abstim-
mung des Reichstags im Grunde ebenfalls empfohlenen Weg dis-
kreditiert und entehrt werden müßte. (Große Anruhe.)

Abg. Dr. David (Soz.):

In der angenommenen Resolution ist ausdrücklich gesagt, daß
die berechtigten Interessen der Neutralen gewahrt werden sollen.
Wenn Ledebour trotzdem zu seiner Auslegung kommt, so ist
das eine rücksichtslose und warnungslose Torpedierung jeder ge-
meinen Logik. (Heiterkeit.) Es wird mir schwer, ihm den guten
Glauben beizumessen, aber weil er es ist, will ich es tun.
Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.
Der Antrag, über die Petition zur Tagesordnung
überzugehen, wird gegen die Stimmen der Soz. Arb. und
der meisten Sozialdemokraten abgelehnt. Das Haus beschließt
vielmehr nach dem Antrage der Kommission: Die Petition durch
die Annahme der zur U-Bootfrage gefaßten Resolution für er-
ledigt zu erklären. (Juch des Abg. Stadthagen: Herr David,
wer ist nun der Kater und Senartie?)

Abg. Ledebour (Soz. Arb.) persönlich:

Der Abg. David hat geglaubt, die Situation, in der ich und
meine Parteifreunde sich befinden, zu einem gehässigen per-
sönlichen Angriff ausnützen zu können. Der Beifall, den
Sie ihm gezollt haben, zeigt, wie wichtig er Sie eingeschätzt und daß
er für gut hält, den Kampf gegen uns in Zukunft in der gleichen
gehässigen Weise zu führen. Ich überlasse ihn Ihrer kollegialen
Bewertung.

Abg. Dr. David (Soz.) persönlich:

Ich muß zurückweisen, daß ich Ledebour gehässig geantwortet
habe, meine Ausführungen enthielten keine Spur von Gehässigkeit.
Ich war zu diesen Ausführungen genötigt durch seine Absicht,
unserer Zustimmung eine falsche Auslegung zu geben. (Abg.
Ledebour ruft: Jeder weiß, daß das nicht wahr ist!)

Abg. Dr. Liebknecht (wild) zur Geschäftsordnung:

Wiederum ist mir das Wort abgeschnitten worden. (Lachen.)
Es wäre mir ein Leichtes gewesen, David nachzuweisen, daß er
wissentlich die Unwahrheit gesagt hat. (Stürmische Zwischenrufe
und Glor des Präsidenten.)

Präsident Dr. Kaempf:

Sie sprechen nicht zur Geschäftsordnung, und ich kann Ihnen
das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter geben.
Hierauf vertagt das Haus sich auf Freitag 2 Uhr. (Meine
Aufgaben, Militär- und Marineetat.)
Schluß: 7 Uhr.

Die Kriegsziele des Kanzlers
und die Presse.

„Kreuzzeitung“: „Er (der Reichskanzler) sprach mit größerer
Deutlichkeit als sonst über die Ziele des Krieges und äußerte sich,
um den Gesamteindruck der Rede wiederzugeben, im Sinne einer
entschiedenen Annexionspolitik, wenngleich seine
Darlegungen auch dieses Mal noch immer die letzten notwendigen
Klarheiten vermissen ließen. . . Daß die Weltgeschichte nach so un-
geheuren kriegerischen Ereignissen seinen Status quo ante kennt
und daß je ärger die Entstellungen und Drohungen der Feinde
werden, desto heftiger unsere Schläge sich gestalten — das waren
die Leitzenden dieser Kanzlerrede, der gestern die Redner des

Zentrums und der (gemäßigten) Sozialdemokratie mit mehr oder
weniger Einschränkung zustimmten. . .

„Berliner Lokalanzeiger“: „Die Zeit ist noch nicht gekommen,
um die politischen Kriegsziele, die der Reichskanzler aufgestellt hat,
in ihren Einzelheiten zu würdigen. Eins aber darf man heute
schon sagen: Sie sind so maßvoll, daß ihnen gegenüber der wahr-
heitswidrig immer wieder erhobene Vorwurf verstummen muß,
Deutschland strebe die Hegemonie in Europa an. Sie sind das
mindste, was Deutschland braucht, um sich gegen die Wieder-
holung eines so ungeheuren Unglücks zu schützen.“

„Die Post“: „Eine Fülle der Möglichkeiten liegt in diesen Aus-
sichten umschlossen, die lebhaft nach Durchdenkung und Prüfung,
nach Kritik und Klarstellung verlangen; doch neben dem Kanzler
steht auch heute noch — der Jenor. So nehmen wir denn vor-
erst die Skizze des Kanzlers schlechthin zur Kenntnis; nur einer
Betrachtung sei ein kurzer Raum gegeben.“

Siebenmal hat Herr von Bethmann Hollweg im Reichstag
Kriegsworte gesprochen. Die erste Rede, im August 1914, galt allein
dem gewaltigen Eindruck der ersten Tage; sie konnte an Zielen
nichts aufstellen als den festen Willen, zu kämpfen und siegen. Die
zweite, im Dezember 1914, fiel in eine Zeit, die bereits nüchtern
wägende Gedanken zuließ; damals fand der Kanzler das Wort
vom Durchhalten, bis keine mehr es wagen werde, den deut-
schen Frieden zu stören. Noch herrschte also die Auffassung
der reinen Verteidigung unserer Grenzen. — Wieder ver-
gingen Monate, und wieder hatten sich die Blide Deutschlands für
das Wesen dieses Krieges geklärt, als der Kanzler, gerade zur Zeit,
als Italiens Abfall geschah, zum dritten und vierten Male vor der
deutschen Volksvertretung stand. Jetzt erstand der Begriff der
„realen Garantien“, der weit entfernt davon, eindeutig zu
sein, doch wenigstens positive Deutung zuließ.

Die fünfte Erklärung ging noch einen Schritt weiter, vom All-
gemeinen ins Besondere; Polens Schicksal, das zu jener Zeit, im
August 1915, den russischen Händen entwunden war, fand eine Ver-
heißung: die dauernde Freiheit vom Russenjoch. Und schließlich,
als am 9. Dezember 1915 der Kanzler abermals, zum sechsten Male,
die Kriegsziele in den Umkreis seiner Betrachtungen zog, da klei-
deten sich die „realen Garantien“ in ein strafferes Gewand: die
Grenzlande im Osten und Westen dürften nicht Einfall-
store der feindlichen bewaffneten Macht bleiben; wohl seien die
Mittel, dies zu hindern, noch unentdeckt; je länger aber der
Krieg dauere, desto mehr würden eben diese notwendigen Sicher-
heiten. Heute nun, wo wir zum siebenten Male den Kanzler hören,
zieht ein neuer Intention durch seine Worte; noch immer herrschen
die „realen Garantien“, aber sie finden keine Stütze mehr
am Status quo; der ist nicht mehr zu halten; zu be-
wachten neuen Bedingungen schreitet der europäische Krieg fort. Und
noch eins: der Westen und Osten Lebensfrage ist nunmehr
eng mit den Forderungen verknüpft, die Deutschland um seiner
künftigen Sicherung willen erheben muß.

Unverkennbar läßt sich also eine Steigerung der am-
lichen Kriegszielwünsche erkennen; in die Breite so-
wohl wie in die Tiefe dringt diese Entwicklung, und so wird nicht
am Ende des Krieges stehen, braucht man die Bewegung
nicht als abgeschlossen zu betrachten. Das deutsche
Volk aber nimmt mit ehrlichem Empfinden an ihr teil; mag es
beklagen, daß noch immer in Kriegszielfragen das negative Element
dem positiven Zurückhaltung auferlegt, es hofft doch unentwegt, daß
schließlich die Kraft positiven Willens zu ihrem Rechte kommen und
zu Gestaltungen führen wird, die Deutschlands Macht und Würde
nicht allein sichern, sondern mehren.“

„Deutsche Tageszeitung“: „Wenn der Kanzler sagte, Sinn und
Ziel dieses Krieges sei, uns ein Deutschland so festgefügt und so
stark gesichert zu schaffen, daß niemand wieder in die Versuchung
gerate, uns vernichten zu wollen, daß jedermann in der weiten
Welt unser Recht auf Belästigung unserer friedlichen Kräfte aner-
kennen müsse, so war das nur eine Wiederholung dessen, was er
im Laufe des Krieges mehrfach ähnlich gesagt hatte. Die Be-
merkung, daß der Status quo ante nicht aufrechterhalten werden
könne, ging schon einen, wenn auch kleinen Schritt weiter.
Die Andeutungen, die er über die Lösung der Polenfrage, über die
Zukunft Belgiens und über die holländischen und benachbarten Lande
machte, wolle man aus dem Berichte entnehmen. Wir dürfen wohl
aus diesen Andeutungen schließen, daß man künftig der Presse
nicht mehr verwehren wird, über die Kriegsziele in ähnlicher all-
gemeiner Weise sich zu äußern. Seine Bemerkung, daß der Friede
keinen Keim zu neuen Kriegen bieten dürfe, ist nicht so klar, daß
man sich damit näher befaßen könnte.“

Als feststehendes Ziel für Regierung und Regierte gilt vom
heutigen Tage: kein Friede, der uns nicht unsere Grenzen im
Westen und Osten gewährleistet, Schwächung Ruhlands durch
Landeserwerb, Hand auf Belgien, daß es nicht französisch-
englisches Aufmarschgebiet und Ausfallort werden kann. . . Der
Kanzler stellte die weitestgehenden Forderungen gegenüber Ruß-
land auf, hält also wohl den Frieden mit dem Jarenteiche noch
in weiter Ferne, während er Frankreich und England nicht er-
wähnt. Wir halten eine Schwächung Ruhlands für unsere Zukunft
durchaus für notwendig, unter anderem auch deswegen, weil wir
Siedlungsland brauchen, und sind auch der Meinung, daß eine
Landabtretung durchaus nicht ein dauernd schlechtes Ver-
hältnis zu unserem östlichen Nachbar bedingen muß; aber wir
glauben, daß wir das Land, das wir von Rußland abtrennen wollen,
um unsern Willen, um unserer Zukunft und unserer Sicher-
heit willen abtrennen, nicht aber um Letten, Litauer und andere
Völker zu befreien. Auch kann es uns ganz gleichgültig sein,
ob wir unsere Kriegsschädigung an Land von einem „reaktio-
nären“ oder freibeitlichen Rußland erhalten. Die Rußland re-
giert werden will, ist ausschließlich seine eigene Sache, die seine
Völker mit ihrer Regierung ausmachen mögen. . . Zum mindesten
ebenso wichtig für unsere Zukunft als die Aufrichtung
eines Abwehrdamms im Osten ist die Sicherung im Westen, die
Erringung einer Machtstellung, die die Entwicklung unseres
Handels von Demnissen und Gefährdungen befreit. Die Vor-
aussetzung dafür ist die Schaffung von Garantien im Westen, die
Belgien wirtschaftlich, militärisch und politisch in unsere Einfluß-
zone bringen und englische Anschläge von dieser Seite her un-
möglich machen.“

„Rostocker Zeitung“: „Man darf doch wohl annehmen, daß
der Kanzler, wenn er jetzt seine Kriegsziele formuliert, so wie er
es gestern getan hat, damit alle Möglichkeiten, die sich für die
nächsten Monate ergeben könnten, in Betracht zieht. Wir müssen
daher aus der entscheidenden Stellungnahme des Kanzlers nach
Osten schließen, daß alle Folgerungen, die sie und da aus den
Vorgängen auf der Pariser Konferenz wegen der Haltung Ruß-
lands gezogen worden sind, falsch waren. Denn: würde auch
nur der leiseste Wille zum Frieden in Ruß-
land hier erkennbar geworden sein, so müßten die
Worte des Kanzlers solche Aussichten ver-
schwenden lassen. Und: sollte zwischen England und seinen
Bundesgenossen das Mißtrauen aufzukommen begonnen haben, so
würden die gestrigen Worte des Kanzlers den russischen
Bundesgenossen wieder fest an die englische
Gefolgshaft geschmiedet haben. Das kann unmöglich
der Zweck der Kanzlerworte gewesen sein. Denn gerade er will
ja den Krieg kürzen und nicht verlängern. Und da er sich nicht
nur seiner oft betonten Verantwortlichkeit voll bewußt, sondern
besser als wir ändern alle von den Strömungen und Möglichkeiten
dieser Wochen unterrichtet ist, so bleibt kein anderer Schluß übrig
als der: wir müssen den Krieg so lange führen, bis England zum
Frieden bereit ist. Man mag diese Auffassung des Kanzlers teilen

oder nicht. Der Kanzler selbst scheint jedenfalls diese Konsequenz
für unüberwindlich zu halten.“

Das „Berliner Tageblatt“ findet, daß die rednerische Be-
handlung des belgischen Problems durch den Kanzler auch diesmal
wieder unter einer nicht gut leugbaren Unklarheit gelitten habe.
Die am 9. Dezember dem Worten des Kanzlers von Annexionisten
wie von Sozialdemokraten zugestimmt worden sei, so hätten
gestern wieder der Zentrumredner Spaahn und der Sozialdemokrat
Ebert die Ausführungen des Kanzlers über Belgien verschiede-
n ausgelegt. Es sei nicht zu verkennen, daß zwischen dem, was
Bethmann Hollweg über den Osten äußerte, und dem, was er
über Belgien sagte, ein starker Unterschied besteht. Aber wenn
mit solchen Eröffnungen ein Eindruck auch nach außen hin erreicht
werden soll, dann sei alles hinderlich oder schädlich, was sich in
verschiedenen Sinne auslegen lasse. Das „Berliner Tageblatt“
fährt dann fort:

„Im Juli des vorigen Jahres haben ungefähr hundert Männer
von sehr verschiedener Parteirichtung eine gemeinsame Erklärung
unterzeichnet und dem Reichskanzler überreicht. . . Der Haupttag
der schon an anderen Stellen veröffentlichten Erklärung besagte:
„In rein sachlicher Erwägung bekennen wir uns zu dem
Grundsatz, daß die Einverleibung oder Angliederung politisch
selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu ver-
werfen ist.“

Als ganz selbstverständlich wurde es bezeichnet, „daß die von
uns nach Maßgabe unserer Friedensbedingungen zu räumenden
Gebiete nicht zu einem Bollwerk für unsere Gegner werden
dürfen, daß kein Rivale Deutschlands sich dort festsetzen darf“.
Es wurde das Vertrauen ausgesprochen, daß es gelingen werde,
zur Abwehr dieser Gefahr geeignete und wirksame Mittel zu finden,
und es wurde hinzugefügt: „Dazu vermögen wir aber wiederum
solche Mittel nicht zu rechnen, die uns auf Umwegen schließlich
doch zur Annexion hinleiten würden.“ Die Erwägungen, von
denen die Unterzeichner ausgingen, mögen verschiedenartig ge-
wesen sein. Alle waren einig darin, in der Einverleibung oder
Angliederung politisch selbständiger Völker eine Bedrohung für
den Gedanken der nationalen Einheit, der nationalen Zusammen-
gehörigkeit, aus dem das Reich hervorgegangen ist, zu sehen. Auf
dem Standpunkt dieser Erklärung stehen, wie die Mitunterzeichner
darum, auch wir. Aus den Gründen, die angegeben wurden, und
auch, weil wir überzeugt sind, daß jedes selbständige politische
Volk ein Recht auf sich selbst besitzt.“

Aber jene Erklärung enthält nichts, was den Äußerungen
des Reichskanzlers widerspricht, die sich auf das Schicksal der
Polen, Balten, Litauer und Letten beziehen. Denn man kann
nicht behaupten, daß die Polen, Balten, Litauer und Letten bisher
„politisch selbständige und an Selbständigkeit gewöhnte Völker“
gewesen sind. Für diese Volksmassen bedeutete das Schicksal, das
Herr v. Bethmann Hollweg ihnen verkündigt, nicht eine Unter-
drückung, sondern einen Aufstieg aus der Unterdrückung heraus.“

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
im Einzelverkauf
vom grossen Fabriklager ab.
Verkaufszeit 10-6. Sonnabends 10-8. Sonntags 12-2.
Molkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

Grolange Vorrat reicht
liefert die
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Seyer, G., Im Pharaonenlande (Ägypten). Reisebeschreibungen aus Ägypten. Statt Gebd. (M. 6,—) für M. 1,50

Dorn, J., Der Weltverkehr und die Seehäfen Ostens, Afrikas, Americas und Australiens. Mit 75 Illustrationen und 79 Plänen. Statt Gebd. (M. 20,—) für M. 3,—
Reben geographisch-historischen Angaben über die Haupthandelsplätze der Welt gibt das Buch auch eine Schilderung ihrer Entwicklung, ihrer hauptsächlichsten Industrien und Handelsartikel.

Frischer, Dr. A., Antarktis. Die Erforschung des Südpolargebietes. Mit zahlreichen Illustrationen und Karten. Statt Gebd. (M. 6,50) für M. 1,50

Schmann, V., Länder- und Völkertunde. 2 Bände, reich illustriert. Statt (M. 18,—) für M. 8,—

Maspero, G., Ägypten und Assyrien. Geschichtliche Erzählungen für Schule und Haus. Deutsch von D. Virnbäum. Mit 190 in den Text gedruckten Abbildungen. Statt Gebd. (M. 3,—) für M. 1,50

Seler, Dr. G., Reisebriefe aus Mexiko. Mit Illustrationen. Statt Gebd. (M. 6,—) für M. 2,—

Loti, Pierre, Gen Ispahan (Persien). Eine Reisebeschreibung. Statt (M. 3,—) für M. —,50

Wereshifshagin, W., Selbstbiographien unbedeutender Leute. Erzählungen aus dem russischen Volksleben. Statt Gebd. (M. 2,—) für M. —,50

Hesse-Wertegg, Schantung und Deutsch-China. Mit 145 Bildern, 27 Tafeln, 6 Beilagen und 3 Karten. Statt M. 18,— für M. 6,—

Kirchner, J., Die Darstellung des ersten Menschenpaares in der bildenden Kunst, von der ältesten Zeit bis auf unsere Tage. Mit 105 in den Text gedruckten Abbildungen. Statt Gebd. (M. 12,50) für M. 5,—

Marshall, Dr. W., Charakterbilder aus der heimischen Tierwelt. Statt Gebd. (M. 6,—) für M. 1,50
Ein reich illustriertes und gut ausgestattetes Buch. Marshall ist bekannt als ausgezeichnete Kenner der Tierwelt.

Robert, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit 12 Tafeln und vielen Textillustr. Statt Gebd. (M. 20,—) für M. 6,—

Schulze, Prof. Dr. F. B., Die physikalischen Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der Wissenschaft. Mit 418 Holzschnitten, 15 großen Abbildungen und 8 Buntdruckarten. Statt Gebd. (M. 12,—) für M. 3,50

Zimmermann, Dr. W. F. A., Handbuch der Physik. Statt (M. 10,—) für M. 3,50

— Pflanze, Tier und Mensch. (M. 10,—) 8,50
Die Zimmermannschen, von berühmten Hochleuten auf die Gegenwart weitergeführten populärwissenschaftlichen Werke erfreuen sich seit Jahrzehnten einer gleichmäßigen Beliebtheit.

Osterweine Santa Lucia
Berantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutlitz. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionspaltung.

Eine stark besuchte Kreisokonferenz des vierten Berliner Reichstagswahlkreises nahm mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit nachstehende Resolution an:

Die von 295 Funktionären besuchte Kreisokonferenz des vierten Berliner Reichstagswahlkreises schließt sich der am 31. März 1916 vom Zentralvorstand für Groß-Berlin angenommenen und am 2. April im „Vorwärts“ veröffentlichten Resolution vollständig an.

Die Kreisokonferenz des vierten Berliner Reichstagswahlkreises hat mit Unterstützung von dem gemeinsamen Aufruf des Parteivorstandes, Parteiausschusses und des Vorstandes der Reichstagsfraktion Kenntnis genommen.

Der Aufruf droht unter dem Vorgeben, für die Einheit der Partei zu wirken, Schritte an, die die Verführung der Einheit und Geschlossenheit der Partei und der Arbeiterklasse zur Folge haben müssen.

Die Kreisokonferenz erklärt, daß wenn der Parteivorstand die im Aufruf angedrohten Schritte unternehmen oder dulden sollte, sie zu Gegenmaßnahmen gezwungen wäre.

Mit derselben erdrückenden Mehrheit gelangte auf der Konferenz auch die nachstehende Resolution zur Annahme:

Die Druckerei des „Vorwärts“ hat es abgelehnt, den „Vorwärts“ so zu drucken, wie es die Redaktion angeordnet hatte; die Druckerei hat auf Weisung des Genossen Fischer und des Parteivorstandes es abgelehnt, die Erklärung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ an der Spitze des Blattes oder einer anderen hervorragenden Stelle zum Abdruck zu bringen, vielmehr die Erklärung gegen die Anordnung der Redaktion an verstedter Stelle zum Abdruck gebracht und sogar die in Druck gegebene Form der Erklärung geändert.

Die Kreisokonferenz protestiert auf das entschiedenste gegen dies dem Organisationsstatut, dem Recht der Berliner Genossen und der Redaktion ins Gesicht schlagende Vorgehen und verlangt von den Mitgliedern der Pressekommision, daß sie diese Maßnahmen mißbilligt und einer Wiederholung ähnlicher Maßnahmen vorbeugt, sowie der Druckerei, insbesondere dem Genossen Richard Fischer, verbietet, in die Rechte der Redaktion einzugreifen und von der Druckerei verlangt, daß sie ihrer Verpflichtung entsprechend aufnimmt, was und wie die Redaktion es bestimmt.

Die Kreisokonferenz erwartet von der Redaktion des „Vorwärts“, daß sie den von ihr bisher unter wiederholter ausdrücklicher Billigung der Berliner Organisationen, sowohl der Kreisgeneralversammlungen als des Groß-Berliner Zentralvorstandes vertretenen grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt auch künftig nachdrücklich vertritt. Sie erwartet insbesondere von den Mitgliedern der Pressekommision, daß sie die Redaktion in dieser Beziehung mit aller Entschiedenheit unterstützt und allen Versuchen, der Redaktion Schwierigkeiten zu bereiten, mit äußerster Energie entgegentritt.

Zugleich verpflichtet die Konferenz ihre Vertreter in der Pressekommision, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit jeder künftige Eingriff in die Rechte der Redaktion, in die redaktionelle, sowohl textliche als auch technisch-formale Gestaltung des „Vorwärts“, insbesondere seitens des Geschäftsführers des „Vorwärts“, völlig ausgeschlossen ist.

Die heutige Kreisokonferenz verlangt die sofortige Einberufung einer Verbandsgeneralversammlung des Groß-Berlin zwecks Stellungnahme zu den Maßnahmen des Parteivorstandes und deren Folgen und zwecks Neuwahl des Vorstandes für Groß-Berlin.

Eine von 303 Funktionären besuchte Kreisokonferenz des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises nahm nach einem Referat und Korreferat der Genossen Ledebour und Koska Stellung zur Fraktionspaltung. Nach längerer Diskussion wurde die Entschließung des Berliner Zentralvorstandes mit 254 gegen 18 Stimmen bei 31 Stimmenthaltungen angenommen.

Deshalb gelangte auch der nachfolgende Antrag gegen einige Stimmen zur Annahme:

Die Druckerei des „Vorwärts“ hat es abgelehnt, den „Vorwärts“ so drucken zu lassen, wie es die Redaktion angeordnet hatte.

Die Druckerei hat mit Weisung des Genossen Richard Fischer und des Parteivorstandes es abgelehnt, die (zweite, D. Red.) Erklärung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ an der Spitze des Blattes oder einer anderen hervorragenden Stelle zum Abdruck zu bringen; vielmehr die Erklärung gegen die Anordnung der Redaktion an verstedter Stelle zum Abdruck gebracht und sogar die in Druck gegebene Form der Erklärung geändert.

Die Kreisokonferenz protestiert auf das entschiedenste gegen dies dem Organisationsstatut, dem Recht der Berliner Genossen und der Redaktion ins Gesicht schlagende Vorgehen und verlangt von den Mitgliedern der Pressekommision, daß sie die Maßnahmen mißbilligt, einer Wiederholung ähnlicher Maßnahmen vorbeugt und der Druckerei, insbesondere dem Genossen Richard Fischer verbietet, in die Rechte der Redaktion einzugreifen, und von der Druckerei verlangt, daß sie ihrer Verpflichtung entsprechend aufnimmt, was und wie die Redaktion es bestimmt.

Zu diesen von den Kreisokonferenzen des 4. und des 6. Berliner Reichstagswahlkreises angenommenen Resolutionen sendet uns der Parteivorstand folgende Erklärung:

Nach dem Organisationsstatut der Partei ist der „Vorwärts“ das Zentralorgan der Partei. Als solches hat er der Einheit und Geschlossenheit der Partei zu dienen. Aus seinen Spalten hat deshalb alles fernzubleiben, was die Parteizerrüttung fördert, denn es muß verhindert werden, daß die Arbeiterinteressen schwer schädigende Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Spaltung der Partei führt. Von diesen Grundsätzen ausgehend hat der Parteivorstand folgende Beschlüsse gefaßt und der Redaktion des „Vorwärts“ mitgeteilt:

„Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer vom 30. März 1916 an der Spitze des Blattes einen Aufruf der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“.

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, gegen dieses Verfahren Einspruch zu erheben. Das Organisationsstatut der Partei kennt nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sonderorganisationen werden von dem Organisationsstatut der Partei nicht als gleichberechtigt anerkannt. Die Gruppe der 15 hat deshalb kein Recht, sich an der Spitze des Zentralorgans mit Aufrufen an die Parteigenossen zu wenden.

Wenn die Redaktion des „Vorwärts“ von Kundgebungen dieser Gruppe Notiz nehmen will, so kann sie dieselben im politischen Teile des Blattes registrieren.

„Der „Vorwärts“ hat, da er das Zentralorgan der Partei ist, aus jedem Spalten alles fernzuhalten, das geeignet

ist, die Parteizerrüttung zu fördern und damit auch das „Vorwärts“-Unternehmen zu schädigen.“

Der Parteivorstand hat gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß diese für die Tätigkeit des Zentralorgans der Partei eigentlich selbstverständlichen Beschlüsse auch durchgeführt werden. Der Parteivorstand hat damit durchaus im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt, denn die Wahrung der Einheit der Partei ist in dieser für die Partei so schweren Zeit die wichtigste organisatorische Aufgabe, die der Parteivorstand zu erfüllen hat.

Der Verlag des „Vorwärts“ erklärt:

Für den Verlag des „Vorwärts“ sind die gleichen Gründe maßgebend gewesen; daher hat er die Maßnahmen des Parteivorstandes zur Durchführung zu bringen.

Die Redaktion beschränkt sich für heute darauf, den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen, in welcher Weise der Parteivorstand „im Rahmen seiner Befugnisse“ handelt und mit welcher eigenartigen Methoden er die Parteizerrüttung verhüten will. Die in der Erklärung des Parteivorstandes angeführte erste Mitteilung an die Redaktion ging der letzteren am 30. März zu. Die Redaktion vertritt in ihrer Konferenz in Bezug auf die Kundgebung des Parteivorstandes den Standpunkt, daß der Parteivorstand auf Grund des § 24 des Organisationsstatutes wohl berechtigt sei, für seine Kundgebungen und Erklärungen eine hervorragende Stelle des „Vorwärts“ zu beanspruchen, — ein Recht, das ihm die Redaktion auch niemals freiwillig gemacht hätte und niemals freiwillig machen wird. Darüber hinaus aber müßte die Redaktion volles Verfügungsrecht über Text und Raum des Blattes haben.

Am Morgen des 31. März veröffentlichte der „Vorwärts“ eine in überaus scharfer Sprache gehaltene Erklärung des Parteivorstandes gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Im Laufe des Tages ging als Antwort von dieser Arbeitsgemeinschaft eine bei weitem kürzere und auch in ihrem Tone sehr ruhig gehaltene Erklärung ein. Die Redaktion beschloß, diese Erklärung an derselben Stelle zu geben, an der der Angriff gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erfolgt war. Nachgehend war für die Redaktion, daß die 18 Genossen, die der Arbeitsgemeinschaft angehören, vollberechtigte Parteimitglieder sind, daß sie in allen ihren bisherigen Kundgebungen den Grundsatz der Parteieinheit streng beibehalten haben und daß vor allem unter ihnen sich Abgeordnete der vier größten Berliner Wahlkreise befinden, die natürlich daran ein Interesse haben müßten, ihre Stellungnahme den Genossen und Wählern ihrer Kreise zur Kenntnis zu bringen. Die Erklärung sollte auf Anordnung der Redaktion in der Form gebracht werden, daß das Wort Erklärung als Überschrift in fettem Druck stehen sollte, als Unterschrift aber „Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“.

Am Abend des Tages (Freitag, den 31. März) fand eine Sitzung des Berliner Zentralvorstandes statt, an der u. a. auch die Genossen Fischer und Braun und eine Anzahl Redaktionsmitglieder teilnahmen. Obwohl die beiden genannten Genossen in dieser Sitzung die Redaktionsmitglieder, vor allem auch den Genossen Däumig, gesehen haben, ist von ihnen irgendeine Mitteilung nicht gemacht worden. Als die Sitzung zu Ende war, begab sich unser Kollege Däumig wieder in die Redaktion, um an der Fertigstellung des Blattes zu arbeiten. Gegen 11 Uhr ließ er den Faktor der Druckerei zu sich kommen, um, wie es täglich geschieht, mit ihm die Zusammenstellung des Blattes zu besprechen und die Reihenfolge der Notizen und Artikel anzugeben. Als dabei unser Kollege Däumig die Titel der Notizen, die für die erste Hauptblatseite in Betracht kamen, niederschrieb und als erstes den Titel „Erklärung“, wurde er vom Faktor durch die Mitteilung überrascht, daß er von seinem Arbeitgeber und Vorgesetzten Fischer den Auftrag erhalten habe, unter keinen Umständen zuzulassen, daß die Redaktion eine Erklärung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an hervorragender Stelle gebe. Auf den Einwand Däumigs, daß über Raum und Text des Blattes die Redaktion allein zu verfügen habe, erklärte der Faktor, daß er zu seinem Bedauern eine Auseinandersetzung darüber ablehnen müsse; er sei verpflichtet, den Anweisungen seines direkten Vorgesetzten Fischer nachzukommen. Als Däumig in aller Form ihn nochmals fragte, ob er als Faktor trotz des formalen Befehls der Redaktion, die Erklärung an die angegebene Stelle zu setzen, im technischen Betriebe die Durchführung dieser Anweisung verhindern werde, wurde ihm sofort erklärt, daß er das seinen Anweisungen gemäß unter allen Umständen tun müsse. Däumig erkundigte sich darauf nach dem genaueren Inhalt der Instruktionen, die dem Faktor zuteil geworden seien. Es wurde ihm erwidert, daß eine Erklärung allein unter keinen Umständen aufgenommen werden dürfe; würde sie mit einer redaktionellen Einleitung gegeben, so stände ihrer Aufnahme nichts im Wege. Däumig entschloß sich darauf, der Erklärung folgende redaktionelle Einleitung zu geben:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sendet uns mit der Bitte um Abdruck folgende . . .“

— und nun sollte also die Erklärung kommen, das Wort „Erklärung“ als selbständige Überschrift.

Der Faktor meinte, daß er in dieser Form seinen Instruktionen gemäß die Erklärung wohl aufnehmen könne. Nach 10 Minuten erschien er aber wieder bei Däumig und teilte ihm mit, daß die Last der Verantwortung für ihn in dieser Sache doch zu groß sei und daß er daher den Genossen Fischer von der Angelegenheit unterrichtet habe; Genosse Fischer werde gleich selbst in die Redaktion kommen. Es dauerte auch nur wenige Minuten, und die Genossen Fischer und Braun erschienen in Däumigs Zimmer. Sie erklärten ihm, daß sie unter keinen Umständen die Erklärung an erster Stelle des „Vorwärts“ zulassen würden, und als Genosse Däumig sie fragte, mit welchem Rechte sie sich einen derartigen Eingriff in das Verfügungsrecht der Redaktion anmaßen, erklärte der Genosse Braun, daß auf Grund des § 24 des Organisationsstatutes allein der Parteivorstand das Recht habe, seine Kundgebungen an dieser Stelle zu bringen. Auf den Einwand des Genossen Däumig, daß davon im Organisationsstatut nicht das mindeste enthalten sei und daß die Redaktion sich unter allen Umständen das freie Verfügungsrecht über Raum und Text des Blattes vorbehalten müsse, wurde ihm erklärt, daß das nicht die Auffassung des Parteivorstandes sei und daß man mit allen Mitteln verhüten werde, daß die Erklärung in dieser Form und an dieser Stelle erscheine. Genosse Däumig wandte sich dann mit der formellen Frage an den Geschäftsführer Fischer, ob er das ihm unterstehende technische Personal anweisen werde, den Anordnungen der Redaktion nicht nachzukommen, wurde ihm geantwortet, daß er (Fischer) allerdings diese Anweisung geben werde. Unser Kollege Däumig verzichtete auf weitere Auseinandersetzungen mit den beiden Genossen und erklärte ihnen, daß er ihr Vorgehen als einen unerhörten Gewaltstreich, und die Art, wie es durchgeführt werde, als eine im höchsten Maße illegale Bezeichnung müsse, worauf die Genossen Braun

und Fischer das Zimmer verließen. Genosse Däumig ließ darauf den Faktor wiederum zu sich kommen und ordnete an, da ihm die technische Möglichkeit entzogen war, die Erklärung an erster Stelle zu bringen, diese an die Spitze der zweiten Hauptblatseite zu setzen. Der Faktor erwiderte darauf, es tue ihm leid, aber die Erklärung dürfe auch an dieser Stelle nicht stehen. Nach Anweisung des Genossen Däumig sollte dann die Erklärung auf die dritte Hauptblatseite vor die letzten Nachrichten gestellt werden. — Als dann nach Zusammenstellung der 8. Hauptblatseite dem Genossen Däumig ein Abzug gebracht wurde, sah er, daß an der Erklärung redaktionelle Änderungen vorgenommen waren, die nicht von ihm ausgingen. Das Wort „Erklärung“, das in fetter Schrift in der Mitte als Überschrift stand, war in einfacher Schrift in die vorhergehende Zeile aufgenommen worden, und die Unterschrift „Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ war vollständig getrichelt. Auf die Frage Däumigs, wer sich auf diese Weise einen Eingriff in die redaktionelle Tätigkeit erlaubt hätte, wurde ihm vom Faktor erwidert, daß dies vom Genossen Fischer geschehen sei.

Am Sonnabend, den 1. April, erhielt die Redaktion vom Parteivorstand die zweite schriftliche Mitteilung, die oben in der Erklärung des Parteivorstandes enthalten ist, wonach der „Vorwärts“ alles das fernzuhalten habe, das geeignet sei, die Parteizerrüttung zu fördern usw. Die Redaktion konnte zunächst mit dieser Erklärung nicht viel anfangen, denn sie war sich bewußt, daß sie nichts getan habe und nichts tun werde, was die Parteizerrüttung fördern könnte. Eine Aufklärung über den tieferen Sinn dieser Parteivorstandserklärung erfolgte weder am Sonnabend noch am Sonntag. Dafür wurde aber am Montag der Redaktion um 10 Uhr, was der Parteivorstand mit seiner laienmäßigen Erklärung beabsichtigt hatte.

Die Redaktion wollte am Montagabend einen Leitartikel von Eduard Bernstein mit dem Titel „Was die Kinderheit eint“ geben. Gegen 9 Uhr abends schrieb Genosse Däumig auf die Fahne dieses Artikels die Anweisung für die Setzerei: „Als Leitartikel“. Die Fahne war noch nicht 5 Minuten in der Setzerei, als die Tür zu Däumigs Zimmer aufging und das Parteivorstandsmitglied Hermann Müller bei ihm eintrat. — „Sie wollen diesen Bernstein-Artikel als Leitartikel geben?“ — „Ja wohl.“ — „Ich erhebe ganz entschieden Protest dagegen.“ — „Warum?“ — „Der Artikel ist durch und durch verlogen, vor allen Dingen der Paßus über die U-Bootresolution. Wenn Sie den Artikel bringen, verlange ich, daß Sie die Resolution der Budgetkommission über den U-Bootkrieg darunter abdrucken und daß Sie sich verpflichten, daß morgen eine Erwiderung auf diesen Artikel aufgenommen wird.“ — Däumig erwiderte, daß er sich zu nichts verpflichte und daß Müller sehr wohl wisse, daß in diesen Fragen nicht ein einzelner Redakteur, sondern die auf demokratischer Grundlage organisierte Gesamtkommission zu entscheiden habe. Er werde einen anderen Leitartikel geben, von dem er allerdings auch nicht wisse, ob er die Zustimmung Müllers finden werde. Müller erwiderte, daß er ihn schon kenne und daß darauf Cunow schon erwidern werde. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung zwischen Müller und Däumig erklärte ersterer noch, daß der Parteivorstand rücksichtslos vorgehen werde und unter allen Umständen diesem parteizerrüttenden Treiben ein Ende machen wolle. Sie würden die Verantwortung vor dem Parteitag zu tragen wissen, sie ständen dafür ein mit ihrer Person und sind bereit, die Konsequenzen zu tragen. Als Müller sich entfernte hatte, ließ Däumig den Faktor kommen und fragte ihn, wie es möglich sei, daß eine der Setzerei gegebene redaktionelle Anordnung schon nach wenigen Minuten Personen bekannt sei, die mit dem redaktionellen und technischen Betriebe der Zeitung nichts zu tun haben, wurde ihm folgendes erklärt:

Seit Sonnabend abend ist (also ohne vorherige Verständigung der Redaktion und der Pressekommision [Die Red.]) im Bureau des Geschäftsführers Fischer ein Mitglied des Parteivorstandes anwesend und die Setzerei hat die Aufgabe, jede Fahne dem Parteivorstandsmitglied vorzulegen. Die Setzerei ist ferner angewiesen, den Beschlüssen dieses Parteivorstandsmitgliedes nachzukommen, wenn es die Aufnahme irgendeiner Notiz verbietet.

Die Redaktion hat von diesen Vorgängen sofort der Pressekommision Mitteilung gemacht, und da am Montag in einzelnen Kreisen Kreisokonferenzen stattfanden, ist dort zu diesen Vorgängen Stellung genommen worden. Der 4. und 6. Wahlkreis nahm in zwei Resolutionen entschieden Stellung gegen dieses Vorgehen des Parteivorstandes. Der Wortlaut dieser Resolutionen ging am Dienstag der Redaktion zu und sollte in der am Mittwoch früh erscheinenden Nummer veröffentlicht werden, wobei allerdings der Text der Resolution des 4. Kreises erst gegen 11 Uhr abends in die Hände der Redaktion gelangte. Dienstag abend gegen 10 Uhr kam der Genosse Müller zu Däumig mit den Abzügen der Resolution des 6. Kreises und denen einer Notiz aus dem „Völkischer Volksblatt“, in der nach der „Vergischen Arbeiterstimme“ die Vorgehensweise der Duisburger Redakteure mitgeteilt wurde. Genosse Müller erklärte, daß er die Veröffentlichung der Resolution des 6. Kreises, soweit sie sich auf die Vorgänge in der Redaktion des „Vorwärts“ bezieht, nicht zulasse. Erst müsse eine Erklärung des Parteivorstandes und der Geschäftsleitung darunter kommen. Die Duisburger Meinung lasse er nicht zu, weil das Parteivorstandsmitglied Braun erst von Duisburg zurück sein müsse, um eine offizielle Darstellung der dortigen Vorgänge zu geben. Genosse Däumig sagte Müller, daß er keine Veranlassung habe, diese Notizen zurückzugeben. Aber da infolge dieses Eingriffes des Parteivorstandes der Redaktion das technische Verfügungsrecht genommen sei, so müsse er dem Genossen Müller überlassen, zu tun, was er für richtig halte. Genosse Müller hat dann auch der Setzerei Anweisung gegeben, daß die beiden erwähnten Notizen herausblieben. Ebenso ist auf seine Anordnung die erst später gefasste Resolution des 4. Wahlkreises herausgeblieben.

Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr brachte der Genosse Müller der Redaktion die obenstehende Erklärung des Parteivorstandes und der Geschäftsleitung. Die Redaktion, der von Däumig Mitteilung gemacht worden war, daß eine solche Erklärung erscheinen werde, hatte in ihrer Konferenz beschlossen, daß diese Erklärung erst gebracht werden solle, wenn die Gesamtkommission dazu Stellung genommen hätte. Da das um 10 Uhr nicht mehr möglich war, konnte Däumig die Erklärung nicht geben, worauf Müller erklärte, daß dann auch die Resolutionen noch einmal zurückbleiben müßten.

Das sind Tatsachen, die dartun, wie der Parteivorstand seine Aufgabe, die Partei vor Zerrüttung zu bewahren, in der Praxis durchführt. Wie er diese Maßnahmen mit den in unserer Partei bisher üblichen Grundsätzen redaktioneller Unabhängigkeit und dem Prinzip der Meinungsfreiheit, auf die wir bisher so stolz waren, vereinbaren will, ist Sache des Parteivorstandes. Wir werden an anderer Stelle und zu anderer Zeit uns mit ihm über diese Gegenstände auseinandersetzen. Wir überlassen es getrost den Genossen, sich auf Grund dieser Vorgänge ein eigenes Urteil über diese neuesten Methoden zur Wahrung der Parteieinheit zu bilden.

Redaktionswechsel in der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“

Die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“, die bekanntlich zu den Blättern der äußersten Linken gehört, teilt mit: Die Genossen Minister und Schoch sind am 3. April aus der Redaktion unseres Blattes ausgeschieden. Ab 4. April werden auf Veranlassung des Parteivorstandes die Redaktionsgeschäfte von dem Genossen Polorny aus Düsseldorf geleitet.

Ergänzend zu dieser Mitteilung schreibt die „Erfelder Freie Presse“:

Den Kollegen von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ ist in folgender Form gekündigt worden: der Parteivorstand forderte den Geschäftsführer der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, Genossen Müller, telefonisch auf, den Redakteuren Minister und Schoch zum 30. Juni 1916 zu kündigen. Dem kam der Geschäftsführer nach. Gründe wurden nicht angegeben. Die Bekanntgabe dieser Maßregel in der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ wurde von dem Geschäftsführer verhindert, der zu dem Zweck einen Eingriff in die redaktionelle Arbeit vornahm, wobei er erklärte, er handle auf Anweisung des Parteivorstandes, der ein Mitglied zur endgültigen Regelung der Angelegenheit entsenden werde. Dies ist inzwischen, am Montag, geschehen. Nachmittags gegen 6 Uhr erschien Genosse Otto Braun vom Parteivorstand in der Redaktion der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ und forderte die Redakteure auf, ihre Stellungen sofort zu verlassen. Genosse Braun teilte auch mit, daß Genosse Franz Polorny, bisher Redakteur am sozialdemokratischen Bureau für Rheinland-Westfalen, die Stelle der hinausgewiesenen Redakteure einnehmen werde.

Soweit die tatsächlichen Vorgänge, die in der Parteigeschichte wohl kaum ihresgleichen haben. Nach unseren Informationen sind die örtlichen Instanzen: Prekominmission, Firmenträger, Kreisvorstand, mit der Angelegenheit nicht befaßt worden. Soviel für heute. Ueber den Fall wird wohl noch weiter geredet werden müssen.

Auch die übrigen westdeutschen Parteiblätter halten noch mit ihrem Urteil zurück, bis genauere Meldungen vorliegen.

Das Bochumer „Volksblatt“ hatte allerdings schon vorher versucht, den Parteivorstand durch nachfolgende Notiz in Zeitdruck zu setzen. Es schrieb:

„Wir fordern den Parteivorstand auf, dafür zu sorgen, daß die Parteiorganisationen dieser Orte (gemeint ist Duisburg und Braunschweig, Red. d. B.) Gelegenheit finden, sich zu diesem Sachverhalt zu entscheiden. Erkennen die Organisationen dieser Orte in Uebereinstimmung mit ihren Parteiblättern die Sonderkonferenz mit ihrem Sonderprogramm als für sie maßgebend an, dann können sie nicht mehr als Organisationsstelle der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihre Blätter nicht mehr als Parteiblätter anerkannt werden.“

Wollen wir nicht eine unheilbare Verwirrung in der Partei einleiten lassen, aus der sich kein Mensch mehr herausfindet, dann müssen jetzt die maßgebenden Organe der Partei den Kopf oben behalten und für klare Entscheidungen sorgen.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt zu der Entlassung:

Der Parteivorstand hat sich also den Gewaltstreich des württembergischen Landesvorstandes gegen das Stuttgarter Parteiblatt zum Muster genommen. Gestützt auf seinen Geldbeutel — der freilich so gut der Geldbeutel der Mehrheit wie der der Minderheit ist, aber sich in der Gewalt der Mehrheit befindet —, wirft er die oppositionellen Redakteure aus der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ hinaus, ohne die Genossen des Verbreitungsbezirks des Blattes um ihre Meinung zu fragen. Dabei ist hundert gegen eins zu wetten, daß die Genossen des Wahlkreises Duisburg in ihrer Mehrheit auf der Seite der beiden gemäßigtesten Redakteure bzw. der Opposition stehen. Deswegen hat man sie bzw. ihre Vertretungen, den Vorstand der Wahlkreisorganisation und die Prekominmission, wohl auch nicht erst gefragt. Den Genossen soll eine neue Redaktion aufgebracht werden, die ihnen die richtige Stimmung beibringen soll. Wenn sie dann diese richtige Stimmung haben, dann wird der Parteivorstand ihnen wahrscheinlich die Gelegenheit geben, ihre Zustimmung zu seinem Staatsstreich zu erklären.

Das Wesentliche ist die Vergewaltigung einer ganzen Parteimitgliedschaft durch den Parteivorstand kraft seiner Finanzmacht. Und die Aufklärung, die der Vorgang über die Art verbreitet, wie der Parteivorstand seinen Kampf gegen die Opposition zu führen gedenkt. Er will die brutale Gewalt anwenden.

Dah diese Methode die Zerstückung, die Spaltung der Partei in die gefährlichste Nähe rückt, ist für jeden denkenden Mann. Der Parteivorstand weiß es so gut wie wir. Es bleibt also nur noch die Frage: Was bezweckt er mit dieser Spaltungspolitik? Wir können uns nichts anderes denken, als daß er die Opposition zu Gegenmaßnahmen nach Stuttgarter Muster provozieren will, zur Einstellung der Zahlung an die Parteizentralkasse und damit zum formellen Austritt aus der Parteiorganisation! Dann wäre er nämlich die Opposition aus der Parteiorganisation los, dann könnte sie auf dem nächsten Parteitag nicht mehr vertreten sein, könnte sie die Entscheidungen des künftigen Parteitags nicht mehr direkt beeinflussen!

Der Plan ist dümm, aber pfiffig! Wir müssen den Parteivorstand nach seinen bisherigen Leistungen leider solcher Mühsal für fähig halten. Und unser Rat an die oppositionellen Genossen geht deshalb dahin: Laßt euch nicht provozieren! Bleibt in der Organisation und erfüllt eure Parteipflicht!

Zum Redaktionskonflikt in Duisburg leit und der Parteivorstand mit:

Die Redakteure Minister und Schoch haben seit Monaten in der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ alles unternommen, was die Politik der Reichstagsfraktion gerechtfertigt erscheinen lassen könnte. Sie stellten das Blatt vielmehr in den Dienst jener Gruppe der Parteioption, von der vor kurzem der Braunschweiger „Volksfreund“ schrieb, daß sie sich auf einer aus allen Teilen des Reiches beschickten Konferenz ein eigenes Programm gegeben hätte und sich bei ihrer politischen Betätigung durch nichts als durch dieses Programm gebunden erachte. Auch wirkten die Redakteure für die Verbreitung von Beitragsmarken dieser Sonderorganisation, deren Treiben eine Zerrüttung und schließlich Spaltung der Partei herbeiführen muß.

Als dann am 20. März d. J. in einer Parteiversammlung der Filiale Duisburg-Wülheim-Oberhausen dieses parteischädigende Treiben besprochen und vor dem Kauf der Marken dieser Sonderorganisation gewarnt wurde und daraufhin der Vorsitzende der Organisation einen kurzen, nach Form und Inhalt einwandfreien Bericht über diese Versammlung der Redaktion einsandte, lehnte diese ohne triftigen Grund den Abdruck dieses Berichts ab. Zum Schutze ihrer parteizerrüttenden Sonderbestrebungen mißbrauchten sie auch die Redakteure ihre Befugnis und unterdrückten eine Rundgebung für die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die von einer Parteiorganisation des Verbreitungsbezirks der Zeitung ausging.

Diesem verbrecherischen Treiben, durch das nicht nur die Parteiorganisation untergraben, sondern auch das mit Mitteln der Hauptkassette errichtete Zeitungsunternehmen auf das schwerste gefährdet wurde, mußte ein Ende gemacht werden.

Der Parteivorstand, der sich bei Gründung des Geschäfts entscheidendes Mitspracherecht vorbehalten hat, veranlaßte daher die Kündigung der Redakteure zum 1. Juli d. J.

Da nach der Zustellung der Kündigung die gekündigten Redakteure weiter das Blatt zu persönlichen Zwecken mißbrauchten, in einer die Leser irreführenden Notiz die Kündigung besprechen wollten, kam es zwischen ihnen und der Geschäftsleitung die auf Veranlassung des Parteivorstandes den Abdruck der Notiz verweigerte, zu Austritten, die erkennen ließen, daß ein weiteres Verbleiben der beiden Redakteure in der Redaktion zu einer schweren Schädigung des Blattes führen würde. Um das zu verhüten, wurden sie nunmehr unter Zusage ihrer Gehalts bis zum Ablauf der Kündigungszeit sogleich ihrer Stellung enthoben, und der Genosse Polorny aus Düsseldorf mit der Erledigung der Redaktionsgeschäfte vorläufig betraut.

Da im Interesse der Zeitung schnell gehandelt werden mußte, konnte die Prekominmission vorher nicht gehört werden. Der Parteivorstand wird sich später mit ihr wie mit den Organisationen des Verbreitungsbezirks der Zeitung ins Benehmen setzen. Die Genossen werden dann erkennen, daß der Parteivorstand nicht anders handeln konnte, als wie er in pflichtgemäßer Erfüllung seiner Aufgaben gehandelt hat. Denn seine vornehmste Aufgabe ist die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren. Diese aber wurde durch die beiden entlassenen Redakteure auf das schwerste gefährdet, indem sie für eine gegen die Partei gerichtete Sonderorganisation mit eigenem, von unserm Parteiprogramm abweichendem Programm wirkten. Da sie zur Förderung dieser ihrer parteizerrüttenden Bestrebungen auch das ihnen anvertraute Blatt mißbrauchten, mußten sie von ihrem verantwortlichen Posten in der Redaktion entfernt werden.

Etatsberatung

in der Budgetkommission des Reichstags.

(Sitzung vom 6. April.)

Direktor im Reichsjustizamt Dr. Delbrück gibt bei der Beratung des Justizetats eine Uebersicht über die Tätigkeit der Gerichte während des Krieges. Bei den Landgerichten ist eine merkliche Verminderung der Geschäfte nicht eingetreten. Die Amtsgerichte haben 2.300.000 Zahlungsbefehle und zirka 1.500.000 Versäumnisurteile erlassen. Die Entlastungstabelle bedeutet keine Schlechterstellung der Rechtsanwälte. Die schlechte Lage der Rechtsanwälte hat ihren Grund in der allgemeinen Situation. Man darf dabei auch nicht bloß an die Interessen der Rechtsanwälte denken, sondern auch an die Bedürfnisse des Publikums. — Staatssekretär Dr. Visco bittet dringend, den Antrag, die Entlastungsverordnung aufzugeben, nicht anzunehmen.

Mittlerweile ist ein Antrag des Abg. von Caffer eingegangen, der die Regierung ersucht, nach Anhörung von Sachverständigen eine Durchsicht der Entlastungsverordnung herbeizuführen, durch welche die jutage getretenen Bedenken beseitigt werden. — Abg. von Caffer weist gegenüber den Klagen der Rechtsanwälte darauf hin, daß die als Soldaten eingezogenen Rechtsanwälte noch schlimmer daran sind, denn sie haben gar kein Einkommen. — Abg. Flieger (Ztr.) hebt hervor, daß die Gerichte ganz überflüssig dadurch belastet wurden, daß unter dem Belagerungszustand reine Bagatelldachen den Strafammern überwiesen wurden. Warum hat man nur die Anwalts- und nicht auch die Gerichtsgebühren herabgesetzt? — Abg. Dr. Cohn (Soz. Arbeitg.) wendet sich gegen die Anträge der übrigen Parteien, weil er gegen jede Beschränkung der Beratung sei.

Bei der Abstimmung wird ein Antrag angenommen, der eine Abänderung der Bundesratsverordnung dahingehend verlangt, daß die Rechtsanwaltskosten in Privatklagen wieder erstattet werden können. Abgelehnt gegen die Stimmen des Antragstellers und des Vertreters der Polen wird der Antrag Dr. Cohn, der die Aufhebung der Verordnung des Bundesrats zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 verlangt. — Vorher hatte Staatssekretär Visco zugesichert, daß den Wünschen der Rechtsanwälte nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll.

Damit ist der Justizetat erledigt; es folgt der Etat des Reichsschatzamt.

Der Referent fragt den Schatzsekretär, wie er sich zu den Beschlüssen der Steuerkommission über die Postgaben stelle, und ob es nicht angezeigt sei, eine Dreipennigmünze zu schaffen. — Staatssekretär Helfferich hofft, daß die Steuerkommission nicht auf ihrem Beschluß beharrt, weil das einen Ausfall von 40 Millionen Mark bedeuten würde. Eine Dreipennigmünze zu prägen sei nicht möglich.

Für die Reichsschatzamtungskommission, die mit der Festsetzung der Kriegsschäden beauftragt ist, müssen Räumlichkeiten beschafft werden, die einen Aufwand von etwa 70.000 Mk. erfordern würden. Es ist nun beabsichtigt, das feinsten für das Militärkabinett in Aussicht genommene Haus Viktoriastraße 34 zu diesem Zwecke auszubauen. Der Kostenaufwand beziffert sich auf 500.000 Mark. — Abg. Dr. Südekum empfiehlt diesen Vorschlag. Ausführlich ist aber festzustellen, daß dieses Haus später nur mit Zustimmung des Reichstages zu anderen Zwecken verwendet werden darf. — Dieser Ansicht treten Abg. Erzberger und der Schatzsekretär bei; die geforderte Summe wurde einstimmig bewilligt.

Beim Etat der Reichsschuld bemängelt Abg. Dr. Südekum, daß jetzt in der Zeit des Papiermangels immer noch daran festgehalten wird, die außer Kurs gesetzten Wertpapiere zu verbrennen und damit wertvollen Papierstoff zu vernichten. — Der Schatzsekretär sagt zu, in Erwägungen darüber einzutreten, ob sich ein anderes Verfahren ermglichen lasse.

Einstimmige Annahme fand der Antrag Bauer (Soz.), den Reichskongress zu ersuchen, der Abteilung „Widerrückführung“ des Reichskongresses aus vorhandenen Fonds eine angemessene Unterstützung zu gewähren.

Beim Pensionsfonds wurden die Verhandlungen abgeschlossen. — Die Kommission wird in ihrer nächsten Sitzung in die Beratung der Kriegsgewinnsteuer eintreten.

Aus Groß-Berlin.

Die Ermittlungen über den Mädchenmord.

Der unheimliche Leichenfund in Stettin ist noch nicht aufgeklärt. Die Leiche ist noch nicht bekannt. Die Leiche wurde gestern von 9 $\frac{1}{2}$ bis 2 Uhr in Stettin obduziert. Nach den Feststellungen, die hierbei gemacht wurden, muß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden haben. Daraus deuten besonders mehrere klaffende Wunden an den Händen. Die linke Hand ist fast ganz durchgeschnitten. Das Gesicht ist durch Stich- und Schnittwunden fast unkenntlich gemacht. Der Schädel weist verschiedene Verletzungen von Hieben auf. Der Hals ist bis auf den Wirbel durchgeschnitten. Diesen Schnitt hat aber der Mörder seinem Opfer wahrscheinlich erst nach dem Tode beigebracht. Er sollte ihm wohl das Einpacken der Leiche in den Korb erleichtern. Denn dieser Schnitt ermöglichte es ihm, den Kopf hintenüber zu biegen und so die Leiche auf dem Bauch in den Korb zu zwängen. Die Todesursache ist augenscheinlich Verblutung.

An den Händen der Ermordeten fand man einige Haare. Nach der vorläufigen Besichtigung ist anzunehmen, daß sie von dem Opfer selbst herrühren. Die Ermordete hat sie sich vermutlich im Todeskampf ausgerissen. Diese Haare werden einem Chemiker zu genauerer Untersuchung übergeben; ebenso Teile des Magens und andere Leichenteile, Schmutz der Fingernägel usw.

Bei dem hiesigen Polizeipräsidium haben sich gestern Angehörige von zwei Vermissten gemeldet, deren Verschwinden bisher noch nicht angezeigt war. Es werden wahrscheinlich noch mehr hinzukommen. Alle diese Leute werden ersucht, heute wieder zur

Kriminalpolizei zu kommen, um sich die Sachen der Ermordeten, die Kriminalkommissar Gennat aus Stettin mitbringt, anzusehen. Zur Beschreibung der Toten ist noch hinzuzufügen, daß sie vorn im Gesicht drei große Zahnlücken hat. Ihr Haar ist stark, lang und blond.

Der Korb mit dem unheimlichen Inhalt ist, wie wir mitteilten, um 9 Uhr 30 Minuten abends mit dem D-Zug in Stettin am 16. März angekommen. Wahrscheinlich ist er erst in den Nachmittagsstunden in Berlin auf dem Schlesischen Bahnhof aufgegeben worden. Die Leiche ist wohl auch erst kurz vor der Abfindung und bald nach der Ermordung des Mädchens in den Korb hineingepackt worden. Die Last ist so schwer, daß der Mörder den Korb wohl nicht allein getragen hat. Ob ihm nun jemand beim Tragen geholfen, oder ob er eine Pferdewagen, eine Kraftwagen, einen Handwagen oder sonst ein Fuhrwerk benutzt hat, ist Gegenstand der Nachforschungen. Für jeden Fingerzeig auch nach dieser, wie nach anderen Richtungen, wird eine Belohnung gezahlt. Es sei darauf hingewiesen, daß der Korb irgendwo fehlen wird, ebenso die Bett- und die Tischdecke, deren man sich leicht erinnern wird. Von Bedeutung ist auch jede Mitteilung über die Herkunft der Sissal-Hanfseil, die der Mörder wahrscheinlich für diesen besonderen Zweck gekauft. Die 7 Meter lange sechssträhniqe Schnur, die 5 Millimeter stark ist, kostet nach dem Urteil von Sachverständigen etwa 70 Pfennig.

Den weiteren Ermittlungen ist es gelungen, den Gepäckträger festzustellen, der am 16. März den Reiseford auf dem Stettiner Bahnhof zur Aufgabe angenommen hat. Er kann nicht sagen, wie der Aufgeber aussieht. Dieser hat ihn aber ohne Zweifel selbst herangebracht und nicht durch einen bahnamtlichen oder „wilden“ Gepäckträger heranbringen lassen. Hiernach ist der Korb wahrscheinlich auch nicht mit einer Drofschle nach dem Bahnhof befördert worden. Denn wenn Gepäck mit einer Drofschle kommt, so sind stets gleich die Gepäckträger bei der Hand, um es nach der Aufgabe zu tragen. Der Korb mit dem Inhalt mag, wie nachträglich festgestellt werden konnte, 67 Kilogramm. Es konnte ihn also ein Mann wohl tragen, wahrscheinlich wird aber der Mörder ihn doch wohl mit einem Handwagen befördert haben. Mit dem D-Zug, der um 7 Uhr 25 Minuten den Stettiner Bahnhof verläßt, gingen noch 10 weitere Gepäckstücke mit. Der Reiseford ist höchstwahrscheinlich erst nach 4 Uhr 15 Minuten nachmittags aufgegeben worden. Denn das Gepäck, das bis zu dieser Zeit aufgegeben war, wurde schon mit dem Zug um 4 Uhr 25 Minuten befördert. Die Aufgabe des Korbes wird also wahrscheinlich in der Zeit zwischen 4 Uhr 15 Minuten bis kurz vor 7 Uhr 25 Minuten liegen. Die bahnamtlich zugelassene Berliner Gepäckbeförderung, die P. z. B. G. hat ihn nicht gebracht. Denn das Zeichen, das das bahnamtliche Rollfuhrwerk stets anbringt, fehlt. Bemerkenswert ist noch, daß der Rückschluß des Korbes durch zwei kleine schwarze Schloffer bewirkt wird, nicht durch eine Stange, wie man sie sonst wohl durch die beiden Schlaufen schiebt. Die Nachforschungen nach Vermissten, als solchen gemeldet und anderen Mädchen, dauern fort. Nach dem augenblicklichen Stande kommen zunächst noch drei Mädchen in Betracht, deren persönlichen Verhältnissen weiter nachgegangen wird.

Der vergessene Zug.

Eine empfindliche Verkehrsstörung trat aus eigenartiger Ursache gestern morgen gegen 1/7 Uhr auf dem Bahnhof Treptow ein. Als dort ein von Westend kommender und nach Königswusterhausen bestimmter Sorortzug, der mit Arbeitern dicht besetzt war, eintraf, mußten gerade auf dem Bahnhof Treptow drei Militärszüge abgefertigt werden. Infolgedessen war es notwendig, den Wusterhäuser Zug auf ein anderes Gleis überzuführen. Nachdem die Militärzüge längst abgefahren waren, blieb der Sorortzug zur Verweigerung seiner Injassen ruhig auf dem Ausweichgleise stehen. Als die Arbeiter, die auf dem Wege zu ihren Arbeitsstätten waren und es naturgemäß sehr eilig hatten, sich bemerkbar machten und ihrem Unwillen über die Verzögerung Ausdruck gaben, stellte es sich heraus, daß der Sorortzug ganz in Vergessenheit geraten war. Jetzt war es nun nicht mehr möglich, den Zug abzufahren, weil das Gleis nicht mehr frei war. So mußte der nach Königswusterhausen bestimmte Zug erst nach der Station Hermannstraße in Neukölln geführt werden. Hier mußten die Fahrgäste den Zug verlassen, der dann abermals umrangiert wurde. Auf dem Bahnhof Hermannstraße entstand großer Lärm, da die Arbeiter von den Bahnbeamten eine Beiseitigung über die Verzögerung verlangten. Nur mit Mühe gelang es den Beamten schließlich, die Leute zu beruhigen. Nach erfolgter Umrangierung konnte dann der Zug endlich seine Fahrt nach dem Bestimmungsort fortsetzen. Infolge des Vorfalles trat sowohl auf dem Bahnhof Treptow wie auch auf der Station Hermannstraße eine empfindliche Verkehrsstörung ein.

Ein Festschwinder treibt gegenwärtig in den westlichen Vororten sein Unwesen. Ein angeblicher Photograph Max Schmidt erscheint bei Zimmervermieterinnen und mietet auch sofort das angebotene Zimmer. Er bleibt gewöhnlich gleich da und erzählt der Wirtin im Laufe des Gesprächs, daß einer seiner Verwandten in einem Sorort eine Großschlichterei besitze, von wo er zu erheblichen niedrigeren Preisen als bei den Ladenschlichtern so viel Fett erhalte, wie er nur haben wolle. Natürlich nehmen die Vermieterinnen das freundliche Angebot des Mieters, auch ihnen billigen Speck in reichlichen Mengen zu besorgen an und haben auch keine Bedenken, dem angeblichen Sch. das Geld auszuhändigen, da es sich um erhebliche Beträge handelt und Sch. so viel natürlich nicht herausgeben könne. Schmidt weiß sich dann auch von seinen Wirtinnen die Adressen von in der Nähe wohnenden Bekannten der Frauen zu verschaffen, die auch gern Speck haben möchten und auch da erhält er ohne weiteres den Kaufpreis im voraus, da er sich auf die Wirtin beruft, bei der er wohne und sich auch, wo er das Geld nicht sofort erhält, den Betrag der Bestellung nach der Wohnung zu Händen der Wirtin schicken läßt. Sobald er im Besitze des Geldes ist, verschwindet er aus dem Zimmer und verläßt die Wohnung, die er immer höchstens nur einen Tag, oft aber auch nur ein paar Stunden inne hat. Der Schwinder, der vielleicht wirklich Max Schmidt heißt, ist etwa 30 Jahre alt, schlank und hat dunkles Haar. Er trägt graumelierten Jodettanzug. Als besonderes Kennzeichen wird angegeben, daß er den rechten Fuß etwas nachschleppt.

Gähnerdiebe.

Mittels eines Alarmapparates sind in der Nacht zum gestrigen Donnerstag drei Einbrecher in einer Laubenkolonie zu Neukölln dingfest gemacht worden. Ein Kriminalbeamter vom Neuköllner Polizeipräsidium besetzt in der Finowstraße in Neukölln eine Laube, in welcher er Gähner hält. Zur Sicherung gegen Diebe hatte sich der Beamte einen Alarmapparat in dieser seiner Sommerwohnung angebracht, den er mit seiner Wohnung verbunden hatte. In der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr läutete der Apparat und der Kriminalbeamte eilte sofort zu seiner Laube. Durch das Fenster blickend sah er drei Männer, welche seine Gähner in Säcke verpackt hatten und im Begriff waren, mit ihrem Raube den Ort des Diebstahls zu verlassen. Als sie den Beamten erblickten, stürzten sich die drei Einbrecher auf ihn, um so flüchten zu können. Dieser aber trat ihnen mit erhobenem Revolver entgegen und legte seinen Polizeihand auf sie. Es gelang dem Beamten nun, mit Hilfe des Hundes die drei Burken so lange in Schach zu halten, bis noch mehrere Kolonisten herbeieilten und die Einbrecher dingfest machten. Auf dem Polizeipräsidium wurden die Diebe als der 36jährige Gärtler Hermann Hauschild aus der Wrangelstr. 113, der 27jährige Metallarbeiter Otto Stephanoski aus der Wiener Str. 28 und der 31jährige Metallarbeiter Hermann Waische, Falkensteinstr. 29 wohnhaft, er-

mittel. Obwohl die drei Arbeiter in letzter Zeit wöchentlich 75 M. und mehr Arbeitslohn hatten, haben sie doch Fühnerdiebstahl in Kolonien gewerbemäßig ausgeführt. Die Verhafteten wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Ein Brotkratzeinbruch wurde bei der 7. Kommission auf dem Grundstück Steinmehlftr. 12 zu Neukölln verübt. Die Täter öffneten die Tür und die Schränke mit Nachschlüsseln und erbeuteten mehrere 100 Karten. Die Räume der Brotkommission liegen im ersten Stock, trotzdem hat niemand etwas gehört. Man vermutet, daß die Täter in diesem Falle keine gewerbemäßigen Eindringlinge sind.

Der Badeengel mit der Kognatpulle.

Eine außerordentlich interessante Beschäftigung wurde Mittwoch der Charlottenburger Feuerwehr zuteil. In einem Hause der Lindenallee in Westend hatte eine Dame, bevor sie ein Bad nahm, ein größeres Quantum Kognat getrunken. Als sie dann in der Wanne lag, wurde die ziemlich Angetrunkene ohnmächtig. Da es den Angehörigen nicht gelang, die regungslos in der Badewanne Liegende herauszubringen, alarmierten sie in ihrer Aufregung die Feuerwehr, die mit einem Zuge anrückte. Den Samaritermannschaften gelang es mit Leichtigkeit, die korpulente Dame aus der Wanne herauszuheben, schwerer wurde es ihnen, die Frau aus ihrem Nordstrauch zum Bewußtsein zurückzubringen.

Aus Furcht vor Erblindung hat sich am Donnerstagnachmittag der 30jährige Kaufmann Ludwig Meyer aus der Spichernstr. 7 in Wilmersdorf das Leben genommen. Er war seit längerer Zeit augenkrank und das Uebel verschlimmerte sich immer mehr, obwohl er sich ständig in ärztlicher Behandlung befand. Als der Kaufmann zu der Einsicht gekommen war, daß eine Besserung nicht zu erwarten sei, und er befürchtete, daß er erblinden würde, beschloß er seinem Leben ein Ende zu machen. Gestern nachmittag schloß er sich eine Revolverkugel in die linke Brustseite. Als er bald darauf aufgefunden wurde, gab er nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Der Lebensmüde wurde nach dem Schöneberger krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Aufnahme seiner schweren Verletzung erlag.

Befinnungslos aufgefunden wurde in der Nacht zu gestern auf dem Kaiserplatz in Berlin-Lichterfelde ein unbekanntes junges Mädchen von etwa 20 Jahren. Die Hilfloze wurde nach dem Lichterfelder Krankenhaus gebracht. Allem Anscheine nach hat sie eine giftige Flüssigkeit getrunken. Durch Auspumpen des Magens wurde die Lebensgefahr beseitigt. Die Unbekannte, die vor dem Hause Nr. 17, hat dunkles Haar und trägt einen schwarzen Hüls, eine helle Bluse, einen schwarzen Rock und hohe schwarze Schnürschuhe.

Bromvergiftung einer Diakonissa. Im Flur des Hauses Kaiserplatz 17 in Wilmersdorf wurde am gestrigen Donnerstagnachmittag eine junge Dame befinnungslos aufgefunden. Hausbewohner brachten die Erkrankte zur nächsten Rettungswache, wo ihr die erste Hilfe zuteil wurde. Von dort wurde das junge Mädchen nach dem Kreiskrankenhaus in Lichterfelde gebracht. Hier stellten die Ärzte fest, daß die Erkrankte Brom genommen hatte. Aus Briefen, die bei der jungen Dame gefunden wurde, geht hervor, daß es sich um ein Fräulein Jürgard v. Achenbach handelt, das bis vor einiger Zeit als Diakonissa im Diakonieverein in Lichterfelde tätig war. Ob es sich um einen Selbstmordversuch handelt oder ob Fräulein v. Achenbach versehentlich eine zu starke Dosis Brom zur Verhütung der Nerven zu sich genommen hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden, da das junge Mädchen noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist.

Beim Spielen überfahren und auf der Stelle getötet wurde gestern der 7 Jahre alte Knabe Karl des Arbeiters Böning aus der Gartenstraße 57. Am Morgen des Spiels lief er vor dem Hause Nr. 58 blindlings einem schwer mit Reitern beladenen Wagen in die Seite. Bevor noch der Reiter halten konnte, ging dem Unglücklichen ein Hinterrad über den Kopf und tötete ihn augenblicklich. Seine Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und dem Schauhause überführt.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelfürsorge in Neukölln.

Die Lebensmittellieferung beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Verteilung des Viehes, das nach der neuen Vergütung der Stadt Neukölln überwiesen wird. Geliefert sollen wöchentlich werden 1000 Stück Schweine, 154 Kälber, 150 Rinder und 318 Schafe. Das Fleisch soll unter Aufsicht der Viehkommissionäre und des Großhandels, direkt den Lebensmittelhändlern übergeben werden, die das Fleisch zu den noch festzusetzenden Preisen zu verkaufen haben. Von der Einführung einer Fleischkarte soll zunächst Abstand genommen werden und abgewartet werden, ob sich bei der Verteilung im freien Handel Mängel zeigen.

Sodann beschäftigte sich die Kommission noch mit der Beratung von Maßnahmen für die Milchversorgung. Der geforderten Preissteigerung für Milch aus den örtlichen Kolkereien wurde nicht zugestimmt, dagegen beschlossen, jedem Kolkereibesitzer pro Tag für jede mehr als 8 1/2 Liter Milch gebende Kuh 50 Pf. Zuschlag zu gewähren. Da der Berliner Magistrat abgelehnt hat, den Beschlag des Arbeitsausschusses der Preisprüfungsstelle auszuführen, der das Oberkommando erlassen sollte, die weitere Abschichtung von Milchfäßen zu verbieten, so wurde eine Verordnung beschlossen, nach der Kolkereibesitzer, die ihren Betrieb auflösen oder einschränken wollen, vorher dem Magistrat davon Anzeige zu erstatten haben. Erst eine Woche nach erfolgter Anzeige dürfen sie die geplanten Einschränkungen zur Ausführung bringen.

Spende für die Errichtung eines Säuglingsheims.

Als Grundstock für die Errichtung eines Säuglingsheims in Neukölln hat der Neuköllner Stadtrat Riemey anlässlich seiner kürzlich begangenen Silberhochzeit den Betrag von 33 000 Mark dem Magistrat Neukölln zur Verfügung gestellt.

Die **Freie Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf** veranstaltet am Sonntag, den 9. April, nachmittags 3 Uhr, anlässlich des 10jährigen Bestehens ihrer Frauenabteilungen in der Schulturnhalle Kurfürstenstraße in Mariendorf ein öffentliches Schauturnen der Frauenabteilungen. Anschließend hieran findet im Restaurant Herold ein Festkommers statt. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste willkommen.

Soziales.

Lohnkürzung wegen des Krieges.

Einer derjenigen Unternehmer, die nach Ausbruch des Krieges die Löhne ihres Personals sehr erheblich kürzten, ist der Inhaber des Damenhutgeschäfts von Julius Spiegel, der vor dem Gewerbegericht verklagt war.

Die Klägerin war bei Spiegel als Garniererin beschäftigt und erhielt einen Monatslohn von 180 M. Gleich nach dem Ausbruch des Krieges setzte Spiegel die Löhne aller von ihm beschäftigten Putzmacherinnen herab. Der Monatslohn der Klägerin wurde auf 80 M. gekürzt, nach einiger Zeit auf 100 M. erhöht und erst in letzter Zeit wurde der Klägerin wieder der volle Lohn gezahlt, nachdem sie erst mehrmals darum angehalten hatte, weil sie bei den teureren Zeiten mit 100 M. natürlich nicht auskommen konnte und sich deshalb eine Schuldenlast aufbürden mußte. Nach Angabe der Klägerin hat sie sowie das übrige Personal der Arbeitsstube Spiegels nur während der beiden ersten Wochen des Krieges eine längere Arbeitszeit als sonst gehabt. Danach war wieder so viel zu tun, daß wieder die volle Zeit gearbeitet werden mußte. Aber der

Lohn wurde nicht erhöht. Der Beklagte Spiegel bestritt zwar diese Angabe, ohne daß er sie widerlegen konnte. Er gab aber selbst an, daß er nur in der allerersten Zeit des Krieges an eine Auflösung seiner Arbeitsstube gedacht habe. Aber er sei bald zur Engrosbranche übergegangen und habe deshalb das Personal seiner Arbeitsstube vermindern müssen. Hiernach darf man doch wohl annehmen, daß die Verstellung der Klägerin, sie und ihre Kolleginnen hätten zwar weniger Lohn bekommen, aber nicht weniger Arbeit gehabt, zutreffend ist. Uebrigens gab der Beklagte Spiegel zu, daß die Arbeitszeit nach der Lohnkürzung nicht gekürzt worden sei. Aber, meinte er, das Personal habe weniger Arbeit gehabt. — Die Klägerin behauptet, bei der Herabsetzung des Lohnes habe ihr der Beklagte versprochen, sie während des Krieges nicht zu entlassen. Da sie zum 1. April gekündigt wurde, verlangt sie Nachzahlung der Lohn Differenz im Betrage von 340 M. Als die Klägerin diese Forderung geltend machte, erklärte sich der Beklagte bereit, die Kündigung zurückzunehmen. Darauf ging aber die Klägerin nicht ein, weil sie inzwischen eine neue Stellung angenommen hatte. Uebrigens bestritt der Beklagte, daß er der Klägerin versprochen habe, sie während des Krieges nicht zu entlassen. Er sagt, die Entlassung sei erfolgt, weil die Klägerin wiederholt unpünktlich gewesen sei.

Da die Klägerin nicht beweisen konnte, daß ihr Nichtentlassung während des Krieges versprochen und der Beklagte sich bereit erklärte, das Gegenteil zu behaupten, so schien die Klage aussichtslos. Deshalb begnügte sich die Klägerin auf Anraten des Gerichts mit einem Vergleich, wonach ihr der Beklagte 50 M. zahlte.

Gerichtszeitung.

Zur Auslegung des Belagerungsgesetzes.

Das Belagerungsgesetz von 1851 hat eine Reihe von Streitfragen gezeitigt. Eine solche unterlag jetzt der Beurteilung des Kammergerichts, nämlich die, ob der Militärbefehlshaber einer anderen Behörde, z. B. dem Minister des Innern, einen Teil seiner strafrechtlichen Befugnisse übertragen dürfe. Dies hat das Gericht — in Uebereinstimmung mit der ständigen staatsrechtlichen Auffassung des Oberverwaltungsgerichts und des Reichsgerichts — für unzulässig erklärt.

Den Grund zu der Auslegung dieser Rechtsfrage gab folgender Vorfall. Der militärische Oberbefehlshaber für Schleswig-Holstein hatte am 11. Juni 1915 eine Verordnung folgenden Inhalts erlassen: „Die im Sicherheitsinteresse getroffenen Anordnungen der örtlichen Zivilbehörden sowie Militär- und Marinebehörden über das Photographieren sind strengstens zu beachten. Uebertretungen werden nach dem Belagerungsgesetz bestraft.“ Darauf erließ der preussische Minister des Innern unter dem 28. Juni 1915 einen Erlaß zur Regelung und Uebervachung des Verkehrs in den deutschen Seebädern, in dem es u. a. heißt: „Photographische Apparate dürfen am Strande nicht benutzt werden. Ihre anderweitige Verwendung kann ausnahmsweise mit Erlaubnis der Polizeibehörde erfolgen.“ Ein Mann, der ohne polizeiliche Erlaubnis anlässlich eines Blumenfestes des Kurhauses von Glödenberg photographiert hatte, wurde angeklagt, hierdurch das Belagerungsgesetz verletzt zu haben. Das Landgericht in Flensburg sprach frei. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision verwarf das Kammergericht mit folgender Begründung: Zunächst könne der Erlaß des Ministers des Innern an sich die Tat des Angeklagten nicht zu einer Strafbare machen, da er weder nach seiner Form eine Polizeiverordnung sei, noch eine Strafandrohung enthalte. Es frage sich deshalb, ob die Anordnung des Militärbefehlshabers in Altona ein Rahmengesetz wäre, in das die Vorschriften des Ministers Aufnahme gefunden habe, nämlich durch die Vorschrift, wonach jeder die durch die örtlichen Zivilbehörden erlassenen Verordnungen über das Photographieren strengstens zu beachten habe. In der Beziehung meine der Senat, daß die Anordnung des Militärbefehlshabers überhaupt nach ihrer Form kein Gesetz im Sinne des Belagerungsgesetzes sei, sondern nur eine Ermahnung an die Zivilbehörden der Kurbezirke, die Vorschriften anderer Behörden, so der örtlichen Zivilbehörden, zu beachten. Solche Ermahnungen könne der Militärbefehlshaber auch erlassen. — Sollte man aber auch anderer Meinung sein, so wäre dem Landgericht darin zuzustimmen, daß der Minister des Innern keine „örtliche Zivilbehörde“ sei. Darunter sei nur die zu verstehen, die sich an Orte der Tat befinde. Wie für den Ort zuständigen Behörden unter jenen Begriff zu bringen, verstoße gegen den Sinn der Worte. — Weiter komme in Betracht, daß der Ministerialerlaß nach dem des Militärbefehlshabers ergangen sei. — In sich könne allerdings der Militärbefehlshaber Anordnungen der Zivilbehörden zu den seinigen machen und unter die Strafandrohung des Belagerungsgesetzes stellen, aber doch nur solche, die die Zivilbehörden bereits erlassen hätten, nicht aber solche, die erst später erlassen würden, wie hier der Erlaß des Ministers. Wenn ein Militärbefehlshaber in eine Anordnung aus dem Belagerungsgebiete erst später von den Zivilbehörden erlassene Vorschriften einbeziehen wollte, dann würde das nichts anderes bedeuten, als daß der Militärbefehlshaber die ihm durch das Gesetz übertragene Macht auf eine andere Behörde übertrüge. Das wäre aber nicht zulässig. — Schon aus allen diesen Gründen müsse es bei der Freisprechung bleiben.

Zur Butterverordnung.

Zu einer grundsätzlichen Frage auf dem Gebiete des Butterhandels und der Auslegung der Verordnungen über die Butterhöchstpreise hatte die 5. Strafkammer des Landgerichts I gestern Stellung zu nehmen.

Der wegen Uebertretung der Höchstpreise angeklagte Kaufmann Lenkersdorf ist Prokurist der abrenommierten Butter- und unter Verweisung auf die Zeugen, Herren Gustav Biersrud und Runden, die in Lichterfelde wohnen. Bis zu dem Augenblick, wo die Butterhöchstpreise eingeführt wurden, hatte die Firma die Butter ihren Kunden frei ins Haus geliefert; nach der Verordnung des Magistrats über den Höchstpreis wurde aber für Ueberbringung der Butter mittels Gespanne noch ein Zuschlag von 20 Pf. berechnet. Dies hatte der Angeklagte angeordnet, und zwar, wie er unter Berufung auf die Zeugen, Herren Gustav Biersrud und Direktor Loas, nachwies, in Uebereinstimmung mit anderen Firmen der Branche. Als die Verordnung erschienen war, waren die Interessenten zusammengekommen und seien der Ansicht gewesen, daß man berechtigt sei, in den Fällen, wo man die Butter ins Haus schickte, für die Unkosten, die man selber bei der Versendung habe, einen kleinen Zuschlag auf den Butterpreis zu erheben. Dieser Ansicht war auch Herr Biersrud, der selbst an der Festsetzung der Höchstpreise mitgearbeitet hat und seine Ansicht dahin ausdrückte, daß der Ausdruck einer solchen Berechtigung in der Verordnung wohl nur vergessen worden sei. Als am 8. November eine die Butterhändler warnende Polizeinotiz in den Zeitungen erschien, hat der Angeklagte von solchem Zuschlag Abstand genommen. — Das Schöffengericht hatte seinerzeit auf Freisprechung erkannt, die Staatsanwaltschaft aber Berufung eingelegt. Landgerichtsrat Eisner, als ihr Vertreter, beantragte die Verurteilung zu 100 Mark Geldstrafe. Die Verordnung sehe klipp und klar einen Höchstpreis fest und erhalte kein Wort davon, daß für Versendung ins Haus noch ein Zuschlag gemacht werden könne. — Rechtsanwalt Jacusiel wies darauf hin, daß in einigen Verordnungen über Höchstpreise die Berechtigung anerkannt werde, für das Hinbringen etwas zu nehmen; in anderen aber wieder nicht. Aus der Menge der Verordnungen des Bundesrats, der Polizei und des Magistrats lassen sich Schlussfolgerungen nicht ziehen. Wenn im vorliegenden Fall der Angeklagte für die Versendung einen so geringen Zuschlag berechnet habe, daß er dabei noch nicht einmal auf seine Kosten kam, so könne man ihm wissentliche oder fahrlässige Ueberschreitung der Höchstpreise nicht

vorwerfen; denn er habe seine Interpretation der Verordnung in Uebereinstimmung mit seinen Fachgenossen für die richtige gehalten. — Das Gericht hielt jedoch mit dem Staatsanwalt eine direkte Umgehung der Höchstpreise für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis.

Aus aller Welt.

Geistige Kost für Soldaten.

Die Oberfelder „Freie Presse“ schreibt: Von Soldaten gehen uns Briefe zu, die sich bitter beschweren über einen Teil der geistigen Kost, die ihnen geboten wird. Wir wollen nur ein Beispiel zitieren aus dem Roman: „Die Vogesenwacht“ von Annh Wothke. Dort wird erzählt, wie Unteroffizier Reisel im Felde einen Brief seiner Frau erhält, in dem sie ihm die Geburt eines Jungen mitteilt: „Tott sei Dank, wieder ein Soldat.“ Dann schreibt sie weiter, daß sie den Jungen Wilhelm genannt habe nach dem Kaiser, weil sie meint, der Junge muß dann auch so Kreuzbrut, so frei und fest werden, wie unser Kaiser ist, und druffschlagen, daß die Stücken man so fliegen.“ Aber dann heißt es weiter in dem Brief:

„Ich kann bald wieder arbeiten und id wer die fünfzehn schon satt kriegen. Die Jungen beten alle Tage, Du solltest recht billige frangosen drosschlagen. Ich bete ood, aber nicht um Dein Leben. Dei steht bei Not. Ich bete, dei Du ordentlich Deine Pflicht tuist, dei Du nicht ruckst, wenn dei Kugel kommt, und dei Du ruhig stichst, wenn ei sein wußt, vor unser Vaterland, un unsern Kaiser, un nich an uns denkt.“

... und wenn Du vor Deinem Hauptmann sterben konnst, so denke ood nich an uns. . . .

Die fünfzehn grüßen Dir mit mir. Bei der Laufe von Wilhelm wollen sie „Deil dir im Siegerkranz“ singen, womit id verbleibe Deine treue Jaitin.“

Der Hauptmann hatte einen Augenblick die Hand über die Augen gelegt, um die tiefe Bewegung zu verbergen. Er strichte seinem Unteroffizier die Hand entgegen und lobte ihn: „Sie können stolz sein auf Ihre Frau.“

So ist wirklich zu lesen in dem Kriegroman: „Die Vogesenwacht“ von Annh Wothke (Seite 57—58). Verlag von Cyprian und Walbins, Neutlingen.“

Wir kommen dem Wunsche des Soldaten, diese Stillblüten eines sonderbar veranlagten Frauengemüts der Offenlichkeit zu unterbreiten, gern nach. Mit der Dame der Gesellschaft, die ihm das Buch zur Lesüre warm empfohlen habe, will sich unser Feldgrauer selbst auseinandersetzen. Hoffentlich läßt er's an Deutlichkeit nicht fehlen. — Ein solches Beispiel mahnt aber jeder, der dazu in der Lage ist, guten Lesestoff den Feldgrauen zur Verfügung zu stellen. (z)

Das geheimnisvolle Bild.

Die Pariser Zeitung „L'oeuvre“ war eine Woche lang wegen Zeitungsvergehens unterdrückt; seit einigen Tagen ist sie wieder mit einer erheblichen Bereicherung ihres Inhalts erschienen. Sie bringt nämlich jetzt, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, in jeder Nummer das Bild eines ehrwürdigen Herrn mit langem Haupthaar, geschürter Denkerstirn und herabwallendem Bart. Wer ist der Große, den die „L'oeuvre“ ihren Lesern immer wieder vor Augen zu führen müssen glaubt? Es ist der Herr Staatsrat Emil Gautier, Generaldeputierter des Jersurwesens der Republik. Mit treffender Logik hat die „L'oeuvre“ erzwungen, daß niemand berufen ist, die Jersurkunden auszufüllen, als derjenige, der sie verurteilt, und so erscheint die Gestalt des Herrn Gautier jetzt den Lesern ebenbürtig, als die Wachsamkeit des Jersur ihnen einen feuergefährlichen Gedanken borenstallt. „Was hier stehen sollte“, scheint der gestrenge Herr zu sagen, „das weiß nur ich, und weil ich es weiß, steht es nicht hier.“

Dazu möchten wir nur noch bemerken: Wenn die Lüge, die der Jersur verursacht, auf diese Weise ganz ausgefüllt wird, dann dürfte er wohl manchmal ein sehr lauges Gesicht machen.

Ungetreue schweizerische Postbeamte.

Birkh, 5. April. (W. T. W.) Das Bezirksgericht hat zehn Postbeamte, die aus der welschen Schweiz stammen und angeklagt waren, in den Monaten Januar, Februar und März 1915 Ruster-ohne-Wert-Sendungen (Liebesgaben) für deutsche Soldaten entgegen zu haben, zu Gefängnisstrafen von einem bis zu sechs Tagen verurteilt, verbunden mit Geldbußen. Die Angeklagten bestritten, daß sie aus böser Absicht oder wegen deutschfeindlicher Gesinnung gehandelt hätten. Sie hätten sich bloß aus Nachsichtigkeit vergangen. Es handelte sich um Rusterendungen, die Schokolade, Zigaretten und Sauppen enthielten und einen Wert von einem bis acht Franz darstellten.

Spiele nicht mit Schirngewehr! Das Spielen mit einer Schirngewehr hat wieder ein Opfer gefordert. Der siebenjährige Schüler Otto Martin in Wudow bei Jülich durchschloß, als er unachtsam war, die Wohnung seiner Eltern und fand in einem Schrank einen Revolver, den er dem dreijährigen Sohn eines Nachbarn entgegenhielt. Blötzlich löste sich der Abzug und ein Knack durchbohrte die Brust des Kindes, das nach einer Viertelstunde starb.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Heute Donnerstag, 8. April, Sonntag Spielplatz nach Adadow. Treffort 6 1/2 Uhr Sophie-Charlotte-Platz.

Neukölln. Sonntag, den 9. April: Anspielen auf dem Sportplatz in der Grenzallee. Treffpunkt mittags 2 Uhr am Nisharplatz und Neuterplatz.

Gerne ist eine Osterwanderung nach Großkreutz-Lehmin-Brandenburg-Geschloß geplant. Teilnehmer können sich bis zum 16. April bei dem Kollegen Karl Müller, Berliner Str. 84, melden.

Schöneberg. Sonnabend, den 8. April, findet im großen Saale des Schwarzen Adlers, Hauptstr. 144, ein Frühlingsfest statt. Mitwirkende: Prulein Wachenheim (Regitationen), Prulein Trude Thiemig (Lieder zur Laute), Frau Globinski (Stille am Klavier), Schöneberger Frauenchor. Vorkauf und Vollmorthage werden von Jugendlichen der Schöneberger Gruppe dargebracht. Beginn 8 1/2 Uhr, Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. inkl. Garderobe.

Vantow-Niederichshausen. Sonntag, den 9. April 1916, findet im „Anfänger“, Berliner Str. 102, eine Schulentlassungsfest statt. Das Programm besteht aus Konzert, Chorgesang, Lieder zur Laute und Regitation. Anfang 6 Uhr, Saalöffnung 5 Uhr.

Berein der Freireiter für Feuerbestattung zu Berlin. Montag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Vortrag des Herrn Ernst Kottler über: „Militarismus als Weltanschauung“. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 1. Heft vom 2. Band des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Spaltung der Reichstagsfraktion. Von Ed. Bernstein. — Die Lage der europäischen Landtags. Von Paul Fick. — Die Kolonien der europäischen Mächte in handelswirtschaftlicher Beziehung. Von Spectator. — Die Konzentrierung der Unternehmerrmacht in der deutschen Textilindustrie. Von Dr. Krüger. — Literarische Rundschau: Dr. Dölar von Gonorra, Geist der Religion. Von K. K. — Anzeigen: Louise Fick, Zur Frage der Frauenemancipation während des Krieges und nachher. Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Umänderung Deutschlands an Österreich-Ungarn. Dr. Karl Renner, Osterreichs Erneuerung. Louis B. Paulin, Sozialismus und War. — Notizen: Verschickungen im Augenhandel neutraler Länder. Von etc.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Langsam von Süd nach Nord fortziehende neue Hochdruck. Vielwolke heiter, aber veränderlich und im Süden verschiedentlich geringe Niederschläge. In der Nacht zum Sonnabend stellenweise Frost.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einbezahl. 3. IV. bei 10 Uhr, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Zuschuss und eine Zahl als Zeitspende beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

— G. S. 21. Sachkunde des Vereins Berliner Buchdruckmaschinenmeister. Vorträge über die gesamte Drucktechnik. Drei Klassen. Dauer jedes Kurses ein halbes Jahr (Winter). Belegung: Mitgliedschaft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und des Berliner Maschinenmeistervereins. Schulgeld 2 R. für je einen Kursus. Auskunft: Vorstand des letztgenannten Vereins, Berlin, Alexandrinerstr. 44, Refl. Deming. — F. S. 100. Die Bücher über den gewöhnlichen Gegenstand sind sehr teuer. Die Kosten würden sich auf ungefähr 100 R. belaufen. Sie tun am besten, wenn Sie sich an das Kaiserliche Patentamt persönlich wenden. — C. G. 4. Wir empfehlen Ihnen, sich nach der Bibliothek des Metallarbeiter-Verbandes zu bemühen. Sie können dort eine Reihe von Fachbüchern einsehen und das herausleihen, was Sie zu haben wünschen. Die Buchhandlung Bornhörsch wird es Ihnen dann gern besorgen. — S. G. 61. F. Segawa, Engelstr. 15. — 104. I. Immer feste druff. — F. S. 30. Rotes Kreuz, Marienstr. 40, oder auch Nationaler Frauenverein, Köpenicker Str. 10. Der Antrag kommt in Deutschland nicht zur Anwendung. Ob in diesem Falle die Guillotine oder das Handbeil benutzt wurde, ist uns nicht bekannt. — R. B. 1/2. Stadt Berlin am

1. Oktober 1915 1 839 350. Das Zweidrittelgebiet Groß-Berlin 4 000 000. — F. S. 1866. Solche Adressen sind zu finden im Berliner Adressbuch II. Teil, Seite 72, in der ersten Spalte, unter Handschreibensvergleichung. — F. S. 1865. Damit können wir leider nicht dienen. — C. R. 50. Beim Metallarbeiterverband, Minierstr. 83-85, erhalten Sie darüber sicher Auskunft. — R. B. 100. Am Bureau des Verbandes der Fleischer, Köpenicker Str. 11, werden Sie dafür Information erhalten. — R. B. 103. 1. Kriegslandeskommando deutscher Frauen, Prinzenallee der Frau Krouprinzessin, Potsdam. 2. In dieser Sache wenden Sie sich an jene Stelle, wo die Karten ausgegeben werden. — R. B. 25. 1.-3. Diese Bezeichnung wird für die verschiedenen Artikel angewandt, so daß ohne nähere Bezeichnung eine Beantwortung der Fragen unmöglich ist. — F. S. 30. Solche Briefe können wir nicht beantworten. Wenden Sie sich an das Kriegswohlfahrtsbureau im dortigen Rathaus. 2. Rotes Kreuz, Berlin, Marienstr. 40. — G. S. 5. Sie brauchen sich nicht zu melden. — R. S. 75. So weit der Bogenbogen 18 R. übersteigt, ist der Unternehmer zur Anordnung des Oberkommandos in den Karten verpflichtet, den überstehenden Betrag der Sparkasse zu überweisen. — R. S. 1313. Sie müssen sich melden. — G. R. W. 15. 1. Sie können mit Vollmacht des Ehemannes die Anträge einlegen. 2. Der Bekannte kann als Armerungsmitglied eingetragen werden. — G. m. d. 4. Sie hatten nur mit 200 Mark. — Varnimstraße. Ja. — F. W. 73. Wenn der Vater arbeitsfähig ist und ausreichenden Verdienst hat, wird Unterhaltung für den eingezogenen Sohn nicht gezahlt werden, da der Nachweis fehlen wird, daß der Sohn zum Unterhalt erheblich beigetragen hat. — Martha 65. 1. An das Generalkommando. 2. Sie müssen eventuell von dem Truppenfeld der Unterhaltungschein einfordern. — P. 21. 1. und 2. Nein. — W. O. 30.

Sie müssen sich mit einer Beschwerde an das Militärbureau des Magistrats Berlin, Klosterstr. 68 wenden. — H. R. B. 10. Ihr Sohn unterliegt dem Spargzwang. Sie können beim Sparbuchamt der Stadt Berlin Antrag auf Auszahlung des Sparbuches stellen, allerdings erst, wenn ein Sparbuch vorhanden ist. Wenn die persönliche Auszahlung vor dem Amtsgewalt im Oktober 1914 erfolgt ist, brauchen Sie die Kirchensteuer nur bis zum Schluß des Kalenderjahres 1915 zu zahlen. — P. 49. 1. Herzleiden; dienstunfähig. 2. Sie brauchen sich nicht zu melden. — Jan. 27. 1. Ja. 2. Die Möbel gehören demjenigen, der sie als sein Eigentum nachweisen kann. 3. Diese Entscheidung muß beim Prozeßverfahren vom Gericht verlangt werden. 4. Das ist unbestimmt. — Hermann, Köpenicker Str. Das Zeugnis hat keinen Einfluß auf die Rente. — R. B. 38. Sie können sich auf Grund der gestellten Marken Ihres Ehemannes mit einem Antrage auf Einleitung eines vorübergehenden Verfahrens an die Landesversicherungsanstalt wenden. Der Antrag ist beim Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, einzureichen. — W. S. 1001. Nein. — E. G. Kommen Sie mit der Klage zu uns in die Sprechstunde. — F. M. 4. Da Sie sich im Herbst bereits zur Rüstung gemeldet haben, sind Sie jetzt von der Rüstung befreit. — F. S. 100. Die Unterhaltung wird für das Kind weitergezahlt. Sie müssen der Steuerkasse davon Mitteilung machen. — F. S. 100. 1. und 2. Sie müßten in diesem Falle einen Auslandsnachweis haben, der Ihnen sicher verweigert wird. 3. Das wird Ihnen nichts nützen; es würde Ihnen bedeutet werden, daß die Erholung auch in Deutschland möglich ist. 4. Die Aussicht ist jedenfalls sehr gering. 5. und 6. Erledigen Sie sich wohl durch die vorstehende Beantwortung. — R. B. 25. In der Hauptsache sind die Verlenen darunter zu verstehen, die bereits erheblich mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten sind.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker **Gustav Helsing**
Tempelhofer, Kaiserin-Kugustraße 65, am 5. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Tempelhof, Verlängerter Dorfstraße aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Graveur **Alfred Wolff**
Kottbuscher Damm 75, am 3. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied **Wilhelm Sauer**
Krausstr. 56, am 4. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Delandts-Friedhofes in Blagenze aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Sozialdemokratischer Wahlverein Johannisthal.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Otto Henicke**
am Dienstag, den 4. April, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Johannisthaler Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 195/9
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Friedr. Schweinhagen**
Dranienstr. 177 im Alter von 47 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 5. April, statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Wilhelm Große**
Charlottenburg im Alter von 56 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
85/3 Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Liederfreunde“ Johannisthal
(M. d. D. A. - S. - B.)
Am Dienstag, den 4. April, verstarb unser lieber Sangesbruder **Otto Henicke.**
Wir verlieren in ihm einen stets pflichtfertigen, treuen Sangesbruder und Chorführer; wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Stimm schläft der Sänger.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Johannisthaler Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Der Vorstand.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Militär-Schneider, Kollege **Karl Puchelt**
(geb. 15. 2. 1854) am 2. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligengeist-Kirchhofes in Stahnsdorf aus statt.
162/17 Die Ortsverwaltung.

Herzog zu Lauenburg
3 Pfg. Cigarette
WLANDE DRESDEN

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Franz Fester**
von der Firma Fleisch u. Co., Linienstr. 16, am 3. April im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Trepoto - Baumgärtelweg statt.
Um rege Beteiligung ersucht 63/13
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Franz Fester**
von der Firma Fleisch u. Co., Linienstr. 16, am 3. April im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Trepoto - Baumgärtelweg statt.
Um rege Beteiligung ersucht 63/13
Die Bezirksverwaltung.

Orts-Krankenkasse für Berlin-Brick
Bekanntmachung
betreffend die Ersatzwahlen der Vertreter und der Ersatzmänner der Versicherungen zum Ausnahm der Allgem. Orts-Krankenkasse Berlin-Brick.
Von den Versicherten ist auf Grund unseres Wahlschreibens vom 3. März nur ein Wahlvorschlag eingereicht worden, welcher gemäß § 9 der Statuten der Orts-Krankenkasse als gültig anerkannt worden ist. Die vorgeschlagenen Bewerber gelten daher als gewählt.
Die für Sonntag, den 16. April 1916, angelegte Wahl wird hiermit aufgehoben.
Die Gültigkeit der Wahl kann bis zum 5. Mai 1916 angefochten werden. Ansetzungen sind bei dem Vorstand der Kasse oder dem Versicherungssamt des Kreises Teltow anzubringen.
Der Vorstand.
R. Kraak, Vorsitzender.

Wilhelmine Maynhardt
Sagen wir allen Freunden und Bekannten, Genossen und Genossinnen, der werlen Nachbarschaft sowie dem Genossen Kreis für die trostreichen Worte am Sarge unserer teuren Entschlafenen und auch den Sängern unserer herzlichsten Dank.
Geschwister Maynhardt,
Mit-Vorhaben 11.

Gute Bücher
zu herabgesetzten Preisen, soweit der Vorrat reicht, liefert die **Buchhandlung Vorwärts**
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz **Fritz Siebert**
am Dienstag, den 4. April 1916 gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. April 1916, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Delandts-Friedhofes in Blagenze aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 176/5
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Dienstag, den 4. April, verstarb unser Mitglied **Otto Henicke**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Johannisthal aus statt.
Rege Beteiligung erwartet 55/5
Die Ortsverwaltung.

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Gustav Kelm**
(Wilhelm-Stolze-Str. 20, Bez. 3) am 1. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß der Kollege **Paul Huckwitz**
(Stettiner Str. 68, Bez. 9) am 4. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem neuen Paulskirchhof statt.
73/16 Die Ortsverwaltung.

Kommunale Kriegsfürsorge
Von Paul Hirsch, Mitgl. des preuß. Abgeordneten-Hauses, Stadtverordneter
Preis 1 Mark
Vereinsausgabe 50 Pl. 13
Eine Schrift, die in allgemeinen Umrissen eine sachliche Übersicht über die wichtigsten Geschehnisse deutscher Stadt- und Landgemeinden auf dem Gebiete kommunaler Kriegsfürsorge gibt. Für alle Stadtverord., Gemeindevertreter sowie für die kommunalen Beamten und Ehrenbeamten ist diese Arbeit von großem Wert

Morris, W., Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Wall. Gebd. statt R. 3,— für R. —,50
Preczang, Ernst, Die Glückshude. Statt R. 2,— für R. —,50
Jacoby, L., Eunita. Ein Gedicht aus Indien. Statt R. 2,50 für R. —,50
Sinclair, Der Industriebaron. (Geschichte eines amerikanischen Millionärs.) Statt R. 2,— für R. —,50
— In zehn Jahren. Statt R. 3,— für R. —,50
Wedde, Johannes, Gedichte. Gebd. statt R. 3,— für R. —,50
Wereschtschagin, W., Russische Volkstypen. Gebd. statt R. 3,— für R. —,50
Lewes, G. H., Goethes Leben und Werke. 2 Bde. Gebd. statt R. 6,— für R. 3,—
Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehen Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien.
Außerdem empfehlen wir eine Anzahl guter Romane in Broschürenform zu je R. —,50, und einen Posten älterer Reclam-Bändchen, je 4 Stück für R. —,50.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Dienstag, den 4. April, verstarb unser Mitglied **Otto Henicke**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Johannisthal aus statt.
Rege Beteiligung erwartet 55/5
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Dienstag, den 4. April, verstarb unser Mitglied **Otto Henicke**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Johannisthal aus statt.
Rege Beteiligung erwartet 55/5
Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 3
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zusaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8/11, (Stadt Bors.)

Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 3
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zusaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8/11, (Stadt Bors.)

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Horitzpl. 3014.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfehlen gute preiswerte Möbel
Wohnzimmer 203,50, 258,75, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer ... 242, 322, 360, 429, 495, 853
Speisezimmer ... 323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer ... 205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen ... 88,50, 76, 94, 105, 121, 138, 193
Einrichtungen bis 10 000 M.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko.

Martha Hersing
mit ihrem Sohne Alfred.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof, Koelkestraße, statt.
Berlin-Weißensee, 7. April 1916.
Familie Hersing.

Eugen Stiller
Sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie der Arbeiterjugend Berlin Süd, dem Wahlverein Berlin II, dem Deutschen Wanderverband „Die Naturfreunde“, dem Wanderverband und Herrn Waldes-Wanderschaft für die trostreichen Worte unserer herzlichsten Dank.
Familie Eugen Stiller.
Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, arbeitende Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma **Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hilgarderstr. 12 — Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 118 — Neukölln: Bergstr. 66.

Central-Haus Jägerstr. 13!
Conc. Leihhaus
Von Kavaliere wenig getragene sowie im Vorsatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kostime und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extrangebot in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Ed. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.